

Der gläserne Bürger - personenbezogene Daten zwischen Forschung und Schwarzmarkt

Stahl, Matthias; Kolle, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Bibliographie / bibliography

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stahl, M., & Kolle, C. (2009). *Der gläserne Bürger - personenbezogene Daten zwischen Forschung und Schwarzmarkt*. (Recherche Spezial, 3/2009). Bonn: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-371958>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der gläserne Bürger – Personenbezogene Daten zwischen Forschung und Schwarzmarkt

2009|03

**Der gläserne Bürger -
Personenbezogene Daten zwischen
Forschung und Schwarzmarkt**

bearbeitet von
Matthias Stahl und Christian Kolle

ISSN: 1866-5810 (Print)
1866-5829 (Online)
Herausgeber: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften
bearbeitet von: Christian Kolle
Matthias Stahl
Programmierung: Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung von GESIS durch den Bund und die Länder gemeinsam bereitgestellt.

© 2009 GESIS. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Sachgebiete

1	Datenschutz und Wissenschaft.....	9
2	Innere Sicherheit.....	29
3	Informationelle Selbstbestimmung.....	39
4	Medien.....	50
5	Informationsgesellschaft.....	60

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	67
Personenregister.....	69
Sachregister.....	73
Institutionenregister.....	81

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	85
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	85

Vorwort

Seit Herbst 2008 erschüttern zahlreiche Presseberichte von skandalösen Datendiebstählen die deutsche Öffentlichkeit. So eignete sich der Bundesverband der Verbraucherzentralen im August 2008 sechs Millionen Datensätze an, davon vier Millionen mit Kontonummern, um zu beweisen, dass die Beschaffung illegaler Daten ein Leichtes sei. Auch wurde bekannt, dass bereits im Jahr 2006 Datensätze von mehr als 17 Millionen Mobilfunkkunden der Telekom entwendet worden waren. Hinzu kamen die Meldungen, Lidl überwache seine Mitarbeiter per Video und die Telekom spähe die Telefonverbindungen ihrer Aufsichtsräte aus. Nicht wenige unterstützten in der Folge das Fazit von Gerd Billen, Vorsitzender des Bundesverbandes der Verbraucherschutzzentralen (VZBV), der von einem "GAU für den Verbraucherschutz"¹ sprach.

Die seitdem sensibilisierte Öffentlichkeit verstärkte daraufhin den Druck auf den Gesetzgeber, um den Datenschutz gesetzlich stärker zu verankern und einem missbräuchlichen Datenhandel vorzubeugen. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die Gesetzesinitiative der Bundesregierung ab, die die Verwendung personenbezogener Daten zu Werbezwecken oder zur Markt- und Meinungsforschung künftig nur noch mit ausdrücklicher Zustimmung zulassen möchte. Noch ist die Übermittlung oder Nutzung von Daten zulässig, "wenn es sich um listenmäßig zusammengefasste Daten über Angehörige einer Personengruppe handelt, die sich auf Beruf, Name, Titel, akademischen Grad, Anschrift, Geburtsjahr und Angabe über die Zugehörigkeit des Betroffenen zu dieser bestimmten Personengruppe beschränken."² Zwar sind Daten- und Verbraucherschützer voll des Lobes für die vorgesehene Neuregelung, doch auch die kritischen Stimmen sind nicht zu überhören. Vertreter der Zeitschriftenverleger und des Versandhandels fürchten wirtschaftliche Einbuße, wohingegen Vertreter der Markt- und Meinungsforschung um die Datengrundlage ihrer Forschungsarbeit bangen: "Wenn man sich [...] vor Augen führt, dass unser gesamtes politisches und wirtschaftliches System von Informationen lebt und wir der offenen Informationsgesellschaft politische und wirtschaftliche Erfolge verdanken, dann ist es nicht nur für unsere Branche bedauerlich, wenn die Möglichkeiten der Markt- und Meinungsforschung durch die neuen Gesetze eingeschränkt werden sollten."³ In diesem Sinne fordert Hartmut Scheffler, Vorstandsvorsitzender des Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute ADM, eine Trennung der Markt- und Meinungsforschung von Werbung und Adresshandel, um einerseits das Selbstbestimmungsrecht der Bürger nicht einzuschränken, auf der anderen Seite aber die Informationsfreiheit als Grundpfeiler der Wissenschaft zu gewährleisten.

Die vorliegende März-Ausgabe 2009 der Reihe Recherche Spezial beschäftigt sich mit dem Spannungsverhältnis zwischen informationeller Selbstbestimmung und Informationsfreiheit, in dessen Mitte sich der Datenschutz seit jeher bewegt. In fünf thematisch untergliederten Kapiteln werden aktuelle Literatur- und Forschungsnachweise mit bibliographischen Angaben und jeweils einer kurzen, inhaltlichen Zusammenfassung aufgelistet.

Quellen der nachfolgenden Informationen sind die GESIS-Datenbanken SOLIS und SOFIS und die sechs englischsprachigen sozialwissenschaftlichen Datenbanken des Herstellers Cambridge Scientific Abstracts (CSA), die über die Nationallizenzen in www.sowiport.de eingebunden sind. Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quelle zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben.

- 1 Gerd Billen, Vorsitzender des Bundesverbandes der Verbraucher, zitiert nach: Jungholt, Thorsten: Das Milliardengeschäft mit dem Datenklau, WELT online vom 19. August 2008, <http://www.welt.de/welt_print/article2323784/Das-Milliardengeschaeft-mit-dem-Datenklau.html> (25.03.2009)
- 2 Deutscher Bundestag [Hg.]: Nur widersprechen oder ausdrücklich einwilligen? <http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2009/23840168_kw13_innen/index.html> (25.03.2009)
- 3 marktforschung.de [Hg.]: Hartmut Scheffler: "Markt- und Meinungsforschung hat mit klassischer Werbung und Verkauf nichts zu tun" <<http://www.marktforschung.de/information/interviews/marktforschung/hartmut-scheffler-markt-und-meinungsforschung-hat-mit-klassischer-werbung-und-verkauf-nichts-zu-tun/>> (25.03.2009)

Die CSA-Datenbanken bieten Nachweise zu Forschungsergebnissen mit Schwerpunkt auf Soziologie und Politikwissenschaft einschließlich benachbarter Gebiete aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; sie beziehen sich überwiegend auf internationale Zeitschriften, aber auch auf Bücher, Buchkapitel sowie z. T. auf Rezensionen.

Die Nachweise sind alphabetisch nach Autoren sortiert. Nachweise aus der Literaturdatenbank SOLIS sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Nachweise aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS mit einem "-F". Nachweise aus den CSA-Datenbanken sind entsprechend durch "-CSA" kenntlich gemacht. Die Nachweise und Abstracts aus den CSA Datenbanken Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA), Physical Education Index (PEI), Worldwide Political Science Abstracts (WPSA), Sociological Abstracts (SA), Pais International und Social Services Abstracts (SSA) werden mit der Erlaubnis von ProQuest LLC zur Verfügung gestellt. Weiterverbreitung und Nachdruck der Nachweise ist ohne Lizenz nicht erlaubt.

Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf die laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

1 Datenschutz und Wissenschaft

[1-L] Alda, Holger; Herrlinger, Dagmar:

LIAB-Datenhandbuch, Version 1.0, (FDZ Datenreport, No. 7/2005), Nürnberg 2005, 116 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/fdz/reporte/2005/DR_7.pdf)

INHALT: Das Handbuch erläutert und beschreibt die Linked-Employer-Employee-Daten des IAB, wie sie über das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im IAB für wissenschaftliche Auswertungen externen Forschern und Forscherinnen zur Verfügung stehen. Es handelt sich dabei um auf einander bezogene Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Daten. Sie bestehen aus zwei Einzelteilen, den Betriebsdaten mit den jährlichen Erhebungswellen des IAB-Betriebspanels und ein bis mehreren Personendatenbanken. Durch die Verknüpfung beider Datenquellen entstehen Linked-Employer-Employee-Daten. Das Handbuch enthält neben der Darstellung des Datengeneseprozesses Informationen über den Inhalt und den Füllungsgrad einzelner Variablen mit Informationen über Personen und Betriebe. Die logischen Zusammenhänge zwischen Variablen in den LIAB-Personendatenbanken und zwischen Variablen des IAB-Betriebpanels und von auf die Betriebsebene aggregierten LIAB-Personendaten werden dargestellt. Auf Datenqualität, Episodensplitting, Anonymisierung, Datenauswertung sowie auf den praktischen Umgang mit den Daten wird eingegangen. Die Testdaten des LIAB-Längsschnittmodells und des LIAB-Querschnittmodells werden beschrieben, und es werden Anregungen für das Schreiben von Auswertungsprogrammen in den Programmiersprachen STATA und SPSS gegeben. (IAB)

[2-L] Allmendinger, Jutta; Kohlmann, Annette:

Datenverfügbarkeit und Datenzugang am Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, in: Allgemeines Statistisches Archiv : Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Jg. 89/2005, H. 2, S. 159-182 (Standort: USB Köln(38)-Sa5; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Bundesagentur für Arbeit (BA) gehört zu den wichtigsten Produzenten statistischer Daten über den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Bislang bestand kein institutionalisierter Datenzugangsweg für Forschende außerhalb des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der BA im IAB wurde mit dem Ziel eingerichtet, den Zugang zu den Daten der BA und des IAB für externe Forscher zu erschließen und systematisch auszubauen. In dem Beitrag beschreiben wir die im FDZ für die Fachöffentlichkeit zugänglich gemachten Daten der BA und des IAB sowie die verschiedenen Zugangsmöglichkeiten der wissenschaftlichen Forschung zu diesen Daten." (Autorenreferat)

[3-L] Bender, Stefan; Hartmann, Benedikt; Herrlinger, Dagmar:

FDZ-Jahresbericht 2007, (FDZ Methodenreport, 02/2008), Nürnberg 2008, 28 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/fdz/reporte/2008/MR_02-08.pdf)

INHALT: "Nach den beiden Evaluationen 2006 durch den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten und 2007 durch den Wissenschaftsrat möchte das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (FDZ) in Zukunft regelmäßig über seine Aktivitäten berichten. Wir starten mit diesem FDZ-Jahresbericht 2007, der ... auf wenigen Seiten die wesentlichen Ereignisse der letzten 12 bzw. 24 Monate zusammenfassen soll. Der Jahresbericht dient auch der Transparenz für unsere Nutzer, die die Existenzberechtigung des FDZ begründen... Der Bericht teilt sich in die Kapitel 'Allgemeine Aufgaben', 'Basisinformationen', 'Das serviceorientierte FDZ', 'Das internationale FDZ' und zum guten Schluss 'Das forschende FDZ'." (Textauszug)

[4-L] Bender, Stefan; Hartmann, Benedikt; Herrlinger, Dagmar:

FDZ annual report 2007, (FDZ Methodenreport, No. 2/2008), Nürnberg 2008, 30 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/fdz/reporte/2008/MR_02-08_EN.pdf)

INHALT: "Nach den beiden Evaluationen 2006 durch den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten und 2007 durch den Wissenschaftsrat möchte das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (FDZ) in Zukunft regelmäßig über seine Aktivitäten berichten. Wir starten mit diesem FDZ-Jahresbericht 2007, der auf wenigen Seiten die wesentlichen Ereignisse der letzten 12 bzw. 24 Monate zusammenfassen soll. Der Jahresbericht dient auch der Transparenz für unsere Nutzer, die die Existenzberechtigung des FDZ begründen. Der Bericht teilt sich in die Kapitel 'Allgemeine Aufgaben', 'Basisinformationen', 'Das serviceorientierte FDZ', 'Das internationale FDZ' und zum guten Schluss 'Das forschende FDZ'." (Textauszug)

[5-L] Bender, Stefan; Himmelreicher, Ralf; Zühlke, Sylvia; Zwick, Markus:

ForschungsDatenZentren: eine informationelle Infrastruktur mit erFreulichem DatenZugang, in: Gabriele Rolf, Markus Zwick, Gert G. Wagner (Hrsg.): Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland : Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 147-158, ISBN: 978-3-8329-3540-5

INHALT: Der Beitrag gibt einen Überblick über den Leistungsstand der öffentlich geförderten Forschungsdatenzentren in der Bundesrepublik Deutschland. Es sind dies: das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung in der Deutschen Rentenversicherung Bund, das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder und das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes. Die Daten haben nach Einschätzung der Autoren in den vergangenen Jahren das Daten- und Dienstleistungsangebot für die Wissenschaft deutlich verbessert und dazu beigetragen, dass sich Deutschland 'zu einem innovativen Ideengeber' im Hinblick auf die Nutzung von mit öffentlichen Mitteln produzierten Daten entwickelt hat. Der Beitrag erläutert den gemeinsam mit dem Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) erarbeiteten Kriterienkatalog zur konkreten Ausgestaltung von Forschungsdatenzentren in Deutschland und stellt die vier Forschungsdatenzentren in ihrer jetzigen Ausgestaltung vor. Neben den jeweiligen Datenangeboten werden auch weitere Dienstleistungen sowie die Nutzungsintensität benannt. Abschließend wird ein Ausblick auf zukünftige Entwicklungen zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik gegeben. (IAB)

[6-L] Bost, Heiner:

Der registergestützte Zensus: der Test einer neuen Erhebungsmethode, in: Statistik-Journal / Statistisches Landesamt Saarland : Statistisches Monatsheft Saarland, 2001, H. 8, S. 15-18 (Standort: USB Köln(38)-M XG 07888; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Am 3. August 2001 ist das Gesetz zum Test eines registergestützten Zensus in Kraft getreten. Es ordnet Testuntersuchungen zur Erprobung eines neuen Zensusverfahrens an, die zum Stichtag 5. Dezember 2001 durchzuführen sind. Mit der Umsetzung des Gesetzes betritt die amtliche Statistik Neuland im Bereich der Volkszählungen, denn eine herkömmliche Zählung mit Erhebungen bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort soll ersetzt werden durch die Auswertung vorhandener Verwaltungsregister. Mit dem Gesetz wird auch eine Forderung des Bundesverfassungsgerichts von 1983 umgesetzt, das den Gesetzgeber aufgefordert hatte, sich laufend mit dem Stand der Erhebungsmethoden auseinander zu setzen und dabei zu prüfen, ob und in welchem Umfang die herkömmlichen Verfahren der Informationserhebung und -verarbeitung noch beibehalten werden können. Konventionelle Volkszählungen sind im Übrigen sehr teuer - die letzte Volkszählung 1987 hat in Deutschland insgesamt rund 1 Milliarde DM gekostet und verursacht eine Reihe von Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung (Diskussion um den 'gläsernen Menschen', Recht auf informationelle Selbstbestimmung). Dass Volkszählungen notwendig sind, ist indes weitgehend unstrittig. Von den Vereinten Nationen wird eine Durchführung im Abstand von etwa zehn Jahren weltweit empfohlen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zählen entsprechend einer Empfehlung der EU mehrheitlich im Jahr

2001. Die letzte Volkszählung wurde in Deutschland im früheren Bundesgebiet 1987, in der DDR im Jahr 1981 durchgeführt." (Autorenreferat)

[7-L] Brandt, Maurice; Oberschachtsiek, Dirk; Pohl, Ramona:

Neue Datenangebote in den Forschungsdatenzentren: Betriebs- und Unternehmensdaten im Längsschnitt, (FDZ Methodenreport, 07/2007), Nürnberg 2007, 18 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/fdz/reporte/2007/MR_07-07.pdf)

INHALT: "Die FDZ entwickeln das Datenangebot für die wissenschaftliche Forschung kontinuierlich auf der Basis des bestehenden Datenbedarfs und in Kooperation mit der Wissenschaft weiter. Der Beitrag gibt einen Überblick über den aktuellen Stand des Datenangebotes und beschreibt einige richtungweisende Projekte zu dessen Verbesserung. Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Abschnitt 2 beschreibt die jeweiligen Zugangsmöglichkeiten zu den Mikrodaten in den FDZ. Anschließend wird eine Auswahl von Betriebs- und Unternehmensdaten vorgestellt, die mittlerweile für wissenschaftliche Auswertungen zur Verfügung stehen. Abschnitt 4 informiert über das Projekt 'Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung' und dessen Beitrag zur Verbesserung des Datenangebots im Bereich der wissenschaftlich nutzbaren Paneldaten über Betriebe und Unternehmen, gefolgt von einem Ausblick auf zukünftige Projekte zur Zusammenführung von Betriebs und Unternehmensdaten aus unterschiedlichen Quellen in Abschnitt 5. Abschließend wird eine kurze Schlussbetrachtung vorgenommen." (Autorenreferat)

[8-L] Breiter, Andreas:

Datengestützte Schulentwicklung - internationale Forschung und praktische Anwendungen, in: Die Deutsche Schule : Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis, Jg. 100/2008, H. 2, S. 217-220 (Standort: USB Köln(38)-BP8050; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In Deutschland hat sich in der letzten Dekade durch die 'empirische Wende' gleichermaßen in der Bildungsforschung wie in der Bildungspolitik eine grundlegende Veränderung in Richtung regelmäßiger Schulevaluationen bzw. Schulinspektionen, nationaler und internationaler Leistungsuntersuchungen, einer Bildungsberichterstattung sowie einer neuartigen Bildungsstatistik ergeben. Dabei wird davon ausgegangen, dass durch bessere empirische Daten die Qualität von Schule besser bewertet und im Folgenden auch besser gesteuert und damit weiterentwickelt werden könnte. ... Sicher ist auf jeden Fall, dass die Erhebung, Verarbeitung und Speicherung (solcher) Daten eine komplexe IT-Systemarchitektur erfordert, die den Regelungen des Datenschutzes einerseits und den Anforderungen an ein transparentes öffentliches Schulsystem, den Bedarf der empirischen Bildungsforschung sowie der beteiligten Akteure im Schulsystem (von der Lehrkraft bis zum Kultusministerium) andererseits genügt. Während die Erhebung, die automatisierte Weiterverarbeitung und auch die statistischen Analysen bereits heute computergestützt realisiert werden, stehen bei der Ergebnismeldung und bei der Verknüpfung unterschiedlicher, oftmals in dezentralen Datenbanksystemen verstreuten Daten noch umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsaufgaben an." In diesem Zusammenhang behandelt der Beitrag folgende vier Themenkomplexe: 1. Integrierte Informationssysteme in den Schulverwaltungen der Länder und Kommunen, 2. Rückmeldesysteme, 3. Unterstützung von Schulinspektionen, 4. Bildungsberichterstattung. (DIPF/Orig./Un)

[9-L] Brinkmann, Christian:

Evaluationsforschung im Aufwind: Spielwiese für Ökonometriker?, in: Sabine Gensior, Hans Gerhard Mendius, Hartmut Seifert; Deutsche Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung -SAMF- e.V. (Hrsg.): 25 Jahre SAMF : Perspektiven Sozialwissenschaftlicher Arbeitsmarktforschung, 2004, S. 177-183 (Standort: IAB-3235 BP 886, 0; Graue Literatur)

INHALT: "Der Beitrag ist exemplarisch zu sehen im Hinblick auf das Rahmenthema 'Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung - ein Projekt mit Perspektive?' Zunächst wird der Stand der Erschließung von Prozessdaten in der BA angesprochen, ein Fundus nicht nur für Evaluationsforschung der neuen Generation, sondern z.B. auch für nicht interventionsorientierte Biografieforschung. Stich-

worte hierzu: Data-Warehouse in der BA, Maßnahme-Teilnehmer-Grunddatei, generelle Verknüpfbarkeit. Zweitens wird darauf eingegangen, wie die geschützten Sozialdaten für die scientific community verfügbar gemacht werden. Stichworte dazu: KVI-Gutachten (Kommission für die Verbesserung der informationellen Infrastruktur), Forschungsdatenzentrum in der BA. Drittens wird etwas zu der recht einseitig strukturierten aktuellen Nachfrage nach diesen Daten seitens der ökonomischen Evaluationsforschung ausgeführt. Viertens geht es um die darüber hinausgehenden Potentiale dieser neuen Datenquellen und die Notwendigkeit, ökonomische Evaluationsstudien nicht zu ersetzen, sondern sie besser zu fundieren und zu ergänzen. Es wird mehr gebraucht als das, was sich gegenwärtig abzeichnet, was politisch forciert wird und was z.T. mit übergroßen Erwartungen an Wirkungsforschung belegt ist." (Autorenreferat)

[10-L] Bundesministerium für Bildung und Forschung; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration -AKI- (Bearbeiter) (Hrsg.):

Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen: Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik, (Bildungsreform, Bd. 14), (Expertenforum "Bildungsdaten und Migrationshintergrund", 2004, Berlin), Berlin 2005, 131 S. (Graue Literatur; www.bmbf.de/pub/bildungsreform_band_vierzehn.pdf)

INHALT: "In der Bildungspolitik wie auch in der Wissenschaft wird bereits seit längerem moniert, dass die in den amtlichen Statistiken verfügbaren Informationen über Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund für eine zielgerichtete Förderung nicht ausreichen. Die amtlichen Statistiken legen nach wie vor fast ausschließlich die Staatsangehörigkeit zugrunde, mit der Folge, dass in vielen Fällen der Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen nicht mehr erkennbar ist: Dies gilt für Eingebürgerte, Spätaussiedler/-innen und Kinder, die seit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts automatisch Deutsche wurden. Damit notwendige Fördermaßnahmen sinnvoll konzipiert und umgesetzt werden können, ist es aber unabdingbar, unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Vorgaben die Informationsgrundlagen zu verbessern und Daten zu erheben, die tatsächlich über den Migrationshintergrund Auskunft geben. Die im vorliegenden Band dokumentierten Beiträge eines Expertenforums im Jahr 2004 zu diesem Thema befassen sich mit Forschungsergebnissen zur Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, bilanzieren die gegenwärtig verfügbaren Statistiken im Bereich Bildung und beschreiben Möglichkeiten für eine rechtskonforme und durchführbare Erfassung des Migrationshintergrunds. Berücksichtigt werden dabei auch ausgewählte internationale Erfahrungen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Leonie Herwartz-Emden: Migrant/-innen im deutschen Bildungssystem (7-24); Cornelia Kristen, Nadia Granato: Bildungsinvestitionen in Migrantenfamilien (25-42); Heike Diefenbach: Schulerfolg von ausländischen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund als Ergebnis individueller und institutioneller Faktoren (43-54); Christoph Chlosta, Torsten Ostermann: Warum fragt man nach der Herkunft, wenn man die Sprache meint? Ein Plädoyer für eine Aufnahme sprachbezogener Fragen in demographische Untersuchungen (55-66); Werner Halbhuber: Die Schulstatistik der Kultusministerkonferenz (67-74); Matthias Schilling: Differenzierungsmöglichkeiten nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund in der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik. Bildungsdaten von Kindern im Vorschulalter (75-80); Joachim R. Frick, Janina Söhn: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) als Grundlage für Analysen zur Bildungslage von Personen mit Migrationshintergrund (81-90); Alexander Dix: Datenschutzrechtliche Aspekte bei der Erfassung des Migrationshintergrundes (91-102); Sandra Wagner, Holger Seibert, Veysel Özcan, Karen Schönwälder: Migration, Ethnizität und Schule: die amtlichen Statistiken der Niederlande, Schwedens und Kanadas (103-116); Janina Söhn, Veysel Özcan: Bildungsdaten und Migrationshintergrund: eine Bilanz (117-128).

[11-L] Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.):

Forschungsrelevante Daten der Rentenversicherung: Bericht vom zweiten Workshop des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV) vom 27. bis 29. Juni 2005 in Würzburg, (DRV-Schriften, 55/2005), Bad Homburg: wdv Ges. f. Medien & Kommunikation 2006, 289 S., ISBN: 3-938790-01-6 (Standort: IAB-6408 BS 672)

INHALT: "Eine wichtige Aufgabe des Tagungsbandes ist, auf das Datenangebot des Forschungsdatenzentrums aufmerksam zu machen. Hierzu wird anhand der ersten Studien exemplarisch gezeigt, welche Forschungsfragen mit den SUFs untersucht werden können. Ferner soll die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Datenproduzenten vertieft werden, um neue Kooperationen vorbereiten und bestehende verbessern zu können. Dieser Zielsetzung folgt auch die Gliederung des Tagungsbandes. Im ersten Kapitel werden der Aufbau des Forschungsdatenzentrums, dessen Datenangebot und mögliche Forschungspotenziale thematisiert. Das zweite Kapitel dokumentiert die gute Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Forschungsdatenzentren, indem Analysen mit Daten der Bundesagentur für Arbeit sowie mit Daten der Statistischen Ämter vorgestellt werden. Im dritten Kapitel sind die ersten Befunde der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler veröffentlicht, die auf Basis der Daten der Rentenversicherung und insbesondere auf Basis der Scientific Use Files des FDZ-RV berechnet wurden. Eine Zusammenfassung, die auch das FDZ-RV der Zukunft skizziert, schließt diesen Tagungsband ab." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: 1. Das Datenangebot im FDZ-RV, Zugangswege und Analysepotenzial - Uwe G. Rehfeld: Zum Aufbau des FDZ-RV (15-21); Hilmar Luckert: Das aktuelle Datenangebot und Zugangswege im FDZ-RV (22-37); Ralf K. Himmelreiches: Analysepotenzial des Scientific Use Files Versichertenrentenzugang (38-92); Tatjana Mika: Zuwanderung, Einwanderung und Rückwanderung in den Datensätzen des FDZ-RV (93-113); Michael Stegmann: Vergleichbarkeit der Berufsklassifikationen öffentlicher Datenproduzenten und die Transformation in prominente sozialwissenschaftliche Klassifikationen und Skalen (114-153). 2. Analysen mit Daten anderer öffentlicher Forschungsdatenzentren - Christina Wübbecke: Der Einfluss betrieblicher Rahmenbedingungen auf Zeitpunkt und Form des Ausscheidens älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben. Eine Analyse für Westdeutschland auf Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975-1995 mit Ergänzungsteil I (157-174); Gabriele Philipp, Olaf Schoffer: Krankenhaus-Diagnosestatistik - Scientific Use File und beispielhafte Analysen (175-188). 3. Analysen mit Daten der Rentenversicherung - Renate Büttner, Martin Brüssig: Die Wirkungsweise der Rentenabschläge auf den Rentenbeginn. Eine Analyse mit Querschnittsdaten der Rentenzugangsstatisik (191-212); Barbara Berkel, Axel Börsch-Supan: Auswirkungen verschiedener Reformszenarien auf Renteneintrittsentscheidungen (213-225); Sabine Böttcher: Übergangsprozesse am Ende des Erwerbslebens - ein Projektbericht (226-241); Hans-Martin von Gaudecker: Differentielle Sterblichkeit in der GRV: Problemaufriss und erste Berechnungen (242-252); Rembrandt Scholz: Differentielle Sterblichkeitsanalyse mit den Daten der Deutschen Rentenstatistik (253-266); Rainer Unger: Das individuelle Zugangrentenniveau des Jahres 2003 (267-280).

[12-L] Domingo-Ferrer, Josep; Torra, Vicenc (Hrsg.):

Privacy in statistical databases: CASC Project Final Conference, PSD 2004, Barcelona, Caralonia, Spain, June 9-11, 2004 ; proceedings, (Lecture notes in computer science, 3050), Berlin: Springer 2004, 365 S., ISBN: 3-540-22118-2

INHALT: "Privacy in statistical databases is about finding tradeoffs to the tension between the increasing societal and economical demand for accurate information and the legal and ethical obligation to protect the privacy of individuals and enterprises, which are the source of the statistical data. Statistical agencies cannot expect to collect accurate information from individual or corporate respondents unless these feel the privacy of their responses is guaranteed; also, recent surveys of Web users show that a majority of these are unwilling to provide data to a Web site unless they know that privacy protection measures are in place. 'Privacy in Statistical Databases 2004' (PSD 2004) was the final conference of the CASC project ('Computational Aspects of Statistical Confidentiality', IST-2000-25069). PSD 2004 is in the style of the following conferences: 'Statistical Data Protection', held in Lisbon in 1998 and with proceedings published by the Office of Official Publications of the EC, and also the AMRADS project SDC Workshop, held in Luxemburg in 2001 and with proceedings published by Springer-Verlag, as LNCS Vol. 2316. The Program Committee accepted 29 papers out of 44 submissions from 15 different countries an four continents. Each submitted paper received at least two reviews. These proceedings contain the revised versions of the accepted papers. These papers cover the foundations and methods of tabular data protection, masking methods for the protection of individual data (microdata), synthetic data generation, disclosure risk analysis, and software/ case studies." (excerpt)

[13-L] Drechsler, Jörg; Dundler, Agnes; Bender, Stefan; Rässler, Susanne; Zwick, Thomas:

A new approach for disclosure control in the IAB Establishment Panel: multiple imputation for a better data access, (IAB Discussion Paper : Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 11/2007), Nürnberg 2007, 31 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/discussionpapers/2007/dp1107.pdf)

INHALT: Öffentliche Stellen, die Datensätze produzieren, müssen mit dem Dilemma umgehen, einerseits die Vertraulichkeit der personenbezogenen Daten zu schützen, andererseits für die Forschung hinreichend detaillierte Datensätze zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund werden etliche Methoden der Offenlegungskontrolle in der Literatur diskutiert. Der Beitrag stellt zwei Ansätze vor, die auf multipler Imputation basieren, und die auf das IAB-Betriebspanel angewandt werden können. Beim ersten Ansatz, der auf Rubin (1993) zurückgeht, wird ein vollständig synthetischer Datensatz generiert, während beim zweiten Ansatz nur Werte für ausgewählte Variablen mit hohem Offenlegungsrisiko imputiert werden. Beide Ansätze werden auf eine Menge Variablen aus der Welle des IAB-Betriebspanels aus dem Jahr 1997 angewandt. Die Qualität der Ansätze wird bewertet, indem die Analyseergebnisse von Zwick (2005), die auf den Originaldaten basieren, mit den Ergebnissen derselben Analyse nach der Imputation verglichen werden. (IAB)

[14-L] Gottschalk, Sandra:

Unternehmensdaten zwischen Datenschutz und Analysepotenzial, (ZEW-Wirtschaftsanalysen, Bd. 76), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 280 S., ISBN: 3-8329-1459-5

INHALT: "Unternehmensdaten, die für wissenschaftliche Forschungszwecke erhoben werden, können wertvolle Hinweise für die Wirtschaftspolitik liefern. Um diese Wissensbasis voll auszuschöpfen, sollten möglichst viele Forscher Zugang zu solchen Daten haben. Gleichzeitig muss jedoch der Datenschutz gewährleistet sein. Daher dürfen Erhebungsdaten von Unternehmen nur in anonymisierter Form weitergegeben werden. In dieser Arbeit werden exemplarisch verschiedene Anonymisierungsmaßnahmen sowohl hinsichtlich ihrer Schutzwirkung als auch hinsichtlich ihres Einflusses auf die Nutzbarkeit von anonymisierten Unternehmensdaten für wissenschaftliche Auswertungen untersucht. Dabei werden klassische Anonymisierungsmaßnahmen einer bisher noch wenig erforschten und angewendeten Anonymisierungsmethode, der 'Erzeugung künstlicher Datensätze', gegenübergestellt. Insbesondere wird nicht-parametrisches Resampling als eine praktikable Vorgehensweise vorgestellt und mit Daten des Mannheimer Innovationspanels, der Innovationserhebung für Deutschland, getestet. Das Verfahren erweist sich als sinnvolle Alternative oder Ergänzung zu klassischen Anonymisierungsmethoden, weil es das Analysepotenzial von Mikrodaten unter Bewahrung der Schutzwirkung gut erhalten kann." (Autorenreferat)

[15-L] Hafner, Hans-Peter; Lenz, Rainer; Mischler, Frauke:

Einzeldaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 als Scientific-Use-File, in: Wirtschaft und Statistik, 2007, H. 2, S. 144-149 (Standort: UB Bonn(5)-4Z50/35; USB Köln(38)-TXZ126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Seit Anfang 2007 steht mit den Daten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 erstmals ein sogenannter Linked-Employer-Employee-Datensatz der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Analysen außerhalb der geschützten Räume der amtlichen Statistik zur Verfügung. In einem gemeinsamen Projekt haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder das Basismaterial so anonymisiert, dass einerseits den strengen Anforderungen des gesetzlichen Datenschutzes Genüge getan und andererseits genügend Analysepotenzial erhalten wird. Für über 846.000 Beschäftigte liegen detaillierte Angaben zu Soziodemographie, Tätigkeit und Verdienst vor, denen Informationen zum Arbeitgeber hinzugefügt sind, wie etwa Wirtschaftszweigzugehörigkeit, Region, Beteiligung der öffentlichen Hand und Anzahl der Beschäftigten differenziert nach Geschlecht sowie nach Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten. Der Datensatz eignet sich gut zur Analyse geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede sowie zur Untersuchung der Verdienstunterschiede in tarifgebundenen Betrieben im Vergleich zu solchen, die nach freier Vereinbarung vergütet werden. Der Datensatz ermöglicht außerdem

Analysen zu den verdienstbestimmenden Merkmalen wie zum Beispiel Beruf oder Ausbildung."
(Autorenreferat)

[16-L] Harausz, Andrea:

Europäische Mikrodaten für die Wissenschaft, in: Wirtschaft und Statistik, 2007, H. 9, S. 864-870
(Standort: UB Bonn(5)-4Z50/35; USB Köln(38)-TXZ126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ziel dieses Aufsatzes ist es, die gegenwärtigen Möglichkeiten des Zugangs zu Mikrodaten der Gemeinschaftsstatistiken auf europäischer Ebene vorzustellen. Hierzu werden zunächst die Voraussetzungen beschrieben, die für einen Zugang zu den Mikrodaten erfüllt sein müssen. Anschließend werden die verfügbaren Statistiken sowie die Zugangswege aufgeführt. Abschließend wird auf die Anonymisierung der Daten und auf die Einbeziehung der Mitgliedstaaten in die Verfahren der Zugangsgewährung eingegangen." (Autorenreferat)

[17-L] Jacob, Rüdiger:

Sozial- und Gesundheitsberichterstattung: Hintergründe, Defizite, Möglichkeiten, Frankfurt am Main: P. Lang 2006, 367 S., ISBN: 3-631-55700-0

INHALT: Seit den 1990er Jahren wird das Thema Gesundheitsberichterstattung (GBE) auch in Deutschland intensiv diskutiert. Erstellt wurden seitdem Gesundheitsberichte für Betriebe, Kommunen, Bundesländer und 1998 auch ein erster Gesundheitsbericht für Deutschland. Das verstärkte Interesse an GBE wurde durch die Politik induziert, da die ständig beklagte Kostensteigerung im Gesundheitswesen Dimensionen erreicht hat, die von Sozialpolitikern als nicht mehr finanzierbar angesehen werden. Die daraus resultierenden gesundheitspolitischen Forderungen nach effektivem und effizientem Mitteleinsatz in der Therapie und der Prävention von Krankheiten können aber nur umgesetzt werden, wenn man Kenntnisse über die Prävalenz und Inzidenz solcher Krankheiten und deren Ursachen, die durch sie entstehenden Kosten, die zur Verfügung stehenden Mittel und deren Verwendung hat. Gerade die Datenlage für GBE ist aber in höchstem Maß problematisch. Es gibt keine Morbiditätsstatistik, keine valide Todesursachenstatistik und kaum Mikrodaten. Die Studie analysiert die vorliegende Sozial- und Gesundheitsberichte hinsichtlich folgender Themen: Gesundheitspolitische Ziele; Bevölkerung im Berichtsgebiet; Demographische und sozioökonomische Strukturmerkmale; Gesundheitliche Lage: Lebenserwartung, allgemeine Mortalität, Säuglingsmortalität, Morbidität und Mortalität spezifischer Krankheiten und Unfälle, Krankheitsfolgen; Gesundheitsrelevante Verhaltensweisen: Ernährung, Drogen, Bewegung; Gesundheitsgefährdungen aus der natürlichen und technischen Umwelt; Risikomerkmale der sozialen Lage: Belastungen durch Nahrung, Wasser, Luft, Belastungen aus der Arbeitswelt; Ressourcen des Gesundheitswesens: Ambulante und stationäre Versorgung, ÖGD, Selbsthilfe, Personal und Ausbildung; Inanspruchnahme von Leistungen: Ambulanter und stationärer Sektor, Rehabilitation, Impfungen und Früherkennungsuntersuchungen, Zahnmedizin, Pflege; Finanzierung. (ICA2)

[18-L] Jacobebbinghaus, Peter; Seth, Stefan:

The German integrated employment biographies sample IEBS, in: Schmollers Jahrbuch : Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jg. 127/2007, H. 2, S. 335-342 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa108; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Bericht gibt einen Überblick über die Stichprobe der Integrierten Erwerbsbiografien IEBS. Bei der IEBS handelt es sich um eine Zufallsstichprobe aus den Integrierten Erwerbsbiografien des IAB. Neben soziodemographischen Merkmalen (Geschlecht, Geburtsjahr, Schulbildung, Ausbildung, Staatsangehörigkeit, Wohn- und Arbeitsort) werden Daten zum Erwerbsstatus, zum Beschäftigungsverhältnis (berufliche Stellung, Tagesentgelt, berufliche Stellung, Wirtschaftszweig), zu Leistungsbezug, zur Teilnahme an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung und zur Arbeitsuche in der IEBS zusammengefasst. Die Ziehung der Stichprobe erfolgt über die zufällige Auswahl von acht Geburtstagen; die so gezogenen Personen entsprechen 2,2 Prozent der Personen der Zielpopulation. Abgedeckt wird der Zeitraum von 1990 bis 2004. Ein wichtiges Merkmal der IEBS ist die

Parallelität von Spells, das heißt Personen können z.B. Leistungen beziehen und gleichzeitig auf der Arbeitsuche sein. Durch ein Episodensplitting werden deshalb überschneidungsfreie Spells erzeugt. Die Daten der Stichprobe der Integrierten Erwerbsbiografien können als sehr zuverlässig bezeichnet werden. Da die Stichprobe Informationen aus unterschiedlichen Datenquellen enthält, muss mit Unstimmigkeiten gerechnet werden, die häufig nicht geklärt werden können. Da die IEBS zahlreiche detaillierte Informationen über individuelle Erwerbsbiografien enthält, basieren etliche Studien zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie Evaluationsstudien arbeitspolitischer Maßnahmen auf diesem Datensatz. Ein Zugang zu den Daten ist unter anderem im Rahmen eines Gastaufenthaltes am Forschungsdatenzentrum der BA im IAB (FDZ) möglich. Da die IEBS nur schwach anonymisiert ist, werden nach der Datenanalyse Informationen, die zur Identifizierung von Personen geeignet sind, grundsätzlich gelöscht. Das FDZ arbeitet jedoch an einer faktischen Anonymisierung der IEBS. (IAB)

[19-L] Jacobebbinghaus, Peter:

LIAB-Datenhandbuch, Version 3.0, (FDZ Datenreport, Nr. 3/2008), Nürnberg 2008, 57 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/fdz/reporte/2008/DR_03-08.pdf)

INHALT: "Dieses LIAB-Datenhandbuch beschreibt die Linked Employer-Employee Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), wie sie über das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im IAB für wissenschaftliche Auswertungen zur Verfügung stehen. Die Linked Employer-Employee Daten im IAB (LIAB) bestehen aus den Betriebsdaten der jährlichen Erhebungswellen des IAB-Betriebspanels und Personendaten aus den Prozessdaten der BA. Durch die Verknüpfung beider Datenquellen entstehen Linked Employer-Employee Daten. Das LIAB-Datenhandbuch stellt die wichtigsten Informationen zur Auswertung der LIAB-Daten zusammen. Diese überarbeitete Neuauflage entstand vor dem Hintergrund der Vereinheitlichung der FDZ-Datenreporte und deren Übersetzung ins Englische. Anlagen zum Handbuch sind eine Datei mit Merkmalsausprägungen, wenn die Liste der Ausprägungen besonders lang ist und eine Datei mit Auszählungen zu allen Merkmalen. Die bisherigen Dokumentationen werden nicht weiter gepflegt, bleiben aber dem deutschsprachigen Leser als reichhaltige Nachschlagewerke erhalten. Weitere Literatur ist in Abschnitt 11 aufgeführt. Wer schon mit älteren LIAB-Daten gearbeitet hat, sollte die Beschreibung der Erweiterungen und Änderungen beim Update auf 2005 und 2006 in Abschnitt 2 lesen. Bezogen auf das IAB-Betriebspanel wird in diesem LIAB-Datenhandbuch nur auf Aspekte eingegangen, die im Zusammenhang mit der Verknüpfung mit Personendaten von Bedeutung sind. Vertiefende Informationen für das IAB-Betriebspanel stellt das FDZ auf seinen Internetseiten zur Verfügung." (Autorenreferat)

[20-L] Kaiser, Ulrich; Wagner, Joachim:

Neue Möglichkeiten zur Nutzung vertraulicher amtlicher Personen- und Firmendaten, (FDZ Methodenreport, 02/2007), Nürnberg 2007, 35 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/fdz/reporte/2007/MR_02-07.pdf)

INHALT: "Die Arbeit mit Mikrodaten - Daten über einzelne Personen oder Firmen - gehört seit langer Zeit zum Alltagsgeschäft empirisch arbeitender Ökonomen und vieler anderer Sozialwissenschaftler. Hierfür werden vor allem Daten aus Stichproben verwendet, bei denen die Teilnahme freiwillig ist. Hierbei beeinträchtigen oft fehlende Teilnahmebereitschaft und Verweigerung von Auskünften bei als sensibel eingeschätzten Fragen das Analysepotenzial des Datenmaterials. Darüber hinaus sind die Fallzahlen dieser Datensätze aus Kostengründen in der Regel so klein, dass differenzierte Analysen für spezifische Gruppen wie etwa Hochschulabsolventen einer bestimmten Fachrichtung oder Firmen aus einer bestimmten Industrie nicht möglich sind. Prominente Beispiele für solche Stichprobendaten aus Deutschland sind die Personen- und Haushaltsdaten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS (Terwey 2000) und des Sozio-ökonomischen Panels SOEP (Wagner, Frick und Schupp 2007) sowie die Betriebsdaten aus dem IAB Betriebspanel (Kölling 2000). Neben diesen in verschiedener Hinsicht eingeschränkten Stichproben gibt es eine Vielzahl von Datensätzen, die sich durch eine sehr große Anzahl von Merkmalsträgern (oft in Form der Grundgesamtheit) auszeichnen und die auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen erstellt werden, in denen eine Aus-

kunftspflicht der Personen oder Firmen vorgeschrieben ist. Diese Daten, die aus Erhebungen der amtlichen Statistik stammen (wie z.B. aus regelmäßigen Befragungen von Betrieben) oder die als 'prozessproduzierte' Daten Ergebnis von Verwaltungshandlungen sind (wie die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten), sind für umfassende und methodisch angemessene wissenschaftliche Untersuchung zahlreicher Fragestellungen die einzig verlässliche Datenbasis. Ein Zugang zu diesen Mikrodaten ist für Wissenschaftler, die nicht Mitarbeiter der datenproduzierenden Institutionen sind, nicht ohne weiteres möglich. Hierfür gibt es neben den gesetzlichen Regelungen auch weitere gut nachvollziehbare Gründe - kein Unternehmer will z.B. Geschäftsgeheimnisse, die er den statistischen Ämtern mitteilen muss, seiner Konkurrenz zugänglich machen, und niemand will seinen neugierigen Nachbarn Einblick in seine Steuererklärung geben. Eine Nutzung der vertraulichen Mikrodaten aus der amtlichen Statistik ist aber für externe Wissenschaftler in vielen Fällen durchaus möglich - wenn auch nicht immer ohne eine vorherige Anonymisierung, die eine Reidentifikation von Merkmalsträgern verhindert, und oft verbunden mit einigem (wenn auch geringem) bürokratischen Aufwand. Gegenüber der Situation am Anfang dieses Jahrhunderts, die ausführlich im Gutachten der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) aus dem Jahr 2001 dokumentiert ist, haben sich die Zugangsmöglichkeiten zu diesen Daten in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Heute kann jeder Wissenschaftler, der in einer Einrichtung mit der Aufgabe der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung arbeitet, mit geringem Aufwand einen umfangreichen und ständig wachsenden Bestand an Mikrodaten aus Erhebungen der amtlichen Statistik und an prozessproduzierten Mikrodaten für Untersuchungen nutzen. Wie dies möglich ist und welches Potential für empirische Untersuchungen damit erschlossen wird, darüber informiert unser Beitrag." (Textauszug)

[21-L] Kaiser, Ulrich; Wagner, Joachim:

Neue Möglichkeiten zur Nutzung vertraulicher amtlicher Personen- und Firmendaten, in:

Perspektiven der Wirtschaftspolitik : eine Zeitschrift des Vereins für Socialpolitik, Bd. 9/2008, H. 3, S. 329-349

INHALT: "Die Arbeit mit Mikrodaten - Daten über einzelne Personen oder Firmen - gehört seit langer Zeit zum Alltagsgeschäft empirisch arbeitender Ökonomen und vieler anderer Sozialwissenschaftler. Hierfür werden vor allem Daten aus Stichproben verwendet, bei denen die Teilnahme freiwillig ist. Hierbei beeinträchtigen oft fehlende Teilnahmebereitschaft und Verweigerung von Auskünften bei als sensibel eingeschätzten Fragen das Analysepotenzial des Datenmaterials. Darüber hinaus sind die Fallzahlen dieser Datensätze aus Kostengründen in der Regel so klein, dass differenzierte Analysen für spezifische Gruppen wie etwa Hochschulabsolventen einer bestimmten Fachrichtung oder Firmen aus einer bestimmten Industrie nicht möglich sind. Prominente Beispiele für solche Stichprobendaten aus Deutschland sind die Personen- und Haushaltsdaten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS (Terwey 2000) und des Sozio-ökonomischen Panels SOEP (Wagner, Frick und Schupp 2007) sowie die Betriebsdaten aus dem IAB Betriebspanel (Kölling 2000). Neben diesen in verschiedener Hinsicht eingeschränkten Stichproben gibt es eine Vielzahl von Datensätzen, die sich durch eine sehr große Anzahl von Merkmalsträgern (oft in Form der Grundgesamtheit) auszeichnen und die auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen erstellt werden, in denen eine Auskunftspflicht der Personen oder Firmen vorgeschrieben ist. Diese Daten, die aus Erhebungen der amtlichen Statistik stammen (wie z.B. aus regelmäßigen Befragungen von Betrieben) oder die als 'prozessproduzierte' Daten Ergebnis von Verwaltungshandlungen sind (wie die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten), sind für umfassende und methodisch angemessene wissenschaftliche Untersuchung zahlreicher Fragestellungen die einzig verlässliche Datenbasis. Ein Zugang zu diesen Mikrodaten ist für Wissenschaftler, die nicht Mitarbeiter der datenproduzierenden Institutionen sind, nicht ohne weiteres möglich. Hierfür gibt es neben den gesetzlichen Regelungen auch weitere gut nachvollziehbare Gründe - kein Unternehmer will z. B. Geschäftsgeheimnisse, die er den statistischen Ämtern mitteilen muss, seiner Konkurrenz zugänglich machen, und niemand will seinen neugierigen Nachbarn Einblick in seine Steuererklärung geben. Eine Nutzung der vertraulichen Mikrodaten aus der amtlichen Statistik ist aber für externe Wissenschaftler in vielen Fällen durchaus möglich - wenn auch nicht immer ohne eine vorherige Anonymisierung, die eine Reidentifikation von Merkmalsträgern verhindert, und oft verbunden mit einigem (wenn auch geringem) bürokratischen Aufwand. Gegenüber der Situation am Anfang dieses Jahrhunderts, die ausführlich im

Gutachten der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) aus dem Jahr 2001 dokumentiert ist, haben sich die Zugangsmöglichkeiten zu diesen Daten in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Heute kann jeder Wissenschaftler, der in einer Einrichtung mit der Aufgabe der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung arbeitet, mit geringem Aufwand einen umfangreichen und ständig wachsenden Bestand an Mikrodaten aus Erhebungen der amtlichen Statistik und an prozessproduzierten Mikrodaten für Untersuchungen nutzen. Wie dies möglich ist und welches Potential für empirische Untersuchungen damit erschlossen wird, darüber informiert unser Beitrag." (Textauszug)

[22-L] Kelder, Jo-Anne:

Using someone else's data: problems, pragmatics and provisions, in: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, Vol. 6/2005, No. 1, 13 S.
(www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-05/05-1-39-e.pdf)

INHALT: "Im gegenwärtigen Klima der ethischen Anforderungen an Forschung werden qualitative empirische Daten oft am Ende eines jeden Forschungsprojektes archiviert. Diese qualitativen Daten können dann aus unterschiedlichen Perspektiven wieder benutzt werden und stehen für andere Forschungsfragen, als die Primärforscher(innen) im Blick hatten, zur Verfügung. Die Wiederverwendung solcher Daten spart Zeit, vermeidet unnötige Belastungen der Befragten und stützt die Interpretation selbst erhobener Daten. Im vorliegenden Beitrag wird gezeigt, wie Daten eines Forschungsprojektes akquiriert und dann mit dem Ziel analysiert wurden, ein eigenes Projekt zu begründen, das sich an der 'Distributed Cognition (Dcog) theory' und der mit ihr zusammenhängenden Methodologie der 'kognitiven Ethnographie' orientiert. Die theoretischen Überlegungen thematisieren den Nutzen und die Probleme bei der Anwendung unterschiedlicher Quellen und Arten von Daten für die Konstruktion eines theoretischen Zugangs zur Beobachtungssituation. Die methodologischen Überlegungen zielen auf den Gebrauch (und nicht Missbrauch) von Daten Anderer und auf die schlüssige Integration von Daten, die im Laufe der Zeit und für verschiedene Zwecke gesammelt wurden. Die gegenwärtigen ethischen Richtlinien sind vom Paradigma kontrollierter Bedingungen geprägt, wie sie in experimentellen, quantitativen Forschungsansätzen vertreten werden. Es gilt, ein neues Paradigma zu entwickeln, das den Mangel an Kontrollmöglichkeiten berücksichtigt, der dem Forschen inhärent ist. Der Beitrag verweist auf den Nutzen ethischer Regeln für die Sekundärnutzung von Daten und für den Umfang an Datenschutz, den die Befragten wünschen." (Autorenreferat)

[23-L] Koch, Iris; Meinken, Holger:

The Employment Panel of the German Federal Employment Agency, in: Schmollers Jahrbuch : Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jg. 124/2004, H. 2, S. 315-325 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa108; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Aufgrund der zunehmenden Nachfrage nach Daten zur Arbeits- und Berufsforschung wird im Bereich der Statistik der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit ein Forschungsvorhaben zur Bereitstellung anonymisierter Mikrodaten zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen bearbeitet. Ziel ist es, Verwaltungsdaten auch für Forschungszwecke zu erschließen und in breiterer Form zugänglich zu machen. Beginnend mit dem Jahr 1998 beinhaltet der als Panel aufgebaute Datensatz 18 Wellen mit je 600.000 Beschäftigten und wird einmal jährlich aktualisiert. Seit 1999 werden auch geringfügige Beschäftigungen erfasst. Als Datenquelle dienen die Quartalsdaten des Beschäftigungsstatistik der BA, die aus dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung stammen. Der Datensatz umfasst 52 Merkmale, sowohl individuelle Merkmale der Beschäftigten als auch betriebliche Merkmale der Beschäftigungsbetriebe. Da die Daten dem Sozialdatenschutz des Sozialgesetzbuches unterliegen dürfen lediglich anonymisierte Datensätze an Forschungseinrichtungen übermittelt werden. Zur Anonymisierung wird u.a. die Sozialversicherungsnummer durch eine zufallsgenerierte Personenummer ersetzt, sensible Merkmale werden entfernt und Merkmalsausprägungen werden vergrößert. Zudem basiert das Beschäftigtenpanel auf einem Stichprobenverfahren, nach dem Beschäftigte anhand ihres Geburtsdatums ausgewählt werden. Von der IAB-Beschäftigtenstichprobe unterscheidet sich das BA-Beschäftigtenpanel in Hinblick auf Datenaufbereitung und Auswertungsdesign. Während bei

der Beschäftigtenstichprobe der Schwerpunkt auf Verlaufsanalysen liegt, stehen beim Beschäftigtenpanel Untersuchungen stichtagsorientierter Querschnitte im Mittelpunkt. (IAB)

[24-L] Kohlmann, Annette:

The Research Data Centre of the Federal Employment Service in the Institute for Employment Research, in: Schmollers Jahrbuch : Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jg. 125/2005, H. 3, S. 437-447 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa108; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Bundesagentur für Arbeit (BA) gehört zu den wichtigsten Produzenten statistischer Daten über den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der BA im IAB wurde mit dem Ziel eingerichtet, den Zugang zu den Daten der BA und des IAB für externe Forscher zu erschließen und systematisch auszubauen. Der Beitrag beschreibt die Arbeit des FDZ, gibt einen Überblick über den Datenbestand, über Forschungsfelder, in denen diese Daten eingesetzt wurden, sowie über verschiedenen Zugangsmöglichkeiten der wissenschaftlichen Forschung zu diesen Daten. Vom FDZ werden vor allem prozessproduzierte personenbezogene Daten sowie integrierte Betriebs- und Personendaten zur Verfügung gestellt. Zu den wichtigsten Produkten des FDZ gehören das IAB-Betriebspanel, das BA-Beschäftigtenpanel, die IAB-Beschäftigtenstichprobe, der IAB-Linked-Employer-Employee-Datensatz (LIAB) und die Integrierten Erwerbsbiografien. Das IAB-Betriebspanel wurde bisher beispielsweise für Untersuchungen über die Beschäftigungsentwicklung und Weiterbildung in Betrieben sowie für Analysen der Flexibilität, Produktivität und Innovation von Unternehmen herangezogen. Während die IAB-Beschäftigtenstichprobe für eine Vielzahl unterschiedlicher empirischer Arbeiten genutzt wurde, wurde das BA-Beschäftigtenpanel bisher nur selten für Forschungszwecke eingesetzt. LIAB-Daten wurden bisher unter anderem zur empirischen Analyse von Lohnunterschieden und zur Untersuchung von Ausbildungsabbruch und Arbeitskräftemobilität genutzt. Drei Formen des Datenzugangs werden unterschieden: zum einen die Lieferung von 'Scientific Use Files', faktisch anonymisierter Datensätze, die Forschende in wissenschaftlichen Institutionen auswerten können, zum anderen die Dienstleistung der Datenfernverarbeitung, wobei Wissenschaftler auf der Basis von Testdaten Auswertungsprogramme erstellen, das FDZ die Auswertungen mit Originaldaten durchführt und die Ergebnisse an die Wissenschaftler übermittelt; außerdem sind Gastaufenthalte möglich, in deren Rahmen Forschende schwach anonymisierte Daten selbstständig auswerten können. Zu den Aufgaben des FDZ gehört auch die Entwicklung und Implementierung neuer Datenmodelle, die Datendokumentation, die Pflege der Website, allgemeiner Support und individuelle Beratung der Forscher. Ein Jahr nach der Einrichtung des FDZ wird seine Gründung als Schritt in die richtige Richtung betrachtet. Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit liegen unter anderem auf der Entwicklung weiterer integrierter Datensätze in Zusammenarbeit mit externen Forschern und auf der Zielgruppe von Wissenschaftlern aus dem europäischen Ausland. (IAB)

[25-L] Kohlmann, Annette:

Forschungsdatenzentrum: eine Oase in der Servicewüste, in: IAB Forum : das Magazin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, 2005, Nr. 1, S. 49

INHALT: "Das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der BA wurde im April 2004 im IAB eingerichtet. Als Pilotprojekt wird es vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bis Ende November 2006 gefördert. Ziel des Projektes ist die Erleichterung des Zugangs zu den amtlichen Daten von BA und IAB für externe Forscher." (Autorenreferat)

[26-L] Kohlmann, Annette:

Datenzugang und Datenverfügbarkeit im Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, in: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger -VDR- e.V. (Hrsg.): Das Forschungsdatenzentrum der gesetzlichen Rentenversicherung (FDZ-RV) im Aufbau : Bericht vom ersten Workshop des FDZ-RV am 28. und 29. Juni 2004 in Würzburg, 2004, S. 77-88, ISBN: 3-926181-91-5 (Standort: IAB-4403 BP 627; Graue Literatur; [www.vdr.de/internet/vdr/infopool.nsf/DRVSchriften/EA1CD094398F5823C1256F46002FE516/\\$FILE/Band_55_komplett-1.pdf](http://www.vdr.de/internet/vdr/infopool.nsf/DRVSchriften/EA1CD094398F5823C1256F46002FE516/$FILE/Band_55_komplett-1.pdf))

INHALT: Der Beitrag gibt einen Überblick über die Datenverfügbarkeit und den Datenzugang im Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Angesichts der Vielfalt und der Komplexität der Datenquellen entstand ein erheblicher Nachholbedarf an Service für die Wissenschaft. Diese Lücke soll mit dem seit April neu geschaffenen FDZ der BA im IAB geschlossen werden. Ziel dieses Pilotprojektes, das bis Ende 2006 öffentlich gefördert wird, besteht darin, eine funktionsfähige Organisation zu errichten, die unter Einhaltung rechtlicher Normen die Aufbereitung, Dokumentation und Bereitstellung von Echtdaten der BA und des IAB übernimmt. Bei den Daten der BA bzw. des IAB, die im FDZ zur Verfügung gestellt werden, handelt es sich im allgemeinen um Sozialdaten nach Paragraph 67 SGB X bzw. um Sozialdaten gleichgestellte Daten. Der Zugang zu nicht anonymisierten Sozialdaten wird prinzipiell durch Paragraph 75 SGB III reglementiert, der besagt, dass diese Daten nur für Forschung im Bereich der Sozialversicherung zugänglich sind. Die Datennutzung für kommerzielle Forschung und Interessen ist damit explizit ausgeschlossen. Der Datenbestand der BA und des IAB ist heterogen im Hinblick auf die Genese, den Inhalt und die Zeitdimension der Daten. Gegenwärtig stehen als Scientific Use Files die IAB-Beschäftigtenstichproben (Basisfile und Regionalfile) und das BA-Beschäftigtenpanel zu Verfügung. Mittels Ferndatenanalyse ist das IAB-Betriebspanel für externe Wissenschaftler/innen zugänglich. Die Nutzung von Daten, die ausschließlich im Rahmen von Gastaufenthalten im FDZ ausgewertet werden können, wird vorbereitet. Weiterhin sind zwei integrierte Datensätze geplant, Linked Employer Employee Daten (LIAB) und die integrierten Erwerbsbiographien (IEB). (IAB)

[27-L] König, Christian; Stahl, Matthias; Wiegand, Erich (Hrsg.):

Datenfusion und Datenintegration: 6. wissenschaftliche Tagung, (Tagungsberichte / GESIS-IZ Sozialwissenschaften, Bd. 10), (6. ASI-Jahrestagung "Datenfusion und Datenintegration", 2005, Wiesbaden), Bonn 2005, 174 S., ISBN: 3-8206-0148-1 (Standort: UB Bonn(5)-2006-2584; Graue Literatur)

INHALT: "Der vorliegende Tagungsband dokumentiert die Beiträge der wissenschaftlichen Tagung 'Datenfusion und Datenintegration', die am 30. Juni und 01. Juli 2005 gemeinsam vom Statistischen Bundesamt, dem ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. und der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) in Wiesbaden durchgeführt wurde." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Hartmut Scheffler: Datenfusion und Datenintegration: Machbar - wünschbar!? (11-16); Hans Kiesel, Susanne Rässler: Techniken und Einsatzgebiete von Datenintegration und Datenfusion (17-32); Michael Wiedenbeck: Techniken der Datenfusion (33-44); Uwe Czaia: Media-Analysen & Fusionen (45-52); Heiner Meulemann, Jörg Hagenah, Haluk Akinci: Die Media-Analysen. Synopse des Datenbestands und Nutzungschancen für Sekundäranalysen des sozialen Wandels in Deutschland seit 1954 (53-70); Hans Gerd Siedt: Ergebnisse des Zensus-tests. Einfluss von Dubletten auf die Qualität der Melderegister (71-90); Stefan Tuscht: Data Matching: Integration von Umfrageergebnissen und Unternehmensdaten (91-98); Raimund Wildner: Integration von Umfragedaten und mikrogeografischen Informationen (99-110); Jürgen H.P. Hoffineyer-Zlotnik: Ersatz von Umfragedaten durch Regionalisierung. Wohnquartiersbeschreibung zur Beschreibung von Interviewausfällen (111-140); Jürgen Krause, Maximilian Stempfhuber: Nutzerseitige Integration sozialwissenschaftlicher Text- und Dateninformationen aus verteilten Quellen (141-158); Erich Wiegand: Fusion und Integration von Daten: Datenschutz und Standesregeln (159-166).

[28-L] Krzyzanowski, Inge:

Beschäftigtenstatistik - Nutzung der Online-Datenbank der Bundesagentur für Arbeit, in: *Wirtschaft und Statistik*, 2007, H. 11, S. 1057-1066 (Standort: UB Bonn(5)-4Z50/35; USB Köln(38)-TXZ126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Seit 1975 gibt es zwischen dem Statistischen Bundesamt und der Bundesagentur für Arbeit eine enge, arbeitsteilige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erwerbstätigenstatistik. Das Statistische Bundesamt erhält bislang - basierend auf einer Vereinbarung vom 6. Dezember 1975 - aus dem integrierten Meldeverfahren zur Sozialversicherung anonymisierte Einzeldaten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die vom Statistischen Bundesamt geprüft, aufbereitet, ausgewertet und verwaltet sowie den Statistischen Landesämtern zur Verfügung gestellt werden. Im Zuge der Neuordnung des Meldeverfahrens zum 1. Januar 1999 wurde bei der Bundesagentur für Arbeit ein Datawarehouse aufgebaut, mit dem große Datenmengen sämtlicher beider Bundesagentur für Arbeit aufbereiteter Arbeitsmarktstatistiken in konsolidierter Form verarbeitet, gespeichert und für die Auswertung flexibel und aktuell bereitgestellt werden können. Im März 2007 haben das Statistische Bundesamt sowie die Statistischen Ämter der Länder vertraglich mit der Bundesagentur für Arbeit vereinbart, die bisherige Bereitstellung von Daten der Beschäftigtenstatistik neu zu regeln. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erhalten die Möglichkeit, online auf das Datawarehouse der Bundesagentur für Arbeit zuzugreifen. Damit wird ein neuer Weg beschritten, um die Nutzung großer Mengen von Verwaltungsdaten - im vorliegenden Fall etwa 28 Mill. Einzeldatensätze - für die laufende Arbeit der amtlichen Statistik unter Einsatz zukunftsorientierter IT-Verfahren rationell und effektiv zu gestalten." (Autorenreferat)

[29-CSA] Kuhling, Jürgen:

Data Protection in a Future World of Omnipresent Data Processing - Right for the Task?, in: *Die Verwaltung* 2007, 40, 2, 153-172., 2007, ISSN: 0042-4498

INHALT: The enforcement of data privacy law is largely ineffective. This situation threatens to deteriorate further as the amount of data processing increases exponentially. Therefore this article scrutinizes how the law can continue to protect privacy in tomorrow's world of ubiquitous computing. In order to answer this question, the article begins by describing how developments in computing will challenge basic principles of data privacy law, including the prerequisite of transparency. Next, the article describes technical means of protecting data privacy, such as 'tagged architecture', software, and privacy preference specifications. The main focus of the article, however, is the question of to what extent the legal system must adapt. The author argues that a radical new approach to the fundamental German right to data protection is neither necessary nor beneficial. Rather, the solution lies in enhanced legal support for data protection audits and the private enforcement of data privacy law. Moreover, law and policy must promote the standardization processes of data protection. The resume reflects an optimism that society can have both privacy and great services in a world of ubiquitous computing if the legal system adapts and particularly if law and technology can be coaxed into developing in sync with each other. The last point is a big interdisciplinary challenge for the scientific community.

[30-L] Lenz, Rainer; Schmidt, Daniel; Hafner, Hans-Peter:

Daten für wissenschaftliche Analysen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen, in: *Wirtschaft und Statistik*, 2006, H. 4, S. 344-350 (Standort: UB Bonn(5)-4Z50/35; USB Köln(38)-TXZ126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Seit Ende 2005 können Wissenschaftler Daten der amtlichen Statistik zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen für eigene Analysen nutzen. In einem gemeinsamen Projekt haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Einzeldaten der Zweiten Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS2, 'Second Continuing Vocational Training Survey') aus dem Jahr 2000 für das Berichtsjahr 1999 so anonymisiert, dass sie einerseits den strengen Anforderungen des gesetzlichen Datenschutzes genügen und andererseits ausreichend Potenzial für wissenschaftliche Analysen bieten. Mit dem als 'Scientific-Use-File' bezeichneten Datensatz, der Angaben von etwa

3.200 deutschen Unternehmen enthält, wurde dem jüngst geäußerten Wunsch der Wissenschaft nach Daten zur beruflichen Weiterbildung zeitnah entsprochen. Die Erstellung von Scientific-Use-Files, wie zum Beispiel aus den Daten des Mikrozensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der Zeitbudgeterhebung, wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen seiner Förderung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik in Deutschland unterstützt. Eine erste Anwendung findet das Scientific-Use-File zur CVTS2 in dem kürzlich vom Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten ausgerufenen und bereits angelaufenen Experten-Wettbewerb zum Thema 'Bildung im Erwerbsleben.' (Autorenreferat)

[31-F] Maennig, Wolfgang, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Zur Ökonomik des Datenschutzes

INHALT: Als Alternative und Ergänzung bisheriger Herangehensweisen wird eine ökonomische Betrachtung des Datenschutzes entwickelt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Stober et al.: Gewerbliche Sicherheitsdienstleistungen und Datenschutz. Hamburg: Research Center Security Services 2004.

ART: *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Institution

INSTITUTION: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB VWL Institut für Außenhandel und Wirtschaftsintegration (Von-Melle-Park 5, 20146 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-42838-4622, e-mail: wmaennig@t-online.de)

[32-L] Medjedovic, Irena:

Sekundäranalyse qualitativer Interviewdaten - Problemkreise und offene Fragen einer neuen Forschungsstrategie, in: Historical Social Research : the official journal of Quantum and Interquant ; an international journal for the application of formal methods to history, Vol. 33/2008, No. 3 = No. 125, S. 193-216 (Standort: USB Köln(38)-XG05183; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Qualitative Daten stellen eine reichhaltige und oft unausgeschöpfte Quelle von Forschungsmaterial dar. Trotzdem werden sie selten einer erneuten Analyse unterzogen. Die Analyse einer deutschlandweiten Befragung qualitativer Forscher/innen zeigt, dass mit dieser neuen, noch unvertrauten Forschungsstrategie Sekundäranalyse einige Probleme und offene Fragen verbunden werden. Auf der methodologischen Ebene werden die Spezifität sowie die Kontextgebundenheit qualitativer Forschung als Einwände gegen die Sekundäranalyse vorgebracht. Auf der forschungsethischen Ebene wird eine Gefährdung der sich im Interview konstituierenden vertraulichen Beziehung zum Forschungssubjekt befürchtet. Des Weiteren spielen auch Konkurrenzüberlegungen eine Rolle, wenn es darum geht, eigene Daten für eine Sekundäranalyse bereitzustellen. Der Beitrag leistet einen ersten Schritt für die Diskussion über die qualitative Sekundäranalyse, indem er anhand der geführten Experteninterviews die kritischen Aspekte der Sekundäranalyse aufzeigt. Sekundäranalytische Erfahrungen der befragten Forscher zeigen aber auch, dass diese Probleme keine unlösbaren Einwände gegen die Sekundäranalyse darstellen müssen." (Autorenreferat)

[33-L] Mittrücker, Norbert:

Rückkopplungssysteme in parlamentarischen Prozessen, Berlin: dissertation.de 2005, 177 S., ISBN: 3-89825-986-2 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF5000/27)

INHALT: Die Wissenschaft befasst sich schon seit langem mit den Potenzialen einer verbesserten Kooperation von Politik und Technik. Mit neuen technischen Möglichkeiten wird der stärkere Einsatz von Rückkopplungssystemen in parlamentarischen Prozessen zunehmend realistisch. Fasst man eine parlamentarische Rückkopplung als Regelkreis auf, dann sind die Reaktionen der Gesellschaft selbst und die durch die Gesellschaft produzierten Fakten, die innerhalb vorgehaltener Datenbestände zu finden sind, Indikatorensätze. Die vorliegende Untersuchung beschreibt Rückkopplungssysteme, die aufzeigen, wie aus Datenbanken neutrales Wissen generiert werden kann. Darüber hinaus wird gezeigt, wie aus Datenbanken und der realen Regelstrecke "Gesellschaft" analytische oder prognostische parlamentarische Erkenntnisse zu gewinnen sind. Die Untersuchung bestätigt drei Hypothesen:

(1) Zusätzlich selbst initiierte Rückkopplungen ermöglichen bessere parlamentarische Entscheidungen. (2) Im Besonderen wird die parlamentarische Opposition gestärkt. (3) Technische Lösungen existieren. Der Datenschutz kann gesichert werden. Es bietet sich eine Kombination unterschiedlicher Rückkopplungssysteme an. (ICE2)

[34-L] Müller, Dana; Schmucker, Alexandra:

Das BA-Beschäftigtenpanel und weitere Daten des FDZ der BA im IAB, in: Deutsche Rentenversicherung -DRV- (Hrsg.): Erfahrungen und Perspektiven : Bericht vom dritten Workshop des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV) vom 26. bis 28. Juni 2006 in Bensheim, Bad Homburg: wdv Ges. f. Medien & Kommunikation, 2007, S. 97-115, ISBN: 978-3-938790-10-6

INHALT: Das BA-Beschäftigtenpanel (BAP) wurde im Rahmen eines Projekts zur Verbesserung des Datenzugangs zu den Einzeldaten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) 1999 bis 2004 entwickelt. Mit Gründung des Forschungsdatenzentrum (FDZ) der BA im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 2004 wurde die Betreuung des Datensatzes an das FDZ übergeben. 2005 wurde der Datensatz aktualisiert. Das BAP umfasst zurzeit die Jahre 1998 bis 2003 und steht sowohl als Scientific Use File (SUF) als auch als schwach anonymisierter Datensatz zur Verfügung. Der Beitrag erläutert Meldeverfahren und Datenbasis sowie Besonderheiten und Anwendungsbeispiele des BAP. Zur Abbildung der Vielfalt des Datensatzes werden zum einen deskriptive Analysen zu den verschiedenen Beschäftigungsformen und zum anderen Ergebnisse einer multivariaten Analyse zu den Einflussfaktoren zur Aufnahme eines Nebenjobs vorgestellt. Hierzu wurde der Querschnittsdatsatz für das zweite Quartal 2003 (Welle 22) verwendet. Abschließend erläutert der Beitrag verschiedene Zugangsmöglichkeiten zu den Daten des BA-Beschäftigtenpanels und gibt weitere Informationen zum FDZ und seinen Bestand an weiteren Personen- und Betriebsdaten und deren Zugangsmöglichkeiten. (IAB)

[35-L] Pöge, Andreas:

Persönliche Codes "reloaded", in: Methoden, Daten und Analysen : Zeitschrift für empirische Sozialforschung, Jg. 2/2008, H. 1, S. 59-70
(www.gesis.org/Publikationen/Zeitschriften/MDA/pdf/2008_01/2008_MDA1_Poege.pdf)

INHALT: "Bei Längsschnittuntersuchungen mit sensiblen Fragestellungen werden die Fragebogenzuordnungen zwischen den einzelnen Erhebungswellen aus Datenschutzgründen oftmals mit persönlichen und selbstgenerierten Codes vorgenommen - so auch in dem DFG-Projekt 'Kriminalität in der modernen Stadt'. Die Ergebnisse mit dieser Zuordnungsmethode, insbesondere bezüglich der Probleme bei der Durchführung, der Ausschöpfungsquote und der Verzerrung der resultierenden Paneldaten, waren Gegenstand der Ausführungen in dem Artikel 'Persönliche Codes bei Längsschnittstudien: Ein Erfahrungsbericht' (Pöge 2005b), der sich auf die Münsteraner Teilstudie bezog. Mittlerweile wurde die Studie auf den Erhebungsort Duisburg ausgedehnt, wobei die Erkenntnisse aus Münster zu Modifikationen des Verfahrens führten. Hier sollen die teils sehr deutlichen Verbesserungen der Datenqualität aufgezeigt werden, die damit in Duisburg erreicht werden konnten." (Autorenreferat)

[36-L] Pöge, Andreas:

Persönliche Codes bei Längsschnittstudien: ein Erfahrungsbericht, in: ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, 2005, H. 56, S. 50-69 (Standort: USB Köln(38)-Einzelsignatur; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.za.uni-koeln.de/publications/pdf/za_info/ZA-Info-56.pdf)

INHALT: Der Beitrag zur empirischen Sozialforschung befasst sich mit dem Merkmal der persönlichen Codes bei Längsschnittstudien. Anhand der Münsteraner Längsschnittdaten des DFG-Projektes 'Jugendkriminalität in der modernen Stadt' für den Zeitraum 2000 bis 2004 wird die Fragebogenzuordnung zwischen den Erhebungswellen mit Hilfe eines Verfahrens über persönliche Codes dargestellt. Die Stichprobengröße der einzelnen Querschnitte liegt zwischen 1.819 und 1.949 Personen. Es zeigt sich, dass solch ein Verfahren im Hinblick auf Fehleranfälligkeit und Uneindeutigkeit der Codes und

eine Verzerrung der daraus resultierenden Paneldaten nicht unproblematisch ist. Als Hauptursachen lassen sich folgende Punkte nennen: (1) Datenschutzbedingte Vorgaben, (2) zu hohe Schwierigkeit der Codefragen, (3) ungünstige Auswahl der Fragen bzw. Antwort-Buchstaben, (4) mangelnde Reproduktion der Codes durch die Schüler sowie (5) Layoutmängel. Trotz dieser Probleme ist bei der gewählten Erhebungsmethode, der schriftlichen Schülerbefragung im Klassenverband, und der besonderen Berücksichtigung datenschutzrelevanter Belange das gesamte Verfahren alternativlos. (ICG2)

[37-L] Rehfeld, Uwe G.; Mika, Tatjana:

The research data centre of the German statutory pension insurance, in: Schmollers Jahrbuch : Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jg. 126/2006, H. 1, S. 121-127 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa108; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Aufgrund der Zwangsmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung für abhängig Beschäftigte im öffentlichen und privaten Sektor liegen der Rentenversicherung prozessproduzierten Mikrodaten über rund 90 Prozent der Bevölkerung vor, die bis in die 1960er Jahre zurückreichen. Dabei handelt es sich unter anderem um folgende Datensätze über Versicherte, Renten und Rehabilitation: Versichertenkontenstichprobe, Aktiv Versicherte, Stichprobe Vollendete Versichertenleben, Rentenbestand, Rentenzugang, Rentenwegfall, Reha-Renten-Verlaufsstatistik sowie Rehabilitationsleistungen. Die Hauptaufgabe des 2004 gegründeten Forschungsdatenzentrums der gesetzlichen Rentenversicherung (FDZ-RV) ist es, der Wissenschaft einen verbesserten Zugang zu diesen Daten zu ermöglichen. Die Datensätze der Rentenversicherung werden für die Forschung in verschiedenen Versionen angeboten, die jeweils einem unterschiedlichen Grad der Anonymisierung entsprechen, nämlich in Form von Scientific Use Files, Public Use Files, sowie in Form spezieller Themendatensätze. Eine zentrale Aufgabe des Forschungsdatenzentrums ist die Vereinbarung von Ansprüchen aus Forschung und Datenschutz. Eine Weitergabe der Daten der gesetzlichen Rentenversicherung ins Ausland ist zwar nicht möglich, allerdings stehen die Daten ausländischen Gastwissenschaftlern zur Verfügung, sofern sie in Deutschland tätig sind. (IAB)

[38-F] Reiher, Jörg; Bachteler, Tobias; Gramlich, Tobias (Bearbeitung); Schnell, Rainer, Prof.Dr. (Leitung):

Spezifizierung und Implementierung eines datenschutzrechtlich unbedenklichen Verfahrens zur Verknüpfung sozialwissenschaftlicher Mikrodaten

INHALT: Die Datenschutzbestimmungen in der Bundesrepublik Deutschland setzen der Verknüpfung von Mikrodaten aus verschiedenen sozialwissenschaftlich relevanten Datenbanken ("Record-Linkage") enge Grenzen. Solche Verknüpfungen sind nur unter Beachtung der faktischen Anonymität der Datensätze erlaubt. Die Aufsichtsbehörden entscheiden über die Zulässigkeit einer Zusammenführung bislang immer fallweise. Dies führt zu langwierigen und aufwändigen Genehmigungsverfahren; Record-Linkage wird daher seltener durchgeführt, als es angemessen wäre. Das erste Ziel des Projekts besteht in der Entwicklung von Prozeduren und Programmen, welche Datenverknüpfungen auch bei hohen Ansprüchen an die faktische Anonymität trotz unzureichender Datenqualität erlauben. Hierzu soll zunächst eine mit Sicherheit praktikable Datentreuhänderlösung entwickelt und durch die Datenschutzbehörden zertifiziert werden. Darüber soll die Arbeit an Verfahren, die auch ohne Datentreuhänder faktisch anonymisierte Mikrodaten fehlertolerant verknüpfen können, fortgesetzt werden. Das zweite Ziel des Projekts besteht entsprechend in der Implementierung und Zertifizierung solcher Verfahren. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Schnell, Rainer; Bachteler, Tobias: Der Bedarf nach einer Treuhänderlösung für die Verknüpfung von Mikrodaten in der Bundesrepublik. Diskussionspapier, Zentrum für Quantitative Methoden und Surveyforschung. Konstanz: Univ. Konstanz 2006. Siehe unter: www.uni-konstanz.de/schnell/documents/SchnellDatenTreuhandRatWSD.pdf. +++Schnell, Rainer; Bachteler, Tobias: Ein Performanzvergleich zwischen der Kölner und der von Reth-Schek Phonetik. Diskussionspapier. Zentrum für Quantitative Methoden und Surveyforschung. Konstanz: Univ. Konstanz 2006. Siehe unter: www.unikonstanz.de/schnell/documents/Phonetiken.pdf.

ART: *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2007-11 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für Methoden der empirischen Politik- und Verwaltungsforschung (Fach D 92, 78457 Konstanz)

KONTAKT: Leiter (Tel. 07531-88-3679, e-mail: rainer.schnell@uni-konstanz.de)

[39-L] Reiter, J. P.; Drechsler, Jörg:

Releasing multiply-imputed synthetic data generated in two stages to protect confidentiality, (IAB Discussion Paper : Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 20/2007), Nürnberg 2007, 26 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/discussionpapers/2007/dp2007.pdf)

INHALT: Eine Methode, um die Vertraulichkeit von Daten, die in statistischen Ämtern erhobenen werden, zu gewährleisten, ist das Ersetzen vertraulicher Werte durch synthetische Daten, die mittels multipler Imputation generiert werden. Es wird ein zweistufiges Verfahren zur Generierung der synthetischen Daten vorgestellt, das eine unterschiedliche Anzahl von Imputationen für unterschiedliche Variablen ermöglicht. Die Vorteile eines zweistufigen Verfahren liegen in der Reduzierung der Laufzeit bei der Berechnung, in der Verringerung des Risikos der Deanonymisierung, und in der Erhöhung der inferentiellen Genauigkeit. Es wird beschrieben, wie das zweistufige Verfahren bei der Generierung eines Public-Use-Files des IAB-Betriebspanels zur Anwendung kommt. (IAB)

[40-L] Rolf, Gabriele; Zwick, Markus; Wagner, Gert G. (Hrsg.):

Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland: Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 446 S., ISBN: 978-3-8329-3540-5

INHALT: "Die informationelle Infrastruktur hat sich in Deutschland in den letzten zehn Jahren in nicht erwarteter Weise deutlich positiv weiter entwickelt. Die Mikrodaten stehen über die Forschungsdatenzentren der großen Datenproduzenten der Wissenschaft zur Verfügung. Die Einzeldaten von Personen, Haushalten und Unternehmen werden in anonymisierter Form breit und erfolgreich genutzt. Die Festschrift ehrt mit Herrn Prof. Krupp und Herrn Staatssekretär a.D. Hahlen zwei Persönlichkeiten, die in herausragender Weise diesen Prozess geprägt haben. Als gemeinsame Vorsitzende der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik haben sie gemeinsam mit ihrer Arbeit die heute schon fast selbstverständlichen Forschungsdatenzentren, aber auch den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten erst ermöglicht. Die 23 aktuellen Beiträge der Festschrift erlauben einen breiten Blick auf die informationelle Infrastruktur in Deutschland." (Autorenreferat)

[41-L] Rosemann, Martin:

Auswirkungen datenverändernder Anonymisierungsverfahren auf die Analyse von Mikrodaten, (IAW-Forschungsberichte, Nr. 66), Tübingen 2006, 411 S., ISBN: 978-3-88573-051-4 (Standort: IAB-05121 BT 252; Graue Literatur)

INHALT: "Die Arbeit legt einen Schwerpunkt auf die Auswirkungen datenverändernder Verfahren auf die Analysen mit Mikrodaten. Dabei werden die Verfahrensguppen der stochastischen Überlagerung und der Mikroaggregation sowie die Post-Randomisierung einer intensiveren Untersuchung unterzogen. Teil I umreißt die Problematik der Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Mikrodaten und gibt einen Überblick über den Stand der Forschung. Teil II gibt einen Überblick über die verfügbaren Anonymisierungsverfahren. In Teil III wird eine Operationalisierung des Begriffs Analysepotenzial vorgenommen. Davon ausgehend werden die Einschränkungen des Analysepotenzials durch Anonymisierungsverfahren systematisiert. Teil IV enthält die Kurzbeschreibungen der für die empirischen Beispielrechnungen verwendeten Daten. In Teil V werden die Auswirkungen von stochastischer Überlagerung, Mikroaggregation und Post-Randomisierung auf verschiedene deskriptive Auswertun-

gen untersucht. Teil VI beschäftigt sich anschließend mit der Wirkung von stochastischen Überlagerungen und Mikroaggregationsverfahren in linearen und nichtlinearen Modellen sowie mit den Auswirkungen der Post-Randomisierung im Probit-Modell. Eine Zusammenfassung und ein Ausblick auf weitere Forschungsarbeiten findet sich in Teil VII." (Autorenreferat)

[42-L] Scheuch, Erwin K.:

Forschung: Anspruch und Ansprüche, in: Heiner Meulemann; GESIS-IZ Sozialwissenschaften (Hrsg.): Infrastrukturen für die sozialwissenschaftliche Forschung : gesammelte Aufsätze, 2004, S. 161-171, ISBN: 3-8206-0146-5 (Standort: USB Köln(38)-31A3605; Graue Literatur)

INHALT: Der Autor problematisiert in seinem Vortrag, den er auf dem Kongress des Bundesverbandes für Marktforschung (BVM) am 6. Mai 2002 in Wolfsburg gehalten hat, die Verbindung der Sozialforschung mit einem Direktmarketing, in welchem der Befragte individuell identifiziert wird. Er fordert vor diesem Hintergrund ein informationelles Selbstbestimmungsrecht der Verbraucher als Grundlage des Datenschutzes. Er weist ferner darauf hin, dass die Markt- und Sozialforschung nicht auf Individuen, sondern auf Zusammenhänge zielt und nur aus diesem Grunde das Forschungsprivileg besitzt, auf schriftliche Einverständniserklärungen verzichten zu dürfen. Die jüngsten Versuche, Sozialforschung mit Direktmarketing zu verbinden, erschüttern seines Erachtens die lang etablierte Kooperation zwischen sozialwissenschaftlicher Infrastruktur und privatwirtschaftlichen Forschungsinstituten. (ICI2)

[43-L] Scheuch, Erwin K.:

Social science information needs in a time of rapid change, in: Heiner Meulemann; GESIS-IZ Sozialwissenschaften (Hrsg.): Infrastrukturen für die sozialwissenschaftliche Forschung : gesammelte Aufsätze, 2004, S. 19-29, ISBN: 3-8206-0146-5 (Standort: USB Köln(38)-31A3605; Graue Literatur)

INHALT: Der vorliegende Aufsatz enthält Reflexionen über den Wandel der Bedingungen zur Durchführung empirischer Sozialforschung und zum Stellenwert von Datenbanken und Informationsunterstützung. Es wird u.a. ein Überblick über die Hauptgebiete, in denen Datenbanken angeboten werden, sowie über die Erwartungen von kommerziellen Datenbank-Nutzern gegeben. Der Autor thematisiert vor allem den Bedarf an Information in einer schnelllebigen Zeit, wobei die Kumulation von Daten eine Basis für die Kumulation von Erkenntnissen bildet, die als "wissenschaftlicher Fortschritt" bezeichnet werden. Der Datenschutz ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Ziel von Informationssystemen, das der Autor am Beispiel von gesetzlichen Regelungen und Problembereichen kurz erörtert. (ICI)

[44-L] Stegmann, Michael; Luckert, Hilmar; Mika, Tatjana:

Die Bereitstellung prozessproduzierter Daten der GRV im Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (FDZ-RV): Grundsätze zur faktischen Anonymisierung von Mikrodaten und zu Gastwissenschaftler-Arbeitsplätzen, in: Deutsche Rentenversicherung, Jg. 60/2005, H. 2/3, S. 203-215

INHALT: "Das Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (FDZ-RV) hat die Aufgabe, Mikrodaten der Fachöffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Für Wissenschaft und Forschung geschieht dies mittels so genannter Scientific Use Files. Für diesen Datensatztyp werden die Ursprungsdaten faktisch anonymisiert. Für die erweiterte Fachöffentlichkeit und Lehre sollen Public Use Files erstellt werden; diese müssen absolut anonymisiert sein. Außerdem wird Wissenschaftlern die Möglichkeit gegeben, im FDZ-RV an Gastwissenschaftler-Arbeitsplätzen mit für sie 'maßgeschneiderten' Scientific Use Files zu arbeiten. Mit dem Aufbau des FDZ-RV ergibt sich für die Rentenversicherung ein neues Aufgabenfeld. Dabei gilt es, für die Umsetzung der prozessproduzierten Statistikdaten in Scientific und Public Use Files und für die Gastwissenschaftler-Arbeitsplätze Grundsätze zur Wahrung des Datenschutzes zu entwickeln. Der Beitrag stellt die bislang unternommenen Schritte dar und informiert über die festgelegten Anonymisierungsstandards bei der Bereitstellung der Daten der Rentenversicherung." (Autorenreferat)

[45-L] Stegmann, Michael:

Aufbereitung der Sondererhebung Vollendete Versichertenleben 2004 als Scientific Use File für das FDZ-RV, in: Deutsche Rentenversicherung, Jg. 61/2006, H. 9/10, S. 537-553

INHALT: "Der Aufsatz befasst sich mit der Umsetzung der Sondererhebung Vollendete Versichertenleben 2004 (VVL 2004) als Scientific Use File. Die Aufbereitung dieses Längsschnittdatensatzes ist das Pilotprojekt zur Weitergabe der Biografiedaten, die im Bereich Versicherung und Rente von der Deutschen Rentenversicherung zur Verfügung gestellt werden können. Es wird über die Maßnahmen berichtet, die durchgeführt wurden, um die detaillierten personenbezogenen Daten für die Nutzung aufzubereiten und faktisch zu anonymisieren." (Autorenreferat)

[46-L] Stember, Jürgen; Beck, Wolfgang (Hrsg.):

Verwaltungswissenschaften: aktuelle Schwerpunkte und Herausforderungen ; eine verwaltungswissenschaftliche Bilanz aus Wissenschaft und Praxis, (Forschungsbeiträge zum Public Management, Bd. 1), Berlin: Lit Verl. 2008, 296 S., ISBN: 978-3-8258-0671-2 (Standort: UB Saarbrücken(291)-2008/4772)

INHALT: "Die öffentliche Verwaltung wird durch zahlreiche, tiefgreifende Veränderungs- und Wandlungsprozesse geprägt, die beispielhaft mit den Stichworten Neues Steuerungsmodell, Personalkürzungen, Public-Private-Partnerships, eGovernment und Privatisierungen belegt werden können. Auch die Verwaltungswissenschaften als traditionelle Reformwissenschaften sind von diesen nachhaltigen Veränderungen im Kern betroffen. Das vorliegende Buch versucht allgemein und anhand von zahlreichen Einzelbeispielen diesen neuen Entwicklungen und Anforderungen nachzugehen, um auf dieser Basis neue Perspektiven für die Verwaltungen wie auch für die Verwaltungswissenschaften aufzuzeigen" (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Wolfgang Beck und Jürgen Stember: Verwaltungswissenschaften - Aktuelle Probleme und Herausforderungen (15-46); Anne-Dore Uthe: Modelle und Methoden der Geokollaboration - Verfahrensorganisation und Medienmanagement in interkommunalen Kooperations- und Planungsprozessen (49-63); Manfred Miller: E-Government und Verwaltungsmodernisierung - Potenziale und Probleme (64-75); André Göbel und Jürgen Stember: eGovernment zur Förderung von Unternehmen (76-104); Wolfgang Beck: Grundfragen der elektronischen Aufbewahrung (107-120); Diana Bremer: Electronic Government als Herausforderung an das Verwaltungsorganisationsrecht - dargestellt am Beispiel der Bürgerbüros und Verwaltungsportale (121-141); Dörte Busch: Rechtsgeschäftliche Aspekte von Verwaltungsportalen (142-166); Diana Bremer: Nutzungsmöglichkeiten von Geodaten unter Beachtung datenschutzrechtlicher Aspekte (167-180); Claudia Schürmeier: Rechtliche Anforderungen an eine elektronische Prüfungsverwaltung (181-194); Manfred Miller: Ansätze und Risiken der Reorganisation im Rahmen des New Public Management (197-209); Ulrich Kazmierski: Liberalisierung, Benchmarking und Employability: Sollten angehende kommunale Energiemanager "Public Management" studieren? (210-230); Rolf Ritsert und Olaf Weidner: Selbstbewertung als Einstieg in ein professionelles Qualitätsmanagement: Konzept und Erfahrungen mit dem Gemeinsamen Europäischen Qualitätsbewertungssystem (Common Assessment Framework) (231-247); Klaus-Michael Beneke: Achieving Demographic Balance by Public Income Policy for the the Middle-class? (248-272); Dieter Kugelmann: Europäisches Verwaltungsrecht und deutsche Verwaltungsorganisation (275-292).

[47-L] Verband Deutscher Rentenversicherungsträger -VDR- e.V. (Hrsg.):

Das Forschungsdatenzentrum der gesetzlichen Rentenversicherung (FDZ-RV) im Aufbau: Bericht vom ersten Workshop des FDZ-RV am 28. und 29. Juni 2004 in Würzburg, (DRV-Schriften, Bd. 55), Frankfurt am Main 2004, 183 S.; 908 KB, ISBN: 3-926181-91-5 (Standort: IAB-4403 BP 627; Graue Literatur;
[www.vdr.de/internet/vdr/infopool.nsf/DRVSchriften/EA1CD094398F5823C1256F46002FE516/\\$FILE/Band_55_komplett-1.pdf](http://www.vdr.de/internet/vdr/infopool.nsf/DRVSchriften/EA1CD094398F5823C1256F46002FE516/$FILE/Band_55_komplett-1.pdf))

INHALT: Der Tagungsband dokumentiert den ersten Workshop des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV) im Juni 2004 in Würzburg. Das FDZ-RV eröffnet im Bereich der Rentenversicherung ein neues Aufgabenfeld: die vom BMBF geförderte Weitergabe von anonymisierten

Mikrodaten an die wissenschaftliche Forschung. Um in Zukunft erfolgreich kooperieren zu können, werden sowohl von der Rentenversicherung wie von der Wissenschaft gegenseitige Informationen benötigt. Inhaltsverzeichnis: 1. FDZ-RV und Datenproduzenten - FDZ-RV und Rentenversicherung; Uwe G. Rehfeld: Zur Genese des Forschungsdatenzentrums der gesetzlichen Rentenversicherung; Thomas Bütefisch: Datenwege und praktischer Datenzugang; Hilmar Luckert: Statistikdaten der gesetzlichen Rentenversicherung - ein grober Überblick; Claudia Heese: Aspekte des Datenschutzes im Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung; Ralf K. Himmelreicher: Befunde einer schriftlichen Befragung unter potenziellen Nutzerinnen und Nutzern des Forschungsdatenzentrums der gesetzlichen Rentenversicherung. Forschungsdatenzentren des Statistischen Ämter und der BA: Sylvia Zühlke, Markus Zwick, Sebastian Scharnhorst, Thomas Wende: Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder; Annette Kohlmann: Datenzugang und Datenverfügbarkeit im Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 2. FDZ-RV und Wissenschaft - Erfahrungen der Wissenschaft mit Daten mit der RV: Thorsten Hein: Erste Erfahrungen der Wissenschaft mit Daten der RV: die Studie 'Altersvorsorge in Deutschland' (AVID); Stefan Kempf, Martin Kukuk: Determinanten des Renteneintritts: eine Untersuchung mit prozessproduzierten Daten. Projektskizzen und Datenbedarf der Wissenschaft: Sabine Böttcher: Übergänge in den Ruhestand; Renate Büttner, Matthias Knuth: Berichtssystem zum Altersübergang aus der Sicht von Beschäftigten und Betrieben (Altersübergangs-Monitor); Hans Martin von Gaudecker: Intragenerationale Umverteilungswirkungen in der gesetzlichen Rentenversicherung; Stefan Hupfeld: Rentenversicherung und heterogene Lebenserwartung; Barbara Riedmüller, Michaela Willert: Erwerbstätigkeit und Altersmoralität; Rembrandt Scholz: Datenbedarf in der Mortalitätsforschung in Deutschland; Rainer Unger: Zielvorstellungen in der Alterssicherung: Konkretisierung, Operationalisierung und Messung als Grundlage für normative Aussagen; Martin Grub: Analysesystem Alterssicherung; Holger Seibert: Ausbildungs- und Berufsverläufe der Geburtenkohorten 1964 und 1971 in Westdeutschland; Volker Arndt, Dietrich Rothenbacher, Hermann Brenner: Berentungen aufgrund verminderter Erwerbstätigkeit bei Arbeitnehmern in der Bauwirtschaft; Rainer Kaluscha: Nutzung von Reha-Routinedaten für die Forschung. 3. Zusammenfassung. (IAB)

[48-L] Wagner, Joachim:

Improvements and future challenges for the research infrastructure in the field: firm level data, (Working Paper Series in Economics, No. 88), Lüneburg 2008, 19 S. (Graue Literatur; www.leuphana.de/vwl/papers/wp_88_Upload.pdf)

INHALT: "This paper discusses issues related to the use of confidential firm level data in Germany. It starts by defining firm level data (in section 1) and reminding us what they are good for (in section 2), who produces firm level data in Germany, and how researchers can access these data today (in section 3). In section 4, new and ongoing developments are discussed that are leading to new products - new types of firm level data that will enhance the research potential available to researchers considerably in the near future. Section 5 concludes with a wish-list." (author's abstract)

[49-L] Wiegand, Erich:

Fusion und Integration von Daten: Datenschutz und Standesregeln, in: Christian König, Matthias Stahl, Erich Wiegand (Hrsg.): Datenfusion und Datenintegration : 6. wissenschaftliche Tagung, 2005, S. 159-165, ISBN: 3-8206-0148-1 (Standort: UB Bonn(5)-2006-2584; Graue Literatur)

INHALT: "Die Fusion von Datenbanken, das Zuspätschieben von Forschungsergebnissen in Datenbanken und das Anreichern von Forschungsergebnissen aus Datenbanken haben für die Markt- und Sozialforschung erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Verbände stehen deshalb vor der Aufgabe, die allgemein anerkannten berufsständischen Verhaltensregeln auf die Fusion und Integration von Daten anzuwenden und damit diese Forschungstechniken in das System der Selbstregulierung der Markt- und Sozialforschung einzubeziehen. Mit der kürzlich verabschiedeten und gerade im Internet unter www.adm-ev.de veröffentlichten 'Richtlinie zum Umgang mit Datenbanken in der Markt- und Sozialforschung' haben die Verbände der deutschen Markt- und Sozialforschung - also der ADM, die ASI, der BVM und die D.G.O.F. - diesbezüglich einen wichtigen Schritt getan. Der Beitrag richtet sich im Einzelnen an den Inhalten dieser Richtlinie aus. Zuvor wird allerdings das System der Selbstregulie-

nung und die Grundprinzipien des berufsständischen Verhaltens in der Markt- und Sozialforschung dargestellt. Sie sind der Kontext, in dem die berufsständischen Verhaltensregeln für den wissenschaftlichen Umgang mit Datenbanken bzw. die Fusion und Integration von Daten in der Markt- und Sozialforschung zu sehen sind." (Textauszug)

[50-L] Wirth, Heike; Müller, Walter:

Mikrodaten der amtlichen Statistik: ihr Potenzial in der empirischen Sozialforschung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft, 2004, H. 44, S. 93-127 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; USB Köln(38)-M Einzelsign; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Mikrodaten der amtlichen Statistik stellen eine wesentliche Datenquelle für die empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung dar. Ihr Analysepotenzial wird in Deutschland bislang nur wenig ausgeschöpft, weil Kenntnisse darüber in der Scientific Community nur sehr selektiv vorhanden sind und weil eine wissenschaftsadäquate Nutzung dieser Daten bis vor kurzem kaum möglich war. Mit Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung werden gegenwärtig erhebliche Anstrengungen unternommen, um die amtlichen Datenbestände für die Forschung zu erschließen und den Zugang zu den Daten zu erleichtern. Der Beitrag gibt einen Überblick über Mikrodaten verschiedener amtlicher Einrichtungen in Deutschland, die für die empirische Wirtschafts- und Sozialforschung besonders bedeutsam sind. Er diskutiert ihre Stärken und Restriktionen und illustriert mit ausgewählten Beispielen aus der Forschungsliteratur das Analysepotenzial einzelner Datenbestände. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf zukünftige Perspektiven der Nutzung von amtlichen Mikrodaten." (Autorenreferat)

[51-L] Wirth, Heike:

Anonymisierung des Mikrozensuspanels im Kontext der Bereitstellung als Scientific-Use-File, (Arbeitspapier / Methodenverbund "Aufbereitung und Bereitstellung des Mikrozensus als Panelstichprobe", Nr. 11), Mannheim 2006, 10 S. (Graue Literatur; www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Wissenschaftsforum/MethodenVerfahren/Mikrozensus/Arbeitspapiere/Arbeitspapier11.property=file.pdf)

INHALT: Die amtliche Statistik darf nach Par. 16 (Abs. 6) Bundesstatistikgesetz von 1987 Einzelangaben an wissenschaftliche Einrichtungen nur übermitteln, wenn diese faktisch anonym sind, d.h. wenn eine Reidentifikation nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft möglich ist. Für den Mikrozensus wurde das Konzept der faktischen Anonymität im Rahmen des so genannten "Anonymisierungsprojektes" operationalisiert. Hierbei wurden die im Wissenschaftsbereich vorliegenden Randbedingungen (Zusatzwissen, Reidentifikationsmotive und -strategien, etc.), die für ein hypothetisches Reidentifikationsvorhaben relevant sein können, in umfassender Weise untersucht. Im vorliegenden Beitrag werden konkrete Maßnahmen zur faktischen Anonymisierung des Mikrozensuspanels vorgestellt. Die Empfehlungen beziehen sich sowohl auf Vier-Jahres- als auch auf Drei- und Zwei-Jahres-Längsschnitte. Als Grundlage dienen die zentralen Befunde aus dem Anonymisierungsprojekt, dessen grundsätzliche Empfehlungen zur faktischen Anonymisierung von Mikrodaten inzwischen nicht nur beim Mikrozensus und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zur Anwendung gelangen, sondern zum Beispiel auch für die Beschäftigtenstichprobe und für Zeitbudgeterhebungen übernommen werden. (ICI2)

2 Innere Sicherheit

[52-L] Bäumler, Helmut:

Der Entwurf eines Gesetzes über den Militärischen Abschirmdienst - Eine datenschutzrechtliche Würdigung, in: Deutsches Verwaltungsblatt, Jg. 101/1986, H. 10, S. 496-503

INHALT: Die Tätigkeit des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) ist nur wenig bekannt, seine Erfolge werden - nach den spektakulären Pannen der letzten Zeit - wenig gewürdigt. Angesichts von bisher

etwa drei Millionen Sicherheitsüberprüfungen des MAD besteht die Notwendigkeit einer Datenschutzgesichtspunkte berücksichtigenden gesetzlichen Regelung. Neben positiven Aspekten ist jedoch festzustellen, daß manche Regelungen zu vage und weit gefaßt sind und an einigen grundlegenden datenschutzrechtlichen Mängeln leiden. Daten in Akten werden nicht von der neuen gesetzlichen Regelung erfaßt, auch die Zweckbindung ist sehr weit und steht einer Weitergabe nicht entgegen. Es besteht die Gefahr, daß das neue Gesetz gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verstößt. (GMH)

[53-L] Beel, Jöran; Gipp, Béla:

ePass - der neue biometrische Reisepass: eine Analyse der Datensicherheit, des Datenschutzes sowie der Chancen und Risiken, (Berichte aus der Politik), Aachen: Shaker 2005, 115 S., ISBN: 3-8322-4693-2 (Standort: UB Bonn(5)-2006/5945)

INHALT: Das Buch gibt einen Überblick über den ePass, dessen Einführung zum 1. November 2005 geplant ist. Nach einer Zusammenstellung der Informationen zum bisherigen Reisepass werden der ePass in seiner grundsätzlichen Funktionalität und der geplante Verlauf der Einführung sowie weitere Details mit Schwerpunkt auf den biometrischen Merkmalen und den Sicherheitsaspekten erläutert. Anschließend werden kritische Punkte wie Möglichkeiten zum Umgehen der Sicherheitsmaßnahmen sowie Probleme bei der Zuverlässigkeit biometrischer Systeme oder bei der Haltbarkeit des ePasses behandelt. (ICG2)

[54-L] Bischof, Boris A.:

Europäische Rasterfahndung: grenzenlose Sicherheit oder gläserne Europäer?, in: Kritische Justiz : Vierteljahresschrift für Recht und Politik, Jg. 37/2004, H. 4, S. 361-380 (Standort: USB Köln(38)-XF126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In allen deutschen Bundesländern wurden nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York am 11.9.2001 präventive Rasterfahndungen durchgeführt. Die Diskussion in der Öffentlichkeit und sogar bei den Sicherheitsbehörden selbst zu dem Thema reichte vom Standpunkt, die Rasterfahndung sei in diesem Ausmaß datenschutzrechtlich verboten, über die Meinung, die Kriterien seien unzureichend, bis hin zu der Ansicht, dass die Rasterfahndung trotz allem sehr erfolgreich war. Obwohl diese nationalen Probleme und Diskussionen bestehen, hat die deutsche Bundesregierung den Vorschlag einer EU-weiten Rasterfahndung beim Rat der EU eingebracht. Die Medien und Fachzeitschriften befassten sich umfangreich mit der nationalen deutschen Rasterfahndung, vor allem den datenschutzrechtlichen Bedenken. Die Einführung einer europaweiten Rasterfahndung wurde in Zusammenhang mit anderen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung auf europäischer Ebene teilweise erwähnt. Eine Zusammenstellung der nationalen und europaweiten Probleme in Bezug auf eine mögliche europäische Rasterfahndung existiert bisher nicht. Auch die Historie der Rasterfahndung ist weitgehend unbekannt. Dieser Aufsatz soll einen Beitrag zum Lückenschluss bieten und die Diskussion bereichern." (Autorenreferat)

[55-L] Braml, Josef:

Atlantische Auswirkungen amerikanischer Heimatschutzpolitik, (SWP-Studie, S 30), Berlin 2005, 20 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1418)

INHALT: "Mit dem neuen Heimatschutzministerium (Department of Homeland Security) wurde ein Kernstück der 'Nationalen Heimatschutzstrategie' von Präsident George W. Bush verwirklicht. Es ist Teil des umfangreichsten Umbaus der US-Regierungsorganisation seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Wie wenig dieser Umbau die Effizienz des amerikanischen Heimatschutzes erhöht hat, legte Hurrikan 'Katrina' offen. Dabei hat die neue Behörde bereits eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die sich auch international auswirken. Im Zuge der Neugestaltung des US-Heimatschutzes werden andere Nationen mit der Forderung konfrontiert, sich amerikanischen Sicherheitsbedürfnissen und -maßnahmen zu fügen. Die Staaten diesseits des Atlantiks nehmen vor allem Anstoß an der Einschränkung der Reisefreiheit und des Datenschutzes, an Eingriffen der USA in die politische Kompe-

tenzverteilung Europas und an Verzerrungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs mit und innerhalb der EU. Zudem versucht die USA, Kosten der nationalen Sicherheitsmaßnahmen zum Teil auf andere Länder abzuwälzen, vor allem jene, die bei Inspektionen in in- und ausländischen Flug- und Seehäfen anfallen. Sobald bestimmte (Markt-)Mechanismen sich regulierend auf das politische System der USA auswirken, werden sich einige dieser Probleme wieder entschärfen. Wirtschaftliche Erwägungen sowie Datenschutzbedenken führen dazu, dass die geplanten oder schon eingeführten Beschränkungen für Studenten, Geschäftsreisende und Touristen überprüft werden. Hingegen bleibt die Entwicklung international gültiger Sicherheits- und Technologiestandards (unter anderem bei der Erfassung biometrischer Daten) nicht zuletzt wegen divergierender handels- und industriepolitischer Interessen umstritten." (Autorenreferat)

[56-L] Brinkel, Guido; Lammers, Judith:

Innere Sicherheit auf Vorrat?: ein erster kritischer Blick auf die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland, in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht : ZUM, Jg. 52/2008, Nr. 1, S. 11-22 (Standort: USB Köln(38)-XD107; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Kritische Darstellung und Kommentierung der von der Bundesregierung geplanten Vorratsdatenspeicherung mit Bezug zu strafprozessrechtlichen Voraussetzungen für den künftigen Datenzugriff. (KB)

[57-CSA] Bruno, Greg:

The Evolution of Cyber Warfare., in: 4p CFR Backgrounder, 2008, Council on Foreign Relations, Inc.

INHALT: Argues that foreign governments, non-state actors, and criminal networks are increasingly targeting the computerized infrastructures of Western powers, leading some experts to predict a new era of cyber-based warfare.

[58-L] Bunyan, Tony:

Freier Markt für Polizeidaten: das Prinzip der Verfügbarkeit, in: Bürgerrechte & Polizei : CILIP, 2006, Nr. 2 = H. 84, S. 21-28

INHALT: "Die EU will die 'Hindernisse' für den grenzüberschreitenden Austausch von Polizeidaten beseitigen. Um den Datenaustausch zu beschleunigen, fordert das Haager Programm bei der Umsetzung des neuen Prinzips 'die neuen Technologien in vollem Umfang' zu nutzen. Seit den 90er Jahren bedeutete dies vor allem, gemeinsame Informationssysteme auf EU-Ebene wie das Schengener Informationssystem, die Datenbanken von Europol oder das Zollinformationssystem zu schaffen. Statt 'neue zentralisierte europäische Datenbanken' zu schaffen, setzt die EU nun auf den 'gegenseitigen Zugriff auf nationale Datenbanken oder deren Interoperabilität oder direkten (Online-)Zugang auf für Europol.'" (Textauszug)

[59-CSA] Carafano, James Jay; Gudgel, Andrew:

Future Computing and Cutting-Edge National Security., in: 5p Backgrounder no. 2049, 2007, Heritage Foundation

INHALT: Data mining and cognitive computers are powerful tools that could greatly improve the identification, analysis, and decision-making capabilities in homeland security and defense. Congress not only should be aware of these computing technologies, but also should encourage their development by creating policy that establishes clear guidelines for responsible use within constitutional limits without impeding future development.

[60-L] Gössner, Rolf:

Droht der vereinigte "Sicherheitsstaat" Deutscher Nation?, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 29/1990, H. 3, S. 67-77 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In dem Beitrag wird die Bedeutung der Staatssicherheit im vereinigten Deutschland diskutiert. Ausgehend davon, daß in beiden deutschen Staaten entsprechende Organisationen existieren, werden die Parallelen von DDR-Stasi und BRD-Staatsschutz aufgezeigt: Überwachung und Bürokratie kennzeichnen beide. Ähnliche Sicherheitskonzeptionen werden festgestellt: der Verdacht als herrschendes Prinzip, der Mensch als potentielleres Sicherheitsrisiko. Vor diesem Hintergrund wird festgestellt, daß die BRD einen hohen Überwachungsstandard und ein ausdifferenziertes Staatssicherheitssystem hat, so daß der Aufstieg einer neuen mächtigen Geheim-Polizei befürchtet wird. Als ein weiteres Problem wird gesehen, daß ausgerechnet die BRD die Europäisierung des präventiven Sicherheitsstaates vorantreibt. Vor diesem Hintergrund wird die Forderung nach einer intensiven Verfassungsdiskussion und Strukturdebatte aufgestellt, u.a. mit der Forderung nach Abschaffung der Geheimdienste und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Insgesamt wird die Notwendigkeit einer angemessenen Aufarbeitung der (Stasi-)Vergangenheitsbewältigung betont. (KW)

[61-CSA] Harper, Jim; Spies, Axel:

A reasonable expectation of privacy? Data protection in the United States and Germany., in: 50p Policy report no. 22, 2006, American Institute for Contemporary German Studies, ISBN: 0-941441-98-9

INHALT: Assesses the legislative, regulatory, and market demands, along with an outline of the deeper cultural, historical, and institutional factors influencing the debate and how decisions to deal with cybersecurity have developed during the recent past on either side of the Atlantic.

[62-L] Heckmann, Dirk:

Sicherheitsarchitektur im bedrohten Rechtsstaat: neue Polizeibefugnisse zwischen gestalterischer Freiheit und grundrechtlicher Statik, in: Ulrich Blaschke, Achim Förster, Stephanie Lumpp, Judith Schmidt (Hrsg.): Sicherheit statt Freiheit? : staatliche Handlungsspielräume in extremen Gefährdungslagen, Berlin: Duncker & Humblot, 2005, S. 9-28, ISBN: 3-428-11872-3

INHALT: Sicherheit statt Freiheit oder Freiheit durch Sicherheit? Der vorliegende Beitrag skizziert einige Gedanken zur Auflösung dieses Paradoxons. Der Autor beginnt mit einem "kleinen Forschungsbericht", der den aktuellen Stand der Polizeirechtswissenschaft zeigt. Den Betrachtungszeitraum markieren die letzten 15 Jahre, da sich hier die folgenden Entwicklungslinien kumulieren: (1) die Reaktion aller deutschen Polizeigesetzgeber auf das Volkszählungsurteil mit strengen Anforderungen hinsichtlich eines bereichsspezifischen Datenschutzes; (2) die rasante technologische Entwicklung (Stichworte: Internet, Mobilfunk, Digitalisierung und Konvergenz der Medien) mit der Nagelprobe für eben jenen Datenschutz; (3) die Grenzöffnungen nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes mit einer neuen Qualität grenzüberschreitender Kriminalität; (4) sowie die Einforderung des "starken Staates" infolge eines gewachsenen Sicherheitsdenkens in Zeiten globaler Gefahren. Abschließend werden vier sogenannte Grundlagenfragen erörtert, um die sich die wesentlichen Probleme der neuen Polizeibefugnisse ranken. Der Autor resümiert: Um öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, muss man individuelle Freiheit zugleich schützen als auch begrenzen. (ICA2)

[63-L] Kämper, Gregor:

Polizeiliche Zusammenarbeit in der Europäischen Union: Entwicklung, Rechtsformen, grundgesetzliche Zulässigkeit, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 3225), Frankfurt am Main: P. Lang 2001, 261 S., ISBN: 3-631-38367-3 (Standort: ULB Münster(6)-3F-41547)

INHALT: "Aufgrund der angesprochenen Tatsache, daß die internationale polizeiliche Zusammenarbeit unterschiedlichste Normenbereiche tangiert, war es erforderlich, sich für ein Rechtsgebiet zu ent-

scheiden, das als Ausgangspunkt für die Untersuchungen dient. Rechtlich gesehen am interessantesten erschien - nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen im Deutschen Bundestag zur rechtlichen Haltbarkeit der Europol-Konvention - die rein innerstaatliche verfassungsrechtliche Sichtweise. Die schon früher diskutierte Frage der Verfassungsmäßigkeit hinsichtlich verschiedener Formen des Mitwirkens der Bundesrepublik an internationalen Aktivitäten zur Kriminalitätsbekämpfung setzt sich hier fort und erhält aktuellen Bezug. Konkret untersucht die Arbeit daher, ob die derzeitige Form der internationalen polizeilichen Kooperation aufgrund der angesprochenen völkerrechtlichen Verträge mit der bundesdeutschen Verfassung vereinbar ist. Dabei wird geklärt, inwiefern es für Deutschland bei einer vorbehaltlosen Mitwirkung an diesen Kooperationsformen eventuell zu Konflikten mit grundlegenden Prinzipien des Verfassungsrechts - etwa dem Demokratieprinzip oder dem Bundesstaatsprinzip - kommen könnte. Ebenso sollen im Raum stehende Verletzungen von Grundrechten erörtert werden, wichtig ist hier das Recht auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I GG. Die in den neuen Vereinbarungen vorgesehenen Kooperationsformen waren bislang kaum Gegenstand solcher speziell verfassungsrechtlichen Untersuchungen." (Textauszug)

[64-L] Kietz, Daniela; Parkes, Roderick:

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Möglichkeiten und Grenzen einer ausgewogenen Inneren Sicherheits- und Migrationspolitik, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2007, H. 1, S. 66-83 (www.fes.de/ipg/arc_07_d/01_07_d/pdf/06_A_Kietz-Parkes_D.pdf)

INHALT: "Nach den europäischen Verträgen soll in Europa ein einheitlicher Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts entstehen. Doch die europäische Justiz- und Innenpolitik ist in erster Linie sicherheitsorientiert. Auch in der Diskussion über die derzeit anvisierten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und Migrationssteuerung kommt die Frage nach deren Grundrechts-Verträglichkeit und Proportionalität zu kurz. Für eine ausgewogene Innen- und Justizpolitik wäre die Öffnung des bislang von Akteuren aus Innenministerien, Polizei und Strafjustiz dominierten europäischen Gesetzgebungsprozesses für die Teilnahme 'kontrollierender' Akteure aus Parlament, Justiz, Datenschutzbehörden und Nichtregierungsorganisationen von höchster Wichtigkeit." (Autorenreferat)

[65-L] Koch, Cordelia:

Freiheitsbeschränkung in Raten?: biometrische Merkmale und das Terrorismusbekämpfungsgesetz, (HSFK-Report, 5/2002), Frankfurt am Main 2002, III, 47 S., ISBN: 3-933293-60-X (Standort: UuStB Köln(38)-20020107022; Graue Literatur; www.hsfk.de/downloads/rep0502.pdf)

INHALT: "Was haben deutsche Reisepässe mit der Terrorismusbekämpfung zu tun? Diese durchaus berechtigte Frage stellt sich, nachdem als Konsequenz der Terroranschläge des 11. Septembers 2001 zahlreiche Sicherheitsgesetze in der Bundesrepublik geändert wurden. Zur Beantwortung untersucht die Autorin den Artikel 7 des Gesetzes zur Terrorismusbekämpfung, der die Aufnahme weiterer biometrischer Merkmale in den Pass ermöglicht. Die Umsetzung der dort formulierten Maßnahmen wird zukünftigen Gesetzen überlassen, der Artikel 7 hat deshalb keinen kurzfristigen Nutzen für die Terrorismusbekämpfung. Da die Verwendungsmöglichkeiten jedoch nicht eindeutig definiert werden, kann die Erfassung zusätzlicher biometrischer Merkmale langfristig zu einer Gefahr für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung werden und damit die Freiheit jedes Einzelnen beschränken. Die Vermutung, dass man hier das Instrument 'Gesetze' politisch 'missbraucht' hat, wird nicht zuletzt durch die unverhältnismäßige Eile gestützt, mit der dieses Gesetzgebungsverfahren durchgeführt wurde. Deshalb plädiert die Autorin dafür, die angekündigten Folgegesetze nicht zu verabschieden bzw. diese datenschutzrechtlich abzusichern. Eine Offenlegung der Gesetzeszwecke und eine damit verbundene umfassende Diskussion in Politik und Öffentlichkeit würde die Legitimität der Gesetze fördern und die Demokratie und den Rechtsfrieden stärken." (Autorenreferat)

[66-L] Krey, Volker:

Der Große Lauschangriff auf dem Prüfstand, (Rechtspolitisches Forum, Nr. 33), Trier 2005, 27 S. (Graue Literatur; www.irp.uni-trier.de/pdf/33_Krey.pdf)

INHALT: Der in der rechtspolitischen Diskussion der 1990er Jahre zunächst abwertend gemeinte, als "Kampfbegriff" verwendete Terminus "Großer Lauschangriff" hat sich inzwischen bei Gegnern und Befürwortern weitgehend durchgesetzt. Er meint den Einsatz technischer Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen. In dem vorliegenden Beitrag geht es in erster Linie um den "Großen Lauschangriff" als strafprozessuales Ermittlungsinstrument (Art. 13 Abs. 3 GG); jedoch wird die akustische Wohnraumüberwachung als Mittel der Gefahrenabwehr (Art. 13 Abs. 4, 5 GG) einbezogen. (ICD2)

[67-CSA] Matusitz, Jonathan A.:

Cyberterrorism: A postmodern view of networks of terror and how computer security experts and law enforcement officials fight them, , in: Dissertation Abstracts International, A: The Humanities and Social Sciences 2006, 67, 02, Aug, 383., 2006, ISSN: 0419-4209

INHALT: The purpose of this study is to investigate how cyberterrorists create networks in order to engage in malicious activities against the Internet and computers. The purpose of the study is also to understand how computer security labs (i.e., in universities) and various agencies (that is, law enforcement agencies such as police departments and the FBI) create joint networks in their fight against cyberterrorists. This idea of analyzing the social networks of two opposing sides rests on the premise that it takes networks to fight networks. The ultimate goal is to show that, because of the postmodern nature of the Internet, the fight between networks of cyberterrorists and networks of computer security experts (and law enforcement officials) is a postmodern fight. Two theories are used in this study: social network theory and game theory. This study employed qualitative methodology and data were collected via in-depth conversational (face-to-face) interviewing. Twenty-seven computer security experts and law enforcement officials were interviewed. Overall, this study found that cyberterrorists tend not to work alone. Rather, they team up with others through social networks. It was also found that it takes networks to fight networks. As such, it is necessary for experts and officials to combine efforts, through networking, in order to combat, let alone understand, cyberterrorist networks. Of equal relevance is the fact that law enforcement agents and computer security experts do not always engage in battle with cyberterrorists. They sometimes try to interact with them in order to obtain more information about their networks (and vice versa). Finally, four themes were identified from the participants' accounts: (1) postmodern state of chaos, (2) social engineering, (3) know thy enemy, and (4) the enemy of my enemy is my friend.

[68-L]

Menschenrechte - Innere Sicherheit - Rechtsstaat: Konferenz des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin, 27. Juni 2005, (Dokumentation / Deutsches Institut für Menschenrechte), Berlin 2006, 43 S., ISBN: 3-937714-16-2 (Graue Literatur; files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d48_v1_file_4486915795f82_DIM_MIR_www.pdf)

INHALT: "Die Begriffe 'Menschenrechte', 'innere Sicherheit' und 'Rechtsstaatlichkeit' stecken das Themenfeld ab, das auf der mit der vorliegenden Publikation dokumentierten Konferenz des Deutschen Instituts für Menschenrechte erörtert wurde. Wie ist das Verhältnis dieser drei Komponenten innerhalb des Tagungstitels zu verstehen? Rechtsstaatlichkeit lässt sich nicht zureichend durch ein formales System von 'checks and balances' definieren, sondern besteht darüber hinaus wesentlich in der Gebundenheit des Staates an materiale Menschenrechte. Weil in der unantastbaren Würde des Menschen begründet, sind die Menschenrechte im Kern nicht disponibel. Das Grundgesetz nimmt eine Formulierung aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 auf, wenn es sich zu 'unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als der Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt' bekennt. Auch in der Wahrnehmung seiner sicherheitspolitischen Aufgaben ist der Rechtsstaat an die Wahrung der Menschenrechte gebunden. Diese bilden nicht nur (negative) Grenzen, auf deren Respektierung staatliche Sicherheitspolitik ver-

pflichtet ist. Indem die Menschenrechte staatliche Sicherheitspolitik auch positiv in Anspruch nehmen, gewinnt die Sicherheitspolitik Legitimität als Dienst an menschenrechtlicher Freiheit. Es ist oft die Rede davon, dass angesichts einer neuen Qualität terroristischer Gefährdung, wie sie sich in den Massenmorden von New York, Madrid oder London manifestiert hat, etablierte menschenrechtliche und rechtsstaatliche Orientierungen in die Krise geraten seien. Gegen eine solche politische Rhetorik ist Widerspruch angezeigt. So wurde beispielsweise die absolute Geltung des Verbots der Folter und anderer grausamer und unmenschlicher Formen der Behandlung und Bestrafung nicht nur von Menschenrechtsorganisationen, sondern auch von nationalen und internationalen Gerichten in jüngster Zeit aus guten Gründen wiederholt bekräftigt. Auch das rechtsstaatliche Verhältnismäßigkeitsprinzip hat seine Funktion als Kriterium zur kritischen Begrenzung von Grundrechtseingriffen, wie sie im Namen der Sicherheit verlangt beziehungsweise durchgeführt werden, keineswegs verloren." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Kay Waechter: Die Menschenrechte und der Schutz der Inneren Sicherheit im 21. Jahrhundert. Neue Tendenzen im Sicherheitsrecht - Spiegel eines sich wandelnden Werte- und Verfassungsverständnisses? (6-20); Marion Albers: Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Evaluierung neuer Gesetze zum Schutz der Inneren Sicherheit (21-36); Peter Schaar: Informationsverbund der europäischen Sicherheitsbehörden - wo bleibt der Datenschutz? (37-42).

[69-CSA] Mifsud Bonnici, Jeanne Pia:

Recent European Union developments on data protection ... in the name of Islam or 'combating terrorism', , in: Information & Communications Technology Law 16 no 2 161-175, 2007, ISSN: 1360-0834

INHALT: This article looks at two recent European Union (EU) developments in the field of data protection: the issue of Directive 2006/24/EC of 15 March 2006 on the retention of data generated or processed in connection with the provision of publicly available electronic communications services or of public communications networks (OJ 105/54); and the debates going on surrounding the proposal for a Council Framework Decision on the protection of personal data processed in the framework of police and judicial cooperation in criminal matters. The article reflects on why (and how) these two developments came about, and their potential effect on the future development of data protection and beyond. The rest of the articles published in this special issue of the journal reflect on the different aspects of Islamic legal traditions and the concepts of privacy and data protection. This article argues that, unthought-of perhaps, the counter process is taking place too: data protection principles at an EU level are being watered down in the name of a crusade against Islamic fundamentalism. It also argues that in spite of this apparent watering down of principles that is happening, some positive aspects are also emerging; the much awaited introduction of the application of data protection rules in the field of police, security and justice is finally happening - not as one would hope for perhaps, but making its way nonetheless.

[70-L] Mohr, Irina (Hrsg.):

Moderner Staat im Dialog: vom Wandel der Grundlagen zu einem neuen Staatsverständnis IV. ; eine Veranstaltungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007, 196 S., ISBN: 978-3-89892-760-4 (Graue Literatur; library.fes.de/pdf-files/do/04938.pdf)

INHALT: Die innere Sicherheit gehört zu den umstrittensten Themen der öffentlichen Debatte: Der oft genug knisternde Spannungsbogen zwischen einer freiheitlich angelegten staatlichen Ordnung und dem Bedürfnis der Menschen nach Absicherung von Risiken ist so alt wie der demokratische Staat selbst. Im Zuge der Anpassung an veränderte Kontrollbedürfnisse ist es stets die Freiheit, die gegenüber der Sicherheit verteidigt und abgewogen werden muss. Die Beziehungen zwischen Staat und Bürger, zwischen privater und öffentlicher Sicherheit müssen immer wieder neu justiert werden; diese Auseinandersetzung gehört in einem demokratischen Gemeinwesen unverzichtbar zur permanent notwendigen öffentlichen Debatte. In dem vorliegenden Band werden drei zentrale Themenbereiche debattiert: der Rückzug des Staats im Zuge der Überlassung von sicherheitlichen Aufgaben an private Sicherheitsdienste, die Ausdehnung staatlicher Befugnisse im Rahmen der Bekämpfung von Terrorismus und der Bekämpfung organisierter Kriminalität und schließlich die Europäisierung der inneren Sicherheit sowie die daraus sich ergebenden Handlungsfelder und Probleme. "Sicherheit ohne

Staat - Staat ohne Sicherheit?" - unter diesem provokanten Titel wird diskutiert, ob und wie weit die originär staatliche Funktion, innere Sicherheit zu gewährleisten, auch privaten Dienstleistungsunternehmen überlassen werden kann. Im zweiten Teil "Mehr Staat - mehr Sicherheit?" geht es um die Ausweitung staatlicher Befugnisse und Eingriffsmöglichkeiten, vor allem im Zuge der Terrorismusbekämpfung. Im Mittelpunkt des dritten Teils "Staat und Innere Sicherheit in Europa" steht die Frage, welche Veränderungen von Staatlichkeit sich im Zuge der Europäisierung der inneren Sicherheit ergeben. (ICD2)

[71-L] Möllers, Rosalie:

Europol - Rechtsstaatlicher "Sündenfall" oder demokratische "Waffe" gegen Kriminalität?, in: Martin H.W. Möller, Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 421-438, ISBN: 978-3-86676-000-4 (Standort: UB Koblenz(KOB7)-PO/M/2007/2558-2006/07)

INHALT: Der Beitrag zur inneren Sicherheit in Europa betrachtet anhand des Aufgabenfelds von Europol die Argumentationen von Befürwortern und Kritikern dieser Organisation. Auf diese Weise untersucht die Autorin, ob hier eher von einer Waffe gegen die organisierte Kriminalität oder andererseits eher von einem rechtsstaatlichen Sündenfall gesprochen werden kann. Dabei werden folgende Gesichtspunkte betrachtet: (1) die gesetzlichen Grundlagen von Europol und seine gerichtliche Kontrolle (Europol-Konvention, Immunität der Europolmitarbeiter, Weisungsfreiheit Europols), (2) die außergerichtlichen Kontrollinstanzen für Europol (Kontrolle durch die GKI, politische Kontrolle), (3) die Entwicklung von Kontrollmechanismen anlässlich der Befugnisweiterung Europols sowie (4) die Auswirkungen auf den Datenschutz durch Europols Verbindung zu Eurojust. Grundsätzlich ist der Aufbau einer europäischen Polizei selbst gar nicht abzulehnen. Er wird auch von den Kritikern Europols nicht abgelehnt. Die EPK führt jedoch in ihrer augenblicklichen Fassung zu einer unnötigen Einschränkung des Rechtsstaates, da die Gewährleistung eines ausreichenden Daten- und Rechtsschutzes nicht gegeben ist. Hinsichtlich des Daten- und Rechtsschutzes der Bürger kann sie durchaus als ein Sündenfall bezeichnet werden. Somit ist Europol nicht als demokratische Waffe zu bezeichnen, sondern lediglich als eine Initiative gegen die grenzüberschreitende Kriminalität. (ICG2)

[72-L] Normann, Lars:

Neueste sicherheitspolitische Reformergebnisse zur Terrorprävention, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2007, H. 12, S. 11-17 (www.bpb.de/files/JDZ6M7.pdf)

INHALT: "Die aktuellen sicherheitspolitischen Reformergebnisse stehen im Spannungsfeld zwischen Trennungsgesetz und Datenschutz. Die Kompetenzen werden immer weiter ausgedehnt und nicht mehr nur auf internationale Terrorverdächtige beschränkt. Es stellt sich die Frage nach Eignung und Verhältnismäßigkeit." (Autorenreferat)

[73-L] Rose-Stahl, Monika:

Recht der Nachrichtendienste: Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst, (Beiträge zur inneren Sicherheit, Bd. 18), Brühl 2002, 146 S., ISBN: 3-930732-79-3 (Graue Literatur; www.fhbund.de/nn_15672/SharedDocs/Publikationen/50__Veroeffentlichungen/Innere__Sicherheit/band__18,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/band_18.pdf)

INHALT: Die vorliegende Zusammenstellung zum "Recht der Nachrichtendienste" dient als Unterrichtsmaterial für die gleichnamige Lehrveranstaltung im Rahmen der Ausbildung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes im Verfassungsschutz des Bundes. Im Mittelpunkt steht dabei das "Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz" (BVerfSchG) von 1990, das den Erfordernissen des modernen Datenschutzrechts Rechnung getragen hat. Wesentlicher Regelungsgehalt dieses Gesetzes sind zum einen die Aufgaben und Befugnisse des BfV, zum anderen der Schutz des Bürgers gegen

unrechtmäßige Eingriffe in sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG. Neben den Verfassungsschutzbehörden werden auch die beiden anderen Nachrichtendienste des Bundes, MAD und BND, behandelt. Darüber hinaus befasst sich die Autorin mit den rechtlichen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnis auf der Grundlage des G 10-Gesetzes und mit den Institutionen und Mechanismen, durch die eine Kontrolle über die Nachrichtendienste ausgeübt wird. (ICD2)

[74-CSA] Ryan, Johnny:

'War': A New Threat, Its Convenience -- and Our Increasing Vulnerability., in: NATO Review 3p <http://www.nato.int/docu/review/2007/issue4/english/analysis2.html>, 2007, ISSN: 0255-3813

INHALT: With a computer in virtually every home and office, the chances for mass communication are better than ever before, but there are many weaknesses that could be exploited to harm the business, consumer, and government infrastructure. This article highlights society's vulnerability to e-attacks and makes the case that iWar attacks could be the most innovative form of warfare since the invention of gunpowder.

[75-L] Schulzki-Haddouti, Christiane:

Sicherheit im Netz und digitale Bürgerrechte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2003, B 49/50, S. 13-19 (www.bpb.de/files/F0J1G4.pdf)

INHALT: "Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sorgten Sicherheitspolitiker dies- und jenseits des Atlantiks für zahlreiche neue gesetzliche Regelungen. Zwar standen zunächst die direkten Auswirkungen der Anschläge auf die Infrastruktur der Informationstechnologien im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Doch die Informationstechnologie selbst wird bei der Umsetzung der Sicherheitsgesetze eine bedeutende Rolle spielen. Personenbezogene Daten werden in umfangreichen Datenbanken gespeichert und ausgewertet. Biometrische Verfahren stellen die Identität von Bürgerinnen und Bürgern fest. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung spielt bisher eine eher untergeordnete Rolle." (Autorenreferat)

[76-CSA] Seifert, Jeffrey W.:

Data Mining and Homeland Security: An Overview., in: 38p CRS Report for Congress, Order Code RL31798, 2008, Congressional Research Reports for the People

INHALT: In the context of homeland security, data mining can be a potential means to identify terrorist activities, such as money transfers and communications, and to identify and track individual terrorists themselves, such as through travel and immigration records; but there are limitations to its capability and other implementation and oversight issues that can influence the success of a project's outcome. This report explores the use of data mining and seeks to answer questions that Congress may consider as it oversees data mining projects.

[77-CSA] Smith, Marcia S.:

Spyware: background and policy issues for Congress., in: 24p CRS Report for Congress, 2006, United States Foreign Press Center

INHALT: Provides background on Congressional concerns over 'spyware,' a term that is not well defined and thus presents difficulty in writing new laws to regulate its interactions with personal computers. While some argue that industry self-regulation and existing laws provide sufficient regulation, consumer concerns about control of their computers being taken over by spyware and the loss of privacy because of it, could point to the need for more legislation; and the Federal Trade Commission supports an enhancement of its enforcement authority against spyware, especially on cross-border fraud.

[78-F] Stapf, Kurt-H., Prof.Dr.rer.nat. (Bearbeitung):

Sicherheit in der Kommunikationstechnik

INHALT: keine Angaben

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung

INSTITUTION: Universität Tübingen, Fak. für Informations- und Kognitionswissenschaften, Psychologisches Institut Abt. Allgemeine Psychologie und Psychologische Methoden - Kognitionspsychologie (Friedrichstr. 21, 72072 Tübingen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 07071-29-74375, Fax: 07071-29-3363, e-mail: stapf@uni-tuebingen.de)

[79-CSA] Stefanick, Lorna:

Outsourcing and transborder data flows: the challenge of protecting personal information under the shadow of the USA Patriot Act, in: *International Review of Administrative Sciences* 2007, 73, 4, Dec., 531-548., 2007, ISSN: 0020-8523

INHALT: Governments are increasingly outsourcing service provision to private contractors in an effort to realize cost efficiencies. The passage of the USA Patriot Act, however, has caused concern that government outsourcing of data management to US-based companies could result in the violation of fundamental civil liberties. What follows is a case study of a Canadian provincial government's plan to out-source the administration of a public health insurance and drug plan to a Canadian subsidiary of an American company. Within the context of the larger international concern about the reach of the USA Patriot Act, the article discusses the Canadian response to the fear that outsourcing will compromise the security of personal health information. It concludes that while different privacy protection experts worldwide have drawn different conclusions as to the implications of the USA Patriot Act, the ability of governments to protect the large amounts of data that are entrusted to them is becoming increasingly difficult. Points for practitioners Globalization and electronic communication not only challenge the sovereignty of the nation-state, but complicate the environment that both companies and governments 'do business' in. This is particularly true given the swift passage of the USA Patriot Act 45 days after the September 11 attacks on New York's twin towers. This study of public sector data management outsourcing demonstrates that accountability, transparency and control over governments and their agents must not be compromised in the face of high profile demands to enhance national security or due to more mundane pressure to increase administrative efficiency.

[80-L] Waechter, Kay:

Die Menschenrechte und der Schutz der Inneren Sicherheit im 21. Jahrhundert: neue Tendenzen im Sicherheitsrecht - Spiegel eines sich wandelnden Werte- und Verfassungsverständnisses?, in:

Menschenrechte - Innere Sicherheit - Rechtsstaat : Konferenz des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin, 27. Juni 2005, 2006, S. 6-20, ISBN: 3-937714-16-2 (Graue Literatur; files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d48_v1_file_4486915795f82_DIM_MIR_www.pdf)

INHALT: Die vorliegende Dokumentation enthält die Beiträge, die auf der Konferenz "Menschenrechte - Innere Sicherheit - Rechtsstaat; Konferenz des Deutschen Instituts für Menschenrechte Berlin", am 27. Juni 2005 gehalten wurden. Ziel der Konferenz war es, eine öffentliche Diskussion zu den genannten Themen aus den unterschiedlichen Perspektiven von Wissenschaft und Politik zu fördern. Der erste Beitrag befasst sich mit den Menschenrechten und dem Schutz der Inneren Sicherheit im 21. Jahrhundert und geht vor allem auf neue Tendenzen im Sicherheitsrecht ein. Im zweiten Beitrag steht die verfassungsrechtliche Bedeutung der Evaluierung neuer Gesetze zum Schutz der Inneren Sicherheit im Mittelpunkt. Der letzte Beitrag widmet sich dem Informationsverbund der europäischen Sicherheitsbehörden unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzes. (ICD2)

[81-CSA] Xiao, H.-Y.; Fang, L.:

Status Quo, Issues and Developmental Orientation of China Sports Journalism Education, in: Journal of Shanghai Physical Education Institute/Shanghai Tiyu Xueyuan Xuebao Volume 30 Issue 6, 2006, ISSN: 1000-5498

INHALT: The research methods of literature, positive investigation etc. were used to do research on sports journalism education in our country. It believes that because of the swift development of journalism and sports cause and the adjustment of the state educational policy, the school-running scale of sports journalism speciality has been steadily enlarged, which leads to the contradiction of the continuous increment in examination-applying-for and enrolling number of students to the educational hardware of sports journalism speciality being not hard and the software of it being too soft. It put forward that only to follow the school-running law of sports journalism education, further integrate resources, adjust structure, strengthen the construction of software and hard ware, and improve teaching quality, can we realize the sustainable development of sports journalism education.

[82-CSA] Youngs, Raymond:

Germany: Shooting down aircraft and analyzing computer data, in: International Journal of Constitutional Law 2008, 6, 2, Apr, 331-348., 2008, ISSN: 1474-2640

INHALT: Right to life-right to control information about oneself-control of terrorism-shooting down hijacked aircraft-computerized data analysis to identify 'sleeper' terrorists-articles 1(1) and 2(1) and (2) of German Basic Law-comparison of constitutional law in Germany and United Kingdom

3 Informationelle Selbstbestimmung

[83-CSA] Allen, Martin:

Protecting Electronic Data, in: Nursing Times 2006, 102, 28, 11-17 July, 20-21., 2006, ISSN: 0954-7762

INHALT: Nurses are using laptops to store patients' personal data but how can you ensure this information is safe?

[84-L] Banse, Gerhard:

Visionen der Informationsgesellschaft 2016, (e-Culture, Bd. 10), Berlin: Trafo Verl. Weist 2008, 184 S., ISBN: 978-3-89626-632-3

INHALT: Die Debatte um die "Informationsgesellschaft" konzentriert sich auch in Polen derzeit stark auf die technische und/oder ökonomische Seite von netzbasierter Kommunikation; soziale und vor allem kulturelle Aspekte werden zwar nicht marginalisiert, jedoch oftmals unzureichend einbezogen. Dabei zeigen allein die Diskussionen über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung angesichts anstehender technischer Entwicklungen (z.B. RFID-Technologie), welche nicht-technischen Effekte moderne Informations- und Kommunikationstechnologien haben (können). In Vorträgen, Diskussionen und vor allem in mehreren Arbeitsgruppen sollen vor diesem Hintergrund unter Einbeziehung von Studenten Vorstellungen für wünschenswerte und mögliche Entwicklungen im Bereich der Informationsgesellschaft entwickelt werden. Dabei geht es auch um die Herausarbeitung von Aufgaben und Handlungsweisen für unterschiedliche gesellschaftliche Institutionen, insbesondere für Ausbildungseinrichtungen (etwa Veränderungen in Lehrprogrammen, Programme für spezielle Kurse und postgraduale Studien) sowie um die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur digitalen Integration und Bürgerbeteiligung. Mit der Tagung sollen einerseits die Diskussion um die technischen, vor allem jedoch um die nichttechnischen Seiten der Informationsgesellschaft in Polen befördert und andererseits ein Beitrag zur Ableitung solcher Ziele bzw. Perspektiven für die Informationsgesellschaft, die (auch) im Interesse zukünftiger Generationen liegen, geleistet werden (vor allem in Richtung Wohlstand, Fortschritt, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit). Zentral dafür

sind der Wissenstransfer von Deutschland nach Polen sowie das Aufzeigen nationaler (z.B. kultureller) Spezifika, die den Wissenstransfer behindern könn(t)en. Zugleich sind in multi- und transdisziplinärer Weise Ziele, Perspektiven und Visionen für zukünftige Entwicklungen zu formulieren, die als Anregungen oder Anforderungen für Entwicklungen vor allem im Bereich der Informationstechnik, aber auch der (Aus- und Weiter-)Bildung, der Politik und des Rechts dienen können (sollten?). Hintergrund der Tagung sind sowohl das Aktionsprogramm "Informationsgesellschaft Deutschland 2006" als auch das EU-Programm 2010 "eAccessibility". Die Tagung ist Höhepunkt der Aktivitäten des Internationalen Zentrums für Nachhaltigkeit und Informationsgesellschaft (CRI) an der Schlesischen Universität Katowice im Rahmen des Polnisch-Deutschen Jahres. (DIPF/Verlag)

[85-L] Berg, Wilfried:

Informationelle Selbstbestimmung und Forschungsfreiheit: zum Spannungsverhältnis zwischen zwei in der Verfassung verankerten Rechten, in: Jörg-Martin Jehle (Hrsg.): Datenzugang und Datenschutz in der kriminologischen Forschung, Wiesbaden: Kriminolog. Zentralstelle, 1987, S. 30-46, ISBN: 3-926371-01-3

INHALT: Anders als das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist die Freiheit der Wissenschaft in ihren Erscheinungsformen der Forschungs- und der Lehrfreiheit ausdrücklich als Grundrecht garantiert. Damit ist nach Ansicht des Autors der Konflikt zwischen dem Recht jedes Menschen auf Selbstbestimmung über die Einsichtnahme in seine Daten und dem Recht des Forschers auf der Suche nach Erkenntnissen vorprogrammiert. Denn das Interesse des Forschers schließt alle physischen, psychischen, sozialen und wirtschaftliche Daten jedes einzelnen oder jeder Gruppe ein. Wenn der Forscher aber keinen Rechtsanspruch auf Zugriff zu den Daten anderer Bürger hat, dann kann sein Grundrecht auf Forschungsfreiheit nur erfüllt werden, wenn der Staat ihm Daten zur Verfügung stellt. An dieser Stelle setzen grundrechtsdogmatische Schwierigkeiten ein, die der Autor ausführlich erörtert. Er kommt zu dem Ergebnis, daß informationelle Selbstbestimmung und Forschungsfreiheit zwar in einem Spannungsverhältnis stehen, aber keine Gegensätze sind. (KP)

[86-L] Bertrand, Ute:

Von Orwell zu Huxley: Informations- und Biotechniken und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 33/1994, H. 3 = Nr. 127, S. 72-84 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In dem Beitrag wird gezeigt, daß Informationstechnologie und Biotechnologie zusammenwirken und welche Folgen dieses Zusammenwirken auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen hat. Nach einer einleitenden Beschreibung der Veränderungen des Gesundheitswesens durch Biotechnik und Informationstechnik wird die These aufgestellt, daß sich beide Seiten gleichzeitig annähern: die Informationstechnik wird biologisiert, die Biotechnik informatisiert. Es wird gezeigt, daß sich die informationstechnische Durchdringung des Lebendigen auf den Ebenen der Interpretation des Lebendigen als informationsverarbeitendes System ("Biotechnik ist Informationstechnik"), des Einsatzes von Informationstechnik in Biowissenschaften und Medizin ("Biotechnik braucht Informationstechnik") sowie auf der Ebene der Koppelung biologischer und elektronischer Bausteine ("Biotechnik schafft Informationstechnik") vollzieht. Ausgehend von dem Bild des "gläsernen Menschen" wird deutlich gemacht, daß die Gentechnik Menschen als programmierbare Informationssysteme interpretiert. Vor diesem Hintergrund werden die Grenzen des Datenschutzes diskutiert, denn in dieser Entwicklung steht das Subjekt der informationellen Selbstbestimmung selbst in Frage. (ICA)

[87-L] Bruns, Marco:

Diskursive Zugänge zum Rechtssystem: zur Verrechtlichung des Kommunikationsschutzes im Datenschutz und zur Institutionalisierung des Datenschutzes in der Öffentlichkeit, (Frankfurter Studien zum Datenschutz : Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Datenschutz an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Bd. 14), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2000, 328 S., ISBN: 3-7890-6402-5 (Standort: BLB Karlsruhe(31)-100A54009)

INHALT: Die Studie definiert "Datenschutz" als den Versuch, die durch den Einsatz von Informationstechnologien auftretenden Veränderungen in der Gesellschaft mit den Mitteln des Rechts unter Kontrolle zu bringen. Der Autor geht von der Habermasschen Unterscheidung von System und Lebenswelt aus, um die Informationsgesellschaft analog als Gegenüberstellung von Kommunikation und sich verselbständigenden Informationssystemen zu kennzeichnen. Vor dem Hintergrund der Skizze der Informationsgesellschaft wird der Begriff der Privatsphäre geklärt, um dann aus rechtlicher Perspektive die Folgen der Informationsgesellschaft für das "Recht auf informationelle Selbstbestimmung" zu bestimmen. Hier fungiert die Institution und Organisation des Datenschutzbeauftragten als Garant der Rechte des Einzelnen. Ob und in welchem Umfang die rechtliche Ausgestaltung dieser Institution den Anforderungen der Informations- und Kommunikationsgesellschaft genügt, wird im abschließenden Kapitel erörtert. (ICA)

[88-L] Busch, Andreas:

Kein Ende der Privatheit: auch jungen Internetnutzern ist Datenschutz wichtig, in: WZB-Mitteilungen, 2008, H. 120, S. 26-29 (Standort: USB Köln(38)-XA1592; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.wzb.eu/publikation/pdf/wm120/26-29.pdf)

INHALT: "Die meist jüngeren Nutzer von sogenannten 'social network'-Websites stellen oft sehr private Informationen ins Internet. Häufig wird ihnen daher - im Gegensatz zur älteren Generation - ein deutlich geringeres Interesse am Datenschutz attestiert. Doch Umfragedaten können diese Generationen-Hypothese nicht erhärten. Benutzerproteste gegen die kommerzielle Nutzung solcher Informationen widerlegen ebenfalls die Annahme, dass junge Internetnutzer den Datenschutz geringerschätzen." (Autorenreferat)

[89-L] Cas, Johann:

Datenschutz bei Pervasive Computing im Gesundheitswesen, in: Technikfolgenabschätzung : Theorie und Praxis, Jg. 17/2008, Nr. 1, S. 57-65 (www.itas.fzk.de/tatup/081/jcas08a.pdf)

INHALT: "Den versprochenen Vorteilen 'allgegenwärtiger Informationstechnologien' ('pervasive computing') stehen eine Reihe von Nachteilen gegenüber, die individuelle und gesellschaftliche Werte in Frage stellen und bestehende Eckpfeiler demokratischer Gesellschaften zu unterhöhlen drohen. Insbesondere zum Grundrecht auf Privatsphäre sind prinzipielle Konflikte und Widersprüche auf den ersten Blick erkennbar. Der Hauptteil dieses Beitrags ist der Analyse von Widersprüchen zwischen Systemen des Pervasive Computing und dem Datenschutz gewidmet. Daran schließt eine Diskussion der Besonderheiten an, die aus dem spezifischen Einsatzbereich Gesundheitswesen resultieren. Gesundheitsdaten stellen offensichtlich besonders sensible persönliche Daten dar, Gefährdungen der Gesundheit betreffen aber oftmals elementare, lebensbedrohende Ereignisse, die Eingriffe in Grundrechte eher gerechtfertigt erscheinen lassen." (Autorenreferat)

[90-L] Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hrsg.):

Auf dem Weg zum gläsernen Verbraucher?: Verbraucherschutz bei Kundenkarten und RFID-Chips ; Dokumentation einer Veranstaltung der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, (WISO Diskurs : Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik), Bonn 2007, 31 S., ISBN: 978-3-89892-748-2 (Graue Literatur; library.fes.de/pdf-files/wiso/04857.pdf)

INHALT: Über den Verbraucher werden immer mehr Informationen gesammelt. Datensammler des 21. Jahrhunderts ist dabei nicht mehr allein der Staat, Datensammler sind in immer stärkerem Maß auch die Unternehmen. Damit ist der Datenschutz eine zentrale Frage der wirtschaftlichen Verbraucherpolitik. Die neue Technik der RFID-Chips bietet viele Chancen, die auch Verbrauchern zugute kommen. Denn sie besitzt ein erhebliches Innovationspotenzial zur Effizienz- und Qualitätssteigerung in den unterschiedlichsten Branchen. Speziell in der Logistik, bei der Warenverfolgung und Prozesssteuerung, liegen ihre Vorteile auf der Hand. Allerdings werden auch Risiken beim Einsatz von RFID-Chips bei verbrauchernahen Anwendungsfeldern gesehen: im Einzelhandel, bei Eintrittskarten/Tickets, PKW-Wegfahrsperrern, Bahncard und Fahrkarten, Ausweisen, Sport, Geldscheinen, bei der Einpflanzung unter die Haut oder in Büchern. Daten- und Verbraucherschützer befürchten hier die Gefahr einer umfassenden Verbraucherüberwachung und den Verlust der informationellen Selbstbestimmung, insbesondere wenn eine Verknüpfung mit personenbezogenen Daten erfolgt. Denn da die RFID-Systeme drahtlos arbeiten, kann das Auslesen der Daten ohne Wissen der Besitzer erfolgen. Der vorliegende Beitrag dokumentiert die Diskussionen und Ergebnisse der Tagung "Verbraucherschutz bei Kundenkarten und RFID-Chips", die am 6.12.2006 in Wuppertal stattfand. Auf der Veranstaltung wurde über das Spektrum der Risiken für Verbraucher, aber auch über die Vorteile des Einsatzes von Kundenkarten und RFID-Chips informiert und debattiert. Darauf aufbauend wurden Verbesserungsideen im Sinne der Verbraucher und einer höheren gesellschaftlichen Akzeptanz diskutiert. Während Verbraucher- und Datenschützer umfassende daten- bzw. verbraucherschutzrechtliche Regelungen im Zusammenhang mit der Nutzung von RFID-Chips forderten, sahen Anwender und Hersteller von RFID keinen Handlungsbedarf. In Deutschland seien die datenschutzrechtlichen Rahmenbestimmungen so eindeutig, dass eine missbräuchliche Verwendung der RFID-Technik zur Verletzung der informationellen Selbstbestimmung eigentlich ausgeschlossen sei. (ICD2)

[91-CSA] Harper, Jim:

Balancing Privacy and Security: The Privacy Implications of Government Data Mining Programs., in: 9p Cato Testimony, 2007, Cato Institute

INHALT: An expert testifies on the privacy implications of government data mining. Argues that the time and energy of the men and women working in national security is too important to be wasted, and law-abiding American citizens should not give up their privacy to government programs and practices that do not materially improve their security.

[92-CSA] Hayat, Muhammad Aslam:

Privacy and Islam: from the Quran to data protection in Pakistan., in: Information & Communications Technology Law 16 no 2 137-148, 2007, ISSN: 1360-0834

INHALT: Islam gives great importance to the fundamental human right to privacy. This is evident from the some of the verses of the Holy Quran: 'Do not spy on one another' (49:12); 'Do not enter any houses except your own homes unless you are sure of their occupants' consent' (24:27). The Prophet has gone to the extent of instructing his followers that a man should not enter even his own house suddenly or surreptitiously. This article attempts to explore the extent of the sanctity given to the right to privacy by Islam and the kinds of privacy it recognizes. It will also explore the extent to which this right has been recognized in the laws of certain key Islamic Countries. The article includes a case study of Pakistan, an Islamic state that recognizes the Quran and Sunnah as sources of law. Under the Pakistani Constitution, there cannot be a law in violation of the injunctions of Islam. In fact, various laws have been declared to be in violation of the injunctions of Islam by the Federal Shariah Court. The Constitution of Pakistan, as well as the Pakistani law on Freedom of Information, recognizes the right to privacy. Despite this, the main objective of the draft Pakistani Data Protection Law is not to enshrine the principles of Islam, but to satisfy the requirements of European Union Directive 95/46, in particular Article 25 thereof, with the hope of ensuring that data will be allowed to flow freely between the European Union and Pakistan, thus making Pakistan an attractive market for outsourcing.

[93-L] Heesen, Jessica:

Keine Freiheit ohne Privatsphäre: Wandel und Wahrung des Privaten in informationstechnisch bestimmten Lebenswelten, in: Sandro Gaycken, Constanze Kurz (Hrsg.): 1984.exe : gesellschaftliche, politische und juristische Aspekte moderner Überwachungstechnologien, Bielefeld: transcript Verl., 2008, S. 231-248, ISBN: 978-3-89942-766-0

INHALT: Die kontextbezogenen und unsichtbaren Anwendungen der neuen Computergenerationen ("ubiquitous computing") haben eine einzigartige Entschlüsselungsstellung in Bezug auf den gesamten Privatbereich. Die Verfasserin unterscheidet hier drei Arten von Privatheit: (1) die dezisionale Privatheit, die sich auf die Ebene der Entscheidungsfreiheit bezieht; (2) die lokale Privatheit, in der es um den Schutz des Wohnbereichs und der Aufenthaltsdaten sowie um die Wahrung der leiblichen Identität geht; (3) die informationelle Privatheit, die den Schutz und die Kontrolle personenbezogener Daten beschreibt. Beim Handeln mit Kommunikationsmedien gibt es nach Ansicht der Verfasserin eine doppelte Verantwortung. Erstens geht es um die Wahrung der persönlichen Identität über Verhaltenskodizes und Anonymisierungsverfahren, zweitens um die Herstellung gesicherter und unabhängiger Nutzungsmöglichkeiten von Informations- und Kommunikationstechniken. (ICE2)

[94-L] Humer, Stephan:

Digitale Identitäten: der Kern digitalen Handelns im Spannungsfeld von Imagination und Realität, Winnenden: CSW-Verl. 2008, 354 S., ISBN: 978-3-9811417-3-3 (Standort: UB Bonn(5)-2008/7015)

INHALT: "'Digitale Identitäten' ist das Ergebnis eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprojektes, welches erstmals umfangreich aufzeigt, wie und in welchem Maße individuelle und kollektive Identitäten von der Digitalisierung beeinflusst werden. Schaut man sich heute in der digitalen Welt um, so fällt schnell auf, dass ein Thema die Szene beherrscht wie kaum ein anderes: die Gefahren des Netzes. Spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA und den darauf folgenden Gesetzen, Interventionen und Maßnahmen wurde auch der letzten Userin und dem letzten User klargemacht: das Netz beherbergt Böses. Und das gilt es zu bekämpfen, so die vorherrschende Meinung - besonders von staatlicher Seite. Schaut man etwas genauer hin, dann stellt man fest, dass es im Kern immer wieder um ein entscheidendes Element geht: Identität. Biometrie in den Pässen, die EU-weite Vorratsdatenspeicherung oder die Übermittlung zahlreicher Fluggastdaten an die USA - dies sind nur drei Beispiele für den Wechsel vom freien zum kontrollierten Netz, von der anarchisch-dezentralen Unzerstörbarkeit eines nuklearangriffresistenten Datenverbunds hin zu einer Regulierung, die tief ins Detail geht und im Kern stets unsere Identität betrifft. Und spätestens bei der Frage nach dem Ende dieses Wandels, nach der Wirkung und den Folgen wird schnell klar, dass vielen Menschen nicht bewusst ist, wie wichtig ihre digitale Identität heutzutage ist." (Autorenreferat)

[95-L] Katzlinger, Elisabeth:

Schutz der Privatsphäre: Sicherheitsaspekte von Learning-Management-Systemen, in: Wissenschaftsmanagement : Zeitschrift für Innovation, Jg. 13/2007, H. 6, S. 27-33

INHALT: "Lernprozesse in unterschiedlichen institutionellen Zusammenhängen sind zunehmend durch technische Unterstützung geprägt. Es werden sowohl Learning-Management-Systeme wie Moodle oder Blackboard, als auch Social Software wie Weblogs, Wikis, Diskussionsforen oder Chats verstärkt eingesetzt. In diesen Anwendungen werden die Zugangsdaten und die Daten über die einzelnen Aktivitäten aller Beteiligten gespeichert und stehen für Auswertungen zur Verfügung. Dabei kann die Privatsphäre der Beteiligten verletzt werden. Je nach Art der technischen Realisierung und gewählten Konfiguration fallen Nutz- und Interessensprofile an, die personenbezogene Daten enthalten. Mit unterschiedlichen Methoden der Datenauswertung können diese Daten ausgewertet werden und beispielsweise für die Beurteilung der Lernenden oder die Überprüfung der Beteiligung an einer Lehrveranstaltung heran gezogen werden." (Autorenreferat)

[96-L] Klumpp, Dieter:

Mehr Licht im Datenschatten: ein GAU der Informationstechnik träfe die Wirtschaft, in: Neue Medien, 1987, Nr. 4, S. 78-79

INHALT: Die Interessen des Datenschutzes und der Telekommunikationsindustrie stehen sich auf den ersten Blick diametral gegenüber. Digitalisierung, ISDN und Glasfasernetz sind die Stichworte, bei denen Datenschützer mißtrauisch werden, denn die mit diesen Techniken transportierbaren Daten sind sowohl quantitativ wie auch qualitativ neuartig. Doch werfen diese neuen Techniken keine neuen Datenschutzprobleme auf, im Gegenteil sind sie sogar sicherer als das herkömmliche Telefon. Probleme kann es allerdings dann geben, wenn immer neue Dienste angeboten werden, die das Recht auf "informationelle Selbstbestimmung" des Bürgers beschneiden. Da die Wirtschaft selbst größtes Interesse am Datenschutz haben muß, ist sie gefordert, gemeinsam mit dem Staat und der Wissenschaft sichere Netze und Dienste zu entwickeln.(KB)

[97-L] Knop, Jan von; Zilkens, Martin (Hrsg.):

Datenschutz im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Privatheit: Tagungsband ; Düsseldorf, 29. September 2004, Bielefeld: Bertelsmann 2005, 125 S., ISBN: 3-7639-3308-5 (Standort: B d. FH f. Polizei Villingen/Schwenningen(1019)-BVW30/116)

INHALT: Von zwei Seiten gerät das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung zunehmend unter Druck: Unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001 wurde die öffentliche Sicherheit zum Nachteil persönlicher Freiheiten gestärkt. Zusätzlich ermöglicht heute die Informationstechnologie Wege zur Datensammlung und Verarbeitung, die bei der Konzeption der Datenschutzgesetze weitgehend undenkbar waren. Damit ist die Gefahr einer nicht legitimierten Nutzung und Auswertung dieser Daten stark gestiegen, ohne dass dies durch den Einzelnen effektiv kontrolliert oder verhindert werden könnte. Die Autorinnen und Autoren diskutieren aktuelle Gegebenheiten und Entwicklungen auf dem Gebiet des Datenschutzes in Wechselwirkung mit der öffentlichen Sicherheit. Der Band dokumentiert eine Vortragsveranstaltung, die im Rahmen der Gründung des Instituts für IT-Sicherheit und Datenschutz Düsseldorf von der Universität und der Stadt Düsseldorf durchgeführt wurde. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Berthold Meyer: Der Schutz des Individuums im Spannungsfeld von Sicherheit und Privatheit (11-29); Alexander Dix: Ist eine Modernisierung des Datenschutzrechts erforderlich? (31-45); Wolfgang Gatzke: Datenschutz und Polizei. Erfahrungsbericht aus der Praxis (47-59); Thomas Drescher: Datenschutz und Rundfunkfreiheit (61-71); Martin Zilkens: Datenschutz am Arbeitsplatz (73-94); Martin Zilkens: Der Schutz personenbezogener Daten in Ratsinformationssystemen (95-108); Martin Zilkens: Arbeitszeiterfassungssysteme und Datenschutz (109-125). (ZPol, VS)

[98-L] Koppernock, Martin:

Das Grundrecht auf bioethische Selbstbestimmung: zur Rekonstruktion des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, (Nomos Universitätschriften : Recht, 238), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1997, 424 S., ISBN: 3-7890-4638-8

INHALT: Die Bestimmung solcher Begriffe wie Leben und Tod werden im Zuge der fortschreitenden Technologien unsicherer und, damit zugleich für die juristische Dogmatik, schwieriger zu verarbeiten. Koppernock hat es sich zur Aufgabe gemacht, die bisherige Grundrechtsdogmatik auf solche Anforderungen hin zu befragen. Sein Ergebnis: Der Schutz, den Art. 1 Abs. 1 (Menschenwürde) und Art. 2 Abs. 1 (allgemeine Handlungsfreiheit) gewährleisten, ist zu unbestimmt. Nimmt man den Autonomiegedanken auch in den Bereichen der Bio- und Medizintechnologie ernst, muß der einzelne Bürger vielmehr, so die These des Autors, durch ein neues Grundrecht auf bioethische Selbstbestimmung, rekonstruiert aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG), geschützt werden. Es wird sich zeigen, ob der dogmatische Bedarf einer solchen grundrechtlichen Neuschöpfung ähnlich hoch ist wie 1983, als das Bundesverfassungsgericht das mittlerweile auch im umgangssprachlichen Gebrauch geläufige Recht auf informationelle Selbstbestimmung entwickelte. (ZPol, NOMOS)

[99-L] Körffler, Barbara:

Transparentes Regierungshandeln und die Diskussion um das Informationsfreiheitsrecht, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 2004, H. 2, S. 66-79

INHALT: "Barbara Körffler bilanziert in ihrem Beitrag die Diskussion um das Informationsfreiheitsrecht in Deutschland welches garantieren soll, dass Bürgerinnen und Bürger einen allgemeinen Anspruch gegenüber der Verwaltung haben, Informationen zu erhalten, der weder an bestimmte Voraussetzungen noch an eine Begründung oder ein bestimmtes Interesse gekoppelt ist. In internationalen Vergleich zeigt die Autorin auf, dass die Bundesrepublik gegenüber nahezu allen anderen europäischen Ländern, gegenüber der EU und auch gegenüber einzelnen Bundesländern, in denen bereits entsprechende Informationsfreiheitsgesetze existieren, erheblichen Nachholbedarf hat. Körffler diskutiert die Voraussetzungen und Konflikte der Informationsfreiheit im Hinblick auf persönliche, wirtschaftliche und staatliche Datenschutz- und -sicherheitsinteressen und zeigt an konkreten gesetzlichen Regelungen, wie diesen Voraussetzungen und Interessen im Rahmen rechtlicher Gestaltungsoptionen zu begegnen ist. In der empirischen Analyse der Erfahrungen mit bereits verwirklichten Gesetzen zeigt die Autorin, dass die von Gegnern der Informationsfreiheit oftmals vorgebrachten Befürchtungen hinsichtlich Datenschutzverletzungen, Verwaltungsaufwand, gezielten Rechtsmissbräuchen unberechtigt sind. Sie kommt zu dem Schluss, der allgemeine Zugang zu Informationen der Verwaltung sowohl für die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben als auch zur Kontrolle staatlichen Handelns und zur Etablierung einer Informations- und Wissensgesellschaft eine wichtige Voraussetzung ist." (Autorenreferat)

[100-CSA] Kuner, Christopher:

European Data Protection Law: Corporate Compliance and Regulation., in: 592p Second ed., 2007, Oxford University Press, ISBN: 0199283850

INHALT: The new edition of this acclaimed book gives a fully updated overview of European data protection law affecting companies, incorporating the important legal developments that have taken place since the last edition. These include the first three cases of the European Court of Justice interpreting the EU data protection directive, the Commission's first report on the implementation of the direction, the data retention direction and the implementation of the electronic communications and privacy directive in the member states.

[101-L] Landfried, Christine:

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung: zur Entscheidung des BVG vom 15.12.1983 zum Volkszählungsgesetz, in: Gegenwartskunde : Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung, Jg. 35/1986, H. 4, S. 453-462 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Zur Diskussion und Einschätzung der BVG-Entscheidung vom 15.12.1983 zum Volkszählungsgesetz wird zunächst der politische Hintergrund für dieses Gesetz skizziert. Dann werden die Grundlagen für die - im übrigen einstimmige - Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erörtert. Im Mittelpunkt steht die Erläuterung des "Rechts auf informationelle Selbstbestimmung". In einem Quellenteil werden dann Auszüge aus dem Urteil des Ersten Senats dokumentiert. In einem Kommentar zur Begründung des Urteils werden dessen mögliche Auswirkungen diskutiert. (KW)

[102-CSA] Lingjie Kong:

Online Privacy in China: A Survey on Information Practices of Chinese Websites, in: Chinese Journal of International Law 2007, 6, 1, Mar, 157-183., 2007, ISSN: 1540-1650

INHALT: This paper is a survey on the information practices of Chinese websites. Three groups of Chinese commercial websites were selected and their information practices were analysed and compared with the generally accepted principles of online information practices. Survey results indicated that Chinese websites collected a vast amount of personal data through various forms. The percentage of

websites posting privacy disclosures was comparatively small. For those sites with privacy policy or discrete privacy statement, their information practices did not accord with generally accepted principles of information practices. The paper presents recommendations for China to deal with such a legal issue that makes national borders meaningless.

[103-L] Möstl, Markus:

Sicherheit oder Freiheit im Internet?, in: Christoph Bieber, Claus Leggewie (Hrsg.): *Interaktivität : ein transdisziplinärer Schlüsselbegriff*, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2004, S. 257-271, ISBN: 3-593-37603-2

INHALT: Der Staat als der überkommene Garant von Sicherheit scheint in den Weiten des World Wide Web bisweilen auf verlorenem Posten zu stehen. Der vorliegende Beitrag zeigt in Anbetracht dieser Lage, dass Sicherheitsgewährleistung im Internet unverzichtbar ist, sowohl um Internetfreiheit, etwa die Freiheit informationeller Selbstbestimmung im Netz, überhaupt erst wirksam werden zu lassen, als auch, um das Internet nicht von einem Raum der Freiheit zu einem Raum des Freiheitsmissbrauchs auf Kosten anderer verkommen zu lassen, in dem z. B. unbehelligt zum Hass auf Minderheiten aufgestachelt, Kinder missbraucht und sonstige strafbare Handlungen begangen werden können. Weiterhin sind einzig der Staat bzw. supra- und internationale Zusammenschlüsse von Staaten zu dieser Sicherheitsgewährleistung in der Lage. Das Internet braucht den Staat, um ein Raum freier und sicherer Kommunikation zu sein und zu bleiben. Insgesamt sind daher staatliche Sicherheitsanstrengungen im Netz nicht allein in ihrer Rolle als Feind der Freiheit zu sehen; sie sind vielmehr legitim, weil sie, wie etwa im Fall des Datenschutzes, wirkliche Internetfreiheit überhaupt erst ermöglichen. (ICA2)

[104-L] Nagenborg, Michael:

Das Private unter den Rahmenbedingungen der IuK-Technologie: ein Beitrag zur Informationsethik, (Studien zur Wissensordnung, Bd. 3), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, XVI, 226 S., ISBN: 3-531-14616-5 (Standort: USB Köln(38)-32A8645)

INHALT: Die Dissertation versucht, folgende "Diagnose" zu bestätigen: Mit der neuen Bedrohung des Privaten durch vorgeblich ordnungskonforme Informationstätigkeiten, welche die Schutzzone der "eigenen vier Wände" und "eingriffsfreier Wissensräume" für scheinbar harmlose informationelle Fremdbestimmung in bester Absicht öffnen, muss die informationsethische Fragestellung Schritt halten: Wie können die traditionellen Grundwerte (Freiheit, Autonomie, Aufklärung, Rechtsgleichheit) mit den technischen Entwicklungen so auf eine Reihe gebracht werden, dass keine neuen Formen der Ungleichheit entstehen? Im ersten Teil wird der aktuelle Stand der Forschung diskutiert. In der zweiten Abteilung wird dann die neoklassische Privattheorieaufassung vorgestellt. Die letzten beiden Kapitel können als "Anwendungen" verstanden werden. Theoretisch wird der Begriff des Privaten gegen Tabu, Geheimnis und Anonymität abgegrenzt. Dies ist insbesondere hinsichtlich des Begriffs der Anonymität notwendig, der von einigen Autoren inzwischen an die Stelle der Privatheit getreten ist. Abschließend wird die Rolle des Privaten im politisch-philosophischen Rahmen des Liberalismus mit der klassisch-liberale Auffassung der Dichotomie von privat/öffentlich erörtert. (ICA2)

[105-CSA] Ostroff, Jamie; Lounsbury, David W.; Reynolds, Thomas C.; Rapkin, Bruce D.; Robson, Mark E.:

Protecting the privacy of third-party information: Recommendations for social and behavioral health researchers, in: *Social Science & Medicine* 2007, 64, 1, Jan, 213-222., 2007, ISSN: 0277-9536

INHALT: In psychosocial and health-behavioral research, we often request that research participants provide information on significant individuals in their lives, so-called 'third parties.' Recently there has been a greater recognition of privacy issues and risks in research pertaining to third parties. Reaction on the part of USA federal regulatory authorities to one study [Amber, D. (2000). *Case at vcu bring ethics to forefront.*, 14, 1], which attempted to collect survey data about the psychiatric history of respondents' parents, has generated such concern and caution that longstanding practices for the

collection of social determinants of health data are being questioned and are at risk of being disallowed by Institutional Review Boards (IRBs). In this paper, we consider third party research rights and risks from the perspective of social and behavioral scientists. Focusing on research about health and quality of life, we first discuss the rationale for research methods that elicit contextual information about family members, friends, co-workers, and other social contacts. Second, we discuss the matter of 'privacy' and its central role in the current third party rights and risks dialogue. Next, we describe ways to effectively manage third-party information, building upon current recommendations by the Office for Human Research Protections (OHRP) and Botkin's [(2001). Protecting the privacy of family members in survey and pedigree research. *Journal of the American Medical Association*, 285(2), 207211] treatment of the matter for survey and pedigree research. Lastly, we discuss the implications of applying these data collection and management strategies in social and behavioral research. We assert that these recommendations protect the rights of, and minimize the risks to, third parties without impeding social and behavioral health research.

[106-L] Roßnagel, Alexander:

Datenschutz in einem informatisierten Alltag, Berlin 2007, 224 S., ISBN: 978-3-89892-681-2 (Graue Literatur; library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04548.pdf)

INHALT: Die Entwicklungen der Informations- und Kommunikationstechnik ermöglichen eine Zukunft, in der die Verarbeitung von Daten nicht mehr nur in spezifischen Computern mit Tastatur und Bildschirm stattfindet, sondern in (nahezu) allen uns umgebenden Alltagsdingen. Sie werden durch Sprache, Gestik, Mimik oder Berührung gesteuert oder erkennen aus den Umständen selbst, was von ihnen erwartet wird. Sie präsentieren die benötigten Informationen auf den Oberflächen von Wänden oder Gegenständen, in Brillen, Kleidung oder Kopfhörern. Vielfach führen sie die erforderlichen oder gewünschten Aktionen selbsttätig aus. Diese allgegenwärtige Datenverarbeitung verspricht, Menschheitsträume zu erfüllen. Sie verspricht eine Erweiterung der menschlichen Sinne durch Sensoren und Kontexterfassung, eine Verbesserung des menschlichen Gedächtnisses durch ein "Gedächtnis" der Dinge, eine Befreiung und Erleichterung von Arbeit durch deren Delegation auf Technik sowie eine Erhöhung der Sicherheit durch technikgestützte Kontrolle aller Lebensumstände. Die Hoffnung auf die Erfüllung dieser Träume verschafft der allgegenwärtigen Datenverarbeitung eine enorme Durchsetzungskraft. Die gleiche Technik ermöglicht aber auch die Verwirklichung von Alpträumen. Die Vielfalt der Datenverarbeitung führt zu einer exponentiellen Zunahme von personenbezogenen Daten mit hoher Aussagekraft. Sie erlauben, individuelles Verhalten ebenso detailliert nachzuvollziehen wie kollektive Lebensstrukturen. Der vorliegende Beitrag untersucht die Datenschutzrisiken im Internetzeitalter. Der Autor macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass es die Aufgabe des Datenschutzrechts ist, die informationelle Selbstbestimmung zu gewährleisten. (ICD2)

[107-L] Roßnagel, Alexander:

Datenschutz im 21. Jahrhundert, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 2006, H. 5/6, S. 9-15 (www.bpb.de/files/71CBF2.pdf)

INHALT: "Informationelle Selbstbestimmung wird im 21. Jahrhundert nur gewahrt werden können, wenn ihr Schutzprogramm modifiziert wird. Notwendig ist eine objektivierte Ordnung der allgegenwärtigen Datenverarbeitung und -kommunikation bei professioneller Kontrolle." (Autorenreferat)

[108-L] Schaar, Peter:

Das Ende der Privatsphäre: der Weg in die Überwachungsgesellschaft, München: Bertelsmann Fachverl. 2007, 255 S., ISBN: 978-3-570-00993-2

INHALT: In seinem kritischen Resümee zur gegenwärtigen Situation informationeller Selbstbestimmung macht der Bundesbeauftragte für den Datenschutz Schaar deutlich, dass der reißerisch wirkende Titel eine tatsächlich drohende Gefahr darstellt, die nicht nur von staatlichen Stellen, sondern mehr und mehr auch von der Wirtschaft ausgeht. Die Situation in diesem Bereich hat sich in den vergangenen 15 Jahren grundlegend gewandelt, wie Schaar darstellt: Spätestens seit den Anschlägen am 11. Sep-

tember 2001 hat die Überwachung der Bürger im Zuge der Terrorbekämpfung drastisch zugenommen und neue Möglichkeiten der Datensammlung, wie die LKW-Maut oder die zentrale Erfassung von Kommunikationsdaten, erwecken die Begehrlichkeiten staatlicher Stellen. Neue technologische Entwicklungen ermöglichen eine weitreichende Videoüberwachung, RFID-Chips die Verfolgung eines Produkts von der Wiege bis zur Bahre. Dazu machen die Bürger dank digitaler Rabatkarten oder der Publikation persönlicher Daten im Internet die Sammlung von Informationen leichter denn je. Schaar verdeutlicht in seinen Ausführungen sowohl die verschiedensten Möglichkeiten zur Datensammlung; neben den bereits genannten unter anderem auch die Gesundheitskarte, biometrische Personaldokumente oder die Online-Durchsuchung, die rechtlichen Grundlagen solcher Maßnahmen und deren tatsächliche und potenzielle Auswirkungen auf Öffentlichkeit und Privatsphäre und damit auf die Grundsteine unserer Gesellschaft. Ebenso geht er auf die Akteure und deren Motivation ein und widmet sich hier insbesondere dem Aspekt von persönlichen Daten als Wirtschaftsfaktor und der damit einhergehenden zunehmenden Bedrohung der Privatsphäre durch die Wirtschaft. (ZPol, NOMOS)

[109-L] Schilling, Horst:

Wenn zu viel geplaudert wird, in: message : internationale Fachzeitschrift für Journalismus, 2007, Nr. 1, S. 90-93

INHALT: Der Autor verfolgt regelmäßig die Sitzungen des Deutschen Presserates, dem er viele Jahre angehörte. In dieser Folge kommentiert er Beschwerden gegen die Zeitungen wegen Verletzung des Bürgerrechts auf informationelle Selbstbestimmung. Einige konkrete Fälle, die den Presserat in den letzten Jahren beschäftigten, werden einzeln vorgestellt und in den Zusammenhang mit den Regulierungen des Datenschutzgesetzes gebracht. (PT)

[110-L] Schmitt, Wilhelm S.:

Verschwiegenheitspflicht - Recht auf informationelle Selbstbestimmung: Neue Wege der Bewährungshilfe?, in: Bewährungshilfe : Fachzeitschrift für Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe, Jg. 39/1992, Nr. 4, S. 359-364 (Standort: USB Köln(38)-Si88-A,9,4-; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Verschwiegenheitspflicht, Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Datenschutz erfordern ein Umdenken in der bisherigen Handhabung personenbezogener Daten durch Bewährungshelfer. Will man dabei auch sozialpädagogischen Standards im Interesse der Probanden genügen, reicht es nicht aus, in der Dokumentations- und Berichtspflicht Modifizierungen vorzunehmen. Vielmehr ist eine grundsätzliche Reform des Rechtsinstituts Bewährungshilfe angezeigt." (Autorenreferat)

[111-L] Sofsky, Wolfgang:

Verteidigung des Privaten: eine Streitschrift, München: Beck 2007, 158 S., ISBN: 978-3-406-56298-3

INHALT: Der Soziologe Sofsky ist Verfechter einer phänomenologisch konzentrierten, an sorgfältiger Analyse auch scheinbar trivialer Alltagshandlungen interessierten Sozialwissenschaft. Dass eine dichte Beschreibung von Handlungen, Einstellungen und Gewohnheiten nicht im Widerspruch stehen muss zu einer deutlichen zeitdiagnostischen Wertung, beweist der Autor in dieser ebenso provozierenden wie anregenden Streitschrift zur Verteidigung des Privaten. In einer entschieden liberalen Perspektive beharrt Sofsky darauf, dass die Grenzen des Privaten die Grenzen des Politischen sind. Dies vertritt er in zweifacher Weise: Zum einen geht es ihm sehr konkret um die Integrität und Untastbarkeit individueller Körper- und Lebenssphären, die vor Einblicken und Übergriffen Dritter geschützt werden müssen. Zum anderen ist die unversehrte Privatheit zugleich Ausdruck und Voraussetzung einer Freiheit, die jenseits paternalistischer Bevormundungen eine Vielfalt von Lebensformen erlaubt. Sofsky zeichnet prägnant die Bedrohungen nach, denen die Integrität des Privaten heute ausgesetzt ist. An erster Stelle stehen für ihn Prozesse, in denen sich politische Kontrollwünsche und Effekte immer raffinierterer Informationstechnologien überlagern. Angesichts der ausgefeilten Da-

tenbestände von Sozial-, Gesundheits- und Steuerverwaltungen einerseits und andererseits der laufenden digitalen Beobachtung unseres Konsum-, Kommunikations- und Mobilitätsverhaltens ist der gläserne Untertan für Sofsky längst Realität geworden. Allerdings muss die Privatheit heute nicht nur gegen staatliche Überwachungswut verteidigt werden: In einer von der Ökonomie der Aufmerksamkeit bestimmten Mediengesellschaft scheint sie für viele nichts, was der Verteidigung bedürfte. Gegen diese verbreitete Indifferenz richtet sich die Streitschrift eigentlich. (ZPol, NOMOS)

[112-L] Waechter, Kay:

Prävention durch Pranger - die Rückkehr der Stigmata: auch zum dogmatischen Status des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, in: Verwaltungswissenschaften : Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, Bd. 92/2001, H. 3, S. 368-388 (Standort: USB Köln(38)-Fal18; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser erörtert zwei Spielarten der Datenübermittlung zwecks Anprangerung: die Prävention durch Täterbeeinflussung ("Gefährderansprache" von Hooligans) und die Prävention durch Opferbeeinflussung (Steckbrief registrierter Sexualtäter im Internet). Er unterzieht diese Präventionsvarianten einer verfassungsrechtlichen Würdigung, bei der das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das Verbot der Doppelbestrafung, die Frage der Würdeverletzung, der Gleichheitsgrundsatz sowie der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz eine Rolle spielen. Darüber hinaus werden auch gesellschaftspolitische Aspekte in Rechnung gestellt. Der Verfasser zeigt, dass Gefährderansprachen und Internet-Steckbriefe in der Regel als Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu werten sind. In seltenen Fallgruppen kann eine Nutzung von Stigmatisierung zur Prävention verfassungsgemäß sein. Internet-Steckbriefe sind nach deutschem Verfassungsrecht würdewidrig und unverhältnismäßig. (ICE)

[113-L] Weichert, Thilo:

Im Prinzip rechtswidrig: Datenschutz bei Suchmaschinen, in: Forum Wissenschaft, Jg. 25/2008, Nr. 1, S. 27-31

INHALT: "Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gefährden nicht nur bekannt gewordene staatliche Maßnahmen. Auch die vorhandenen, jeden Tag millionenfach genutzten Suchmaschinen sind nicht gerade so eingerichtet, dass dieses Recht auch nur annähernd gewahrt und realisierbar bliebe und einforderbar ist. Thilo Weichert überblickt die Praxis, zeigt Entwicklungstendenzen auf und stellt Forderungen der DatenschützerInnen vor." (Autorenreferat)

[114-F] Wölfel, Julia, Dipl.-Kff. (Bearbeitung); Diller, Hermann, Prof.Dr. (Betreuung):

Anreicherung von Kundendaten

INHALT: Welche Möglichkeiten der Anreicherung von Kundendaten gibt es? Ist die Investition in Datenanreicherung zielführend? Können Effizienz und Effektivität von Datenanreicherungen gemessen werden? Und lässt sich so begründen, warum man Datenanreicherungen überhaupt durchführt? Welche Risiken gehen Kunden mit der Preisgabe ihrer Daten ein und wie sensibel sind die Kunden im Umgang mit ihren Daten?

METHODE: State-of-the-Art Review, dann empirische Studie zur Datensensibilität

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Methoden des Data Matching. Ein Überblick. Arbeitspapier, 157.+++Der Umgang mit Kundendaten im Marketing aus Sicht des Datenschutzes: eine Metaanalyse empirischer Studien. Arbeitspapier, 161.+++Marketing Information Provider. Ein Marktspiegel, Tl. 1: Anbieter. Arbeitspapier, 163.

ART: *BEGINN:* 2006-11 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl BWL, insb. Marketing (Postfach 3931, 90020 Nürnberg)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0911-5302-218, e-mail: julia.woelfel@wiso.uni-erlangen.de)

[115-CSA] Zimmer, Michael:

Privacy protection in the network society: 'trading up' or a 'race to the bottom'?, in: The Information Society 2008, 24, 1, 65-67., 2008, ISSN: 0197-2243

INHALT: Book review abstract. The Governance of Privacy: Policy Instruments in Global Perspective. by Colin J. Bennett and Charles D. Raab. Cambridge, MA: MIT Press, 2006, 354pp., 30.00 USD (paper). ISBN 0-262-52453-8; Negotiating Privacy: The European Union, the United States, and Personal Data Protection. By Dorothee Heisenberg. Boulder, CO: Lynne Rienner Publishers, 2005, 211pp., 49.95 USD (cloth). ISBN 1-58826-380-0. Reviewed by Michael Zimmer.

4 Medien

[116-L] Alfter, Brigitte:

Zeigt her eure Quellen, in: message : internationale Fachzeitschrift für Journalismus, 2005, Nr. 3, S. 78-81

INHALT: In ihrem Beitrag erinnert die Autorin kurz an aktuelle Fälle von Hausdurchsuchungen und martialischen Zugriffen der Polizei auf Rechercheunterlagen von investigativ arbeitenden Journalisten in unterschiedlichen EU-Ländern. Trotz der vom Europarat erstellten Empfehlungen sind der Grad an Quellenschutz in den europäischen Ländern ungleich und unsicher und die Einstellung der Polizei, der Staatsanwaltschaften und Gerichten national sehr verschieden. Neben den nationalen Fällen erinnert die Autorin auch an den ersten "europäischen Fall", an die Durchsuchung der Brüsseler Wohnung und der Redaktionsräume des Stern-Korrespondenten H.M. Tillak und die Beschlagnahme seiner Unterlagen. (PT)

[117-L] Bartsch, Verena:

Rechtsvergleichende Betrachtung präventiv-polizeilicher Videoüberwachungen öffentlich zugänglicher Orte in Deutschland und in den USA, (Schriften zum Internationalen Recht, 141), Berlin: Duncker & Humblot 2004, 275 S., ISBN: 3-428-11391-8

INHALT: Seit Mitte der 90er-Jahre haben immer mehr Bundesländer der Polizei das Recht eingeräumt, öffentliche Plätze mit Videokameras dauerhaft zu überwachen. Dadurch soll die Kriminalitätsvermeidung verbessert und die Strafverfolgung erleichtert werden. Bartsch untersucht diese Maßnahme im empirischen und rechtlichen Vergleich mit den USA, wo dieses Instrument bereits sehr viel länger und großflächiger zum Einsatz kommt. Verlässliche Langzeituntersuchungen über die Effektivität der Überwachung liegen allerdings bisher noch nicht vor. Im zweiten, verfassungsrechtlichen Teil erörtert Bartsch zunächst die Grundlagen des Schutzes der Privatsphäre und Persönlichkeit in den USA und Deutschland. Es folgt eine detaillierte Erörterung, ob eine Videoüberwachung mit den einschlägigen verfassungsrechtlichen Bestimmungen im Konflikt steht. Im Gegensatz zu den USA, wo nach durchaus umstrittener Ansicht des Supreme Court das 4. Amendment der polizeilichen Videoüberwachung nicht entgegensteht, stelle die Videoüberwachung nach dem Grundgesetz, abhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung, einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Dieser Eingriff sei jedoch durch die bestehenden Vorschriften in den Landesgesetzen gerechtfertigt, die das Kriterium einer 'verfassungsmäßigen gesetzlichen Grundlage (...), die dem Prinzip der Normenklarheit entspricht und das Verhältnismäßigkeitsprinzip wahrt' (254), erfüllen. Bartsch stellt fest, dass die Videoüberwachung materiellen Einschränkungen unterliegt, die 'zur Sicherung der mit dem grundrechtlichen Persönlichkeitsrecht geschützten und aus der Menschenwürde folgenden Autonomie des einzelnen notwendig' sind (261). Bei Beachtung dieser Voraussetzungen bestehe keine Gefahr einer 'Realisierung des 'gläsernen Menschen' (261). (ZPol, VS)

[118-F] Bendrath, Ralf, Dipl.-Pol.; Hofmann, Jeanette, Dr.; Leib, Volker, Dr.; Walter, Gregor, Dr. (Bearbeitung); Zürn, Michael, Prof.Dr.; Mayer, Peter, Prof.Dr. (Leitung):

Regulation und Legitimation im Internet (Teilprojekt B4)

INHALT: In dem Projekt werden Auswirkungen des Internets auf die Staatlichkeit in der Interventions- und insbesondere in der Legitimationsdimension untersucht. Ausgangspunkt ist das Netz als ein fast vollständig denationalisiertes Medium, welches komplett entterritorialisierte Zugangsmöglichkeiten hat und für das, funktional gesehen, nationalstaatliche Regelungen unzureichend sind. Dieser ausgeprägt hohe Denationalisierungsgrad stellt das dominante Regelungsmodell des demokratischen Rechts- und Interventionsstaates (DRIS) fundamental in Frage. Gerade hier müsste ein möglicher Wandel von Staatlichkeit als Verlagerung von Regelungen auf die überstaatliche Ebene bei möglicher gleichzeitiger Veränderung des Interventionsmodus sichtbar werden. Gleichzeitig sorgen der technisch-innovative Charakter des Netzes und der hohe Denationalisierungsgrad bei den gegebenen Zugangsbedingungen für innovative Formen politischer Partizipation im Bereich der 'Netzpolitik', die ebenfalls dem herkömmlichen Modell des DRIS nicht entsprechen.

METHODE: Empirischer Kern des Projektes ist die Analyse der politischen Bearbeitung von drei konkreten internetbezogenen Regelungsproblemen: die Verwaltung von Domain Names, der Schutz personenbezogener Daten und die Besteuerung des E-Commerce. Das Projekt fragt 1. deskriptiv, ob es in den genannten Bereichen zu effektiven Regelungsarrangements jenseits des Nationalstaates kommt und in welcher Form - das Mischungsverhältnis von Internationalisierung und Privatisierung und die eingesetzten Partizipationselemente interessieren dabei besonders; 2. normativ, wie Zustandekommen und Form dieser Regelungsarrangements nach einem Katalog demokratisch-legitimatischer Kriterien zu bewerten sind - auf dieser Grundlage geht es schließlich um die praxeologische Frage; 3. ob und wie angesichts der Erfahrungen in den betrachteten Fällen das Internet zur Erhöhung der demokratischen Legitimation bei der Regelung anderer denationalisierter Problembereiche genutzt werden kann.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* S. www.staatlichkeit.uni-bremen.de/pages/forProjektBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=10.

ART: *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Bremen, SFB 597 Staatlichkeit im Wandel (Postfach 330440, 28334 Bremen); Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien -InIIS- (Postfach 330440, 28334 Bremen); Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Abt. Transnationale Konflikte und Internationale Institutionen (Reichpietschufer 50, 10785 Berlin)

KONTAKT: Zürn, Michael (Prof.Dr. Tel. 0421-218-2098, Fax: 0421-218-7248, e-mail: mizuern@uni-bremen.de)

[119-L] Binder, Reinhart:

Freie Rundfunkberichterstattung und Datenschutz, in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht : ZUM, Jg. 38/1994, Nr. 5, S. 257-269 (Standort: USB Köln(38)-XD107; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Datenschutzgesetze sind zu den "allgemeinen Gesetzen" zu zählen, welche die Rundfunkfreiheit des Art. 5 Abs. 2 GG einschränken. Zwischen dem "Recht auf informationelle Selbstbestimmung" und dem Recht auf freie Rundfunkberichterstattung besteht also ein struktureller Konflikt. Dabei ist eine höchst bedenkliche Überbewertung des Datenschutzes insbesondere gegenüber dem Rundfunk feststellbar, welche die spezifischen Besonderheiten dieses Mediums außer acht läßt. Eine noch stärkere Regelung der Rundfunkstätigkeit durch datenschutzrechtliche Bestimmungen ist allenfalls dort akzeptabel, wo moderne EDV-Techniken bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zum Einsatz kommen.(KB)

[120-L] Dörr, Dieter:

Freies Wort, freies Bild und freie Berichterstattung vs. Datenschutz?: die Fortentwicklung der kommunikativen Freiheit durch den Datenschutz, in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht : ZUM, Jg. 48/2004, Nr. 7, S. 536-546 (Standort: USB Köln(38)-XD107; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "1. Die grundrechtliche Kollisionslage zwischen der Rundfunkfreiheit (...) und dem Recht des Einzelnen auf Schutz seiner Daten schlägt sich im Bereich des Datenschutzes im Rundfunk exemplarisch nieder. 2. Die Rundfunkfreiheit stellt als so genannte dienende Freiheit ein drittstütziges Freiheitsrecht dar. Sie dient der freien, individuellen und öffentlichen Meinungsbildung und ist Grundvoraussetzung für eine funktionsfähige Demokratie. 3. Aus dem Konzept der Rundfunkfreiheit als dienender Freiheit ergibt sich die Pflicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur Grundversorgung der Bevölkerung. 4. Der Grundsatz der Autonomie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der eng mit dem Pluralitätsgebot zusammenhängt, konkretisiert sich im verfassungsrechtlichen Gebot der Staatsferne des Rundfunks. 5. Der Konflikt zwischen dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und der Rundfunkfreiheit erfährt durch das Medienprivileg als einfachgesetzlicher Umsetzung des Verfassungsgebotes aus Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG eine sachgerechte Lösung. 6. Der Grundrechtsschutz durch Verfahren besitzt für die Sicherung der Rundfunkfreiheit entscheidende Bedeutung. Der Gesetzgeber hat den verfassungsrechtlichen Auftrag, die Rundfunkfreiheit insbesondere durch Verfahrensregelungen zu konkretisieren. 7. Das Gebot der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verlangt zum einen, dass sich staatliche Stellen nicht in die Programmgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einmischen. Zum anderen muss auch die Organisation der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten staatsfern erfolgen, sodass sich aus dem Gebot der Staatsferne auch das Selbstverwaltungsrecht der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ableitet. 8. Da sich eine Kontrolle des Datenschutzes im Rundfunk durch externe staatliche Behörden wegen des Gebots der Staatsferne als verfassungsrechtlich unzulässig erweist, ist es verfassungsrechtlich geboten, einen anstaltseigenen Datenschutzbeauftragten einzusetzen. 9. Dieser Datenschutzbeauftragte ist in Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er besitzt eine richterähnliche Stellung und kann daher auch von keiner Seite Weisungen erhalten. 10. Der einfache Gesetzgeber muss bei der Ausgestaltung des Verfahrens der Bestellung des Datenschutzbeauftragten beim Rundfunk dessen Unabhängigkeit gewährleisten. 11. Zu Sicherung seiner Unabhängigkeit muss der Datenschutzbeauftragte eine eigene finanzielle Ausstattung erhalten, die ihm zumindest eine eigenständige Büroverwaltung ermöglicht. 12. Da eine Trennung zwischen personenbezogenen Verwaltungsdaten und journalistisch-redaktionellen Daten in der Praxis kaum durchführbar ist, muss der Datenschutzbeauftragte beim Rundfunk alle von der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt gespeicherten Daten kontrollieren." (Textauszug)

[121-CSA] Dowd, Alan W.:

Are we ready for WWI?: All is not quiet on the cyber front., , in: Fraser Forum 12-14, 2008, ISSN: 0827-7893

INHALT: Cyber warfare (World Web War I?), digital attacks involving streams of code instead of bullets and bombs, should be taken seriously as a threat to Canadian national security. United States General James Cartwright, vice chairman of the Joint Chiefs, calls cyberspace 'the nervous system of our country,' and Washington is moving on several fronts to protect it, highlighted by its Cyberspace Command.

[122-F] Drücke, Ricarda, M.A. (Bearbeitung); Weber, Karsten, Priv.Doiz.Dr. (Leitung):

Mobile Internetdienste und Privatsphäre

INHALT: Die Internetökonomie verändert nicht nur Produktion und Distribution von Gütern, sondern auch, wie Benutzer von Informations- und Kommunikationstechnologie Privatsphäre auffassen. Dies wird bspw. an der Nutzung von Mobilfunktelefonen, an persönlichen WWW-Seiten und an den Nutzungsweisen von Internet-Chats sichtbar, aber auch an Diskussionen über Datenschutz und Privatsphäre (engl. Privacy). Oft kollidiert die Wahrung der Privatsphäre mit der Erbringung von Dienstleistungen oder aber mit dem Schutz anderer Rechte wie im Fall von Digital Rights Management Systems (DRMS). Mobile Dienstleistungen der Internetökonomie versprechen einen hohen Nutzen für Endverbraucher - vor allem die Nutzung von Diensten zu jeder Zeit an jedem Ort -, bringen aber gleichzeitig das Problem mit sich, dass Konsumverhalten durch die Möglichkeit der Erstellung von Konsum- und Bewegungsprofilen transparent gemacht werden kann. In der wissenschaftlichen Debatte finden sich verschiedenste Auffassungen, was Privatsphäre ausmacht. Die Akzeptanz von Pro-

dukten und Dienstleistungen der Internetökonomie - bspw. Filme, Musik oder Internetzugang über UMTS, Bezahlfverfahren mit entsprechend ausgerüsteten Mobiltelefonen, Ambient Intelligence und Ubiquitous Computing - sowohl bei Endkunden als auch in Geschäftsprozessen zwischen Unternehmen ebenso wie bspw. die Einführung von elektronischen Signaturen, neuen Identifikationstechnologien (Stichwort biometrische Verfahren) oder Patientenkarteien auf Chipkarten wird nur erreicht werden können, wenn Benutzer und Betroffene in ihren Erwartungen bezüglich Datenschutz und Wahrung der Privatsphäre nicht enttäuscht werden. Allerdings ist beileibe nicht klar, welche Erwartungen unter welchen Bedingungen von potentiellen Benutzern gehegt werden und welche Konzepte von Privatsphäre in Unternehmen und bei Benutzern dominieren. Die verfügbare Literatur macht hier unterschiedliche Angebote, die jedoch oft empirisch nicht abgesichert sind. Die Befragung von Nutzern mobiler Dienste nach ihrem Verständnis von Privatsphäre, die Befragung von Unternehmen nach den angenommenen Kundenwünschen und die Verhaltensbeobachtung des Konsums mobiler Dienstleistungen in einem Testfeld sollen dazu beitragen, einen Leitfaden für Unternehmen zu entwickeln, anhand dessen Angebote von Unternehmen im Vorfeld auf ihre Kundenakzeptanz hinsichtlich der Wahrung von Privatsphäre evaluiert werden können, um so Kosten sparen und marktdäquate Produkte herstellen zu können. Die Projektseite steht unter: www.phil.euv-frankfurt-o.de/extern/eEconomy/index.html . Das Gesamtprojekt findet sich unter: mib.uni-ffo.de/).

METHODE: In der ersten Phase des Projekts wurde die Literatur zur Privatsphäre dokumentiert. Digitale mobile Endgeräte stellen eine neue Dimension im Hinblick auf Veränderungen der Privatsphäre dar. Aufgrund der neuen Möglichkeiten der Aufzeichnung und Kombination von Daten werden Veränderungen der Privatsphäre sichtbar und damit neue Begriffe notwendig, um die vielfältigen Aspekte von Privatheit in der Informationsgesellschaft zu erfassen und wiederzuspiegeln. Wichtig erscheint es zunächst, analytisch zwischen den Begriffen Datenschutz und Privatsphäre zu trennen, da die Begriffe häufig synonym verwendet werden. Datenschutz kann jedoch nur als ein Teil von Privatsphäre begriffen werden. Um alle Funktionen von Privatsphäre erfassen zu können, muss ein weiterer Begriff zugrunde gelegt werden, der die individuelle, soziale und moralische Reichweite der mobilen Technologien erfassen kann. Privatheit nimmt den Ausgangspunkt bei dem Wissen um die eigene Person und den Möglichkeiten der Datensammlung und -weitergabe. Der Rahmen von Privatheit wird definiert als: Frei von Einmischung zu sein (Warren und Brandeis 1984), Rückzugsmöglichkeit (Westin 1967), Zugangskontrolle über die eigenen Informationen (Allen 1988, Rachels 1975) und Verfügungsgewalt über die eigenen Informationen (Goldman 1999). Privatheit wird zudem als Produkt sozio-historischer Bedingungen (Baker/Shapiro 2003) betrachtet, das unterschiedlich kulturell codiert sein kann (Lundheim/ Sinre 1994). Privatheit setzt sich dabei je nach (sozial-) philosophischem und/oder (sozial-) psychologischem Zugang aus unterschiedlichen Werten und teilweise unverbundenen Beziehungen zusammen. Deutlich werden hierbei verschiedene Dimensionen von Privatheit, die soziale, kulturelle oder moralische Bereiche betreffen. In einer ersten empirischen Untersuchung, die der Evaluation des NutzerInnenverhaltens dienen soll, wird ein Fragebogen unter den Studierenden der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) verteilt. Mit Hilfe eines Fragebogens sollen die Einstellungen beim Mobiltelefonieren erfragt werden. Die Fragen erstrecken sich über das konkrete Verhalten beim Mobiltelefonieren bis zu dahinter liegenden Vorstellungen über die Wahrung der eigenen Privatsphäre. Diese Umfrage findet unter den Studierenden der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) statt. Im Oktober 2004 wurde der Pretest durchgeführt, im November 2004 werden die Fragebögen in den Lehrveranstaltungen der drei Fakultäten verteilt. Von dieser Erhebung erwarten wir uns Auskünfte über die Erwartungen und Haltungen zur Privatsphäre der Studierenden bei der Nutzung von Mobiltelefonen. Damit soll u.a. geprüft werden, inwieweit die zugrunde gelegten Konzepte von Privatheit mit dem tatsächlichen Verhalten übereinstimmen. Möglich erscheint auch ein kultureller Vergleich zwischen polnischen und deutschen sowie ost- und westdeutschen Studierenden. Die Auswertung erfolgt in den kommenden Monaten. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG*: Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 1.000; Studierende; Auswahlverfahren: Zufall). Qualitatives Interview (Stichprobe: 20-30; Experten von Anbietern mobiler Internetdienste. Stichprobe: 20-30; Nutzer von mobilen Internetdiensten). Sekundäranalyse von Aggregatdaten. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Weber, Karsten: Informationelle Grundversorgung und Eingriffsfreiheit. Der Zugang zu Informationen aus Perspektive politischer Philosophie. Habilitationsschrift (in Vorbereitung).+++Ders.: E-Society - Sie werden es erleben ... in: Beyer, Lothar; Frick, Detlev; Gadatsch, Andreas; Maucher, Irene; Paul, Hansjürgen (Hrsg.): Vom E-Business zur E-Society. New Economy

im Wandel. München, Mering: Hampp 2003. *ARBEITSPAPIERE*: Drüeke, Ricarda; Weber, Karsten: Mobiler Wissenszugang: Digital Rights Management vs. Privacy. Beitrag für die ISKO 2004.
ART: *BEGINN*: 2004-06 *ENDE*: 2007-05 *AUFTRAGGEBER*: Bundesministerium für Bildung und Forschung *FINANZIERER*: Auftraggeber
INSTITUTION: Europa-Universität Viadrina, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für philosophische Grundlagen kulturwissenschaftlicher Analyse (Postfach 1786, 15207 Frankfurt an der Oder)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0335-5534-4882, e-mail: drueeke@euv-frankfurt-o.de)

[123-L] Gras, Marianne:

Überwachungsgesellschaft: Herausforderung für das Recht in Europa, in: Leon Hempel, Jörg Metelmann (Hrsg.): Bild - Raum - Kontrolle : Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2005, S. 293-307, ISBN: 3-518-29338-9

INHALT: Die Warnung, dass Überwachungstechnologien unser Leben immer tiefer durchdringen können, wirkt heute überholt. Beim Gang durch das Einkaufsgebiet einer beliebigen europäischen Stadt haben wir uns an den Anblick von Überwachungskameras gewöhnt. Diejenigen, denen diese Entwicklung Sorge bereitet, fragen sich, ob das Recht einer derartigen Durchdringung unseres Lebens, die einen Verlust der Privatsphäre und eine zunehmende Nachvollziehbarkeit unserer Handlungen bedeutet, nicht Grenzen setzt. Eine Antwort auf diese Frage wird im vorliegenden Beitrag mit besonderem Bezug auf die Verbindung von Überwachungsgesellschaft und Kriminaljustizsystem versucht. Die rechtliche Evaluation basiert vor allem auf den Situationen in Deutschland und in England. Durch den Vergleich eines kontinentaleuropäischen Landes mit einem aus der Tradition des Common Law wird versucht, einige allgemeingültige Rechtsprinzipien herauszustellen. Die Ausführungen zeigen, dass die Rede von einer Überwachungsgesellschaft nicht auf einem Big-Brother-Szenario im Orwellschen Sinne beruht. Überwachungstechnologien durchdringen unsere Gesellschaften vorwiegend in Form vieler kleiner, diffuser Anwendungen. Nicht nur staatliche Institutionen, sondern vor allem Privatpersonen sehen in ihnen einen praktischen Nutzen. Auf diese privaten Installationen kann der Staat gegebenenfalls zurückgreifen. Folglich gibt es keinen einzelnen Verantwortlichen, gegen den man eine Beschwerde einreichen beziehungsweise den man vor Gericht für die Überwachung insgesamt verantwortlich machen könnte. Dadurch ist auf diese Weise ein massives Überwachungsnetz von "ungeheuerem Potential" entstanden. Das Grundrechtssystem wurde aber gerade zum Schutz der Bürger vor derartiger Übermacht geschaffen. Die neue Situation fügt sich jedoch in dieses Schutzsystem nicht mehr ohne weiteres ein. (ICA2)

[124-L] Gummer, Andreas:

Fragen des Datenschutzes bei neuen Formen von Programmen und Mediendiensten, in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht : ZUM, Jg. 48/2004, Nr. 7, S. 546-552 (Standort: USB Köln(38)-XD107; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Für den Anwendungsbereich des Rundfunkstaatsvertrages und des BayMG bestehen in Bayern datenschutzrechtliche Regelungen, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen insbesondere der Rundfunkfreiheit und des sich daraus ergebenden Ordnungsprinzips der Staatsferne des Rundfunks entsprechen. Die Entwicklung der Medien und hierbei vor allem die der Übertragungstechnik und der Programmformate lassen ehemals zutreffende Abgrenzungsentscheidungen heute aber zusehends problematischer erscheinen. Aus diesem Grunde wird man sich in der Zukunft verstärkt insbesondere der Frage zuwenden müssen, welchen Beitrag entstehende neue Angebote im Prozess der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung leisten und welche von ihnen deshalb aus Verfassungsgründen eines besonderen Schutzes vor indirekter Einflussnahme durch die Ausgestaltung der Datenschutzaufsicht in der Form einer rundfunkrechtlichen Datenschutzzuständigkeit bedürfen." (Autorenreferat)

[125-L] Hachmeister, Lutz (Hrsg.):

Grundlagen der Medienpolitik: ein Handbuch, München: Dt. Verl.-Anst. 2008, 448 S., ISBN: 978-3-421-04297-2 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4093)

INHALT: "Medienpolitik ist ein Indikator für den Stand der Freiheit in modernen Gesellschaften. Es geht um Macht über Medienunternehmen und um die Vermittlung politischen Denkens und Handelns. Dieses Handbuch gibt in fundierten Artikeln namhafter Publizisten und Wissenschaftler Auskunft über die historischen Grundlagen und theoretischen Modelle sowie die wichtigsten Akteure und Felder heutiger Medienpolitik." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Bernd Gäbler: Affären (23-27); Wolfgang Eichhorn: Agenda-Setting (28-32); Kai Hafez: Al-Dschasira (33-37); Steffen Grimberg: BBC Steffen Grimberg (38-43); Ulrike Sauer: Berlusconi, Silvio (44-47); Dirk Schäfer: Bernays, Edward L. (48-51); Thomas Schuler: Bertelsmann (52-56); Arnulf Kutsch: Bücher, Karl (57-60); Matthias von Hein: China (61-64); Andreas Elter: CNN (65-69); Oliver Castendyk, Monika Menz: Datenschutz (70-74); Claus Leggewie: Demokratie (75-79); Kai Burkhardt: Deutschland (80-85); Horst Pöttker: Diktatur (86-93); Thomas Latschen, Wolfgang Wessels: Europäische Medienpolitik (94-98); Gerti Schön: FCC (99-102); Lutz Hachmeister, Knut Hickethier: Fernsehen (103-111); Christian Wagener: Förderung (112-116); Dirk Leuffen: Frankreich (117-122); Wolfgang Hagen: Gates, Bill (123-126); Lutz Hachmeister: Goebbels, Joseph (127-131); Harald Neymann: Google (132-135); Peter Littger: Großbritannien (136-141); Carsten Brosda: Habermas, Jürgen (142-145); David A. Chipp: Harmsworth, Alfred Charles William (146-150); Kai Burkhardt: Hearst, William Randolph (151-155); Kurt Koszyk: Hugenberg, Alfred (156-159); Gangolf Hübinger: Intellektuelle (160-164); Hans J. Kleinsteuber: Internationale Medienpolitik (165-169); Gisela Schmalz: Internet (170-175); Ralf Siepmann: Japan (176-181); Stephan Weichert: Journalismus (182-189); Klaus Kreimeier: Kino (190-195); Marcel Rosenbach: Kirch, Leo (196-200); Christian Schulte: Kluge, Alexander (201-204); Lutz Hachmeister: Kommunikation (205-213); Jan Tonnemacher, Kai Burkhardt: Kommunikationspolitik (214-219); Lutz Hachmeister, Michael Meyen: Kommunikationswissenschaft (220-226); Herfried Münkler: Krieg (227-230); Thymian Bussemer: Lasswell, Harold D. (231-234); Benno Ennker: Lenin, Wladimir Iljitsch Ul'janov (235-238); Thomas Vesting: Luhmann, Niklas (239-243); Christian Zabel: Markt (244-247); Marcus S. Kleiner, Jörg-Uwe Nieland: Marx, Karl (248-251); Hans J. Kleinsteuber: McLuhan, Herbert Marshall (252-255); Gerhard Vowe: Medien und Politik (256-259); Claudia K. Huber: Medienkonzerne (260-266); Thomas Vesting: Medienrecht (267-271); Nadine Barthel: Murdoch, Keith Rupert (272-276); Siegfried Weichlein: Mussolini, Benito (277-280); Leif Kramp: New York Times (281-285); Lutz Hachmeister, Sabine Sasse: Noelle-Neumann, Elisabeth (286-292); Carsten Brosda: Öffentlichkeit (293-296); Claus Leggewie: Politik (297-300); Kerstin Goldbeck: Presse (301-306); Thymian Bussemer: Propaganda (307-311); Ulrike Röttger: Public Relations (312-316); Kurt Koszyk: Publizistik (317-322); Christian Meier: Pulitzer, Joseph (323-326); Stephan Ruß-Mohl: Qualität (327-332); Ernst Elitz, Claudia K. Huber: Radio (333-337); Otfried Jarren, Patrick Donges: Regulierung (338-342); Johanna Haberer, Daniel Meier: Religion (343-347); Markus Wehner: Russland (348-352); Stefan Krings: Schmitt, Carl (353-356); Peter Burghardt: Slim, Carlos Helu (357-361); Udo Göttlich: Sozialforschung (362-367); Dietrich Leder, Dieter Anschlag: Sport (368-372); Hans-Jürgen Jakobs: Springer, Axel und Friede (373-376); Tobias Gostomzyk, Marion Romes (377-382); Stephan Weichert: Terrorismus (383-387); Jan Linge-mann: Time Warner (388-392); Sophie Mützel: USA (393-398); Julia von Dobeneck: Verbände (399-403); Thomas Petersen: Wahlkampf (404-407); Kai Burkhardt: Weber, Max (408-411); Mirko Derpmann: Werbung (412-417); Diemut Roether: Zensur (418-423); Harald Martenstein: Zola, Emile (424-426).

[126-L] Hempel, Leon; Metelmann, Jörg (Hrsg.):

Bild - Raum - Kontrolle: Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels, (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 1738), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2005, 402 S., ISBN: 3-518-29338-9

INHALT: "Videoüberwachung hat sich in Deutschland als Praxis sozialer Kontrolle etabliert. Von privater wie öffentlicher Seite werden Kameras installiert, deren Präsenz die ständig zunehmende Überwachung der Gesellschaft sichtbar macht. Die Videoüberwachung liefert der medialen Öffentlichkeit ein Bild ihrer selbst und wird zugleich zum Indiz für deren Wandel. Die Praxis und der Symbolcha-

rakter der Überwachungskamera lässt sich aus verschiedenen theoretischen Perspektiven untersuchen, die die Grenzverschiebungen im Selbstverständnis heutiger Gesellschaften unterschiedlich reflektieren: von der Norm zum Risiko, von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft, in der privater und öffentlicher, ziviler und militärischer Sektor miteinander verflochten sind. Es geht dabei nicht mehr um soziale Biographien und Zusammenhänge, sondern um Verhaltensraster, mittels deren Individuen sortiert werden. Der Band vereint Beiträge aus Kultur- und Medienwissenschaft, Kriminologie, Psychologie, Stadt- und Techniksoziologie, Humangeographie, Evaluationsforschung sowie Politik- und vergleichender Rechtswissenschaft. Sein Ziel ist es, eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit den neuen Formen von Überwachung zu schaffen, wie sie sich exemplarisch in der Videoüberwachung manifestieren." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Leon Hempel und Jörg Metelmann: Bild - Raum - Kontrolle. Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels (9-21); Interview mit David Lyon: 'Wir haben gerade erst begonnen'. Überwachen zwischen Klassifikation und Ethik des Antlitzes (22-34); Lutz Ellrich: Gefangen im Bild? 'Big Brother' und die gesellschaftliche Wahrnehmung der Überwachung (35-50); Leon Hempel: A Perfect Marriage. Die Aktivierung des Fernsehzuschauers als Videobeobachter (51-72); Winfried Pauleit: Photographesomenon. Videoüberwachung und bildende Kunst (73-90); Dietmar Kammerer: 'Are you dressed for it?' Der Mythos der Videoüberwachung in der visuellen Kultur (91-105); Heather Cameron: The Next Generation. Visuelle Überwachung im Zeitalter von Datenbanken und Funk-Etiketten (106-121); Wolfgang Ernst: Hinter der Kamera. Speichern und Erkennen (122-140); Georg Franck: Werben und Überwachen. Zur Transformation des städtischen Raums (141-155); Frank Helten: Reaktive Aufmerksamkeit. Videoüberwachung in Berliner Shopping Malls (156-173); Jörg Metelmann: Kontroll-Raum. In der Medienwelt-Sein und die zwei Topologien der Videoüberwachung (174-188); Francisco Klauser: Raum = Energie + Information. Videoüberwachung als Raumeignung (189-203); Vibeke Jørgensen: Der besorgte Blick der Eltern. Sozialpsychologie der Kameraüberwachung in Kindergärten (204-220); Benjamin Goold: Unter dem Auge der Kamera. Closed Circuit Television und Polizeiarbeit (221-234); Manfred Bornwasser: Evaluation der Videoüberwachung: Ein Praxisbericht. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Begleituntersuchung (235-256); Eric Töpfer: Die Kamera als Waffe? Videoüberwachung und der Wandel des 'Krieges' (257-272); Nils Leopold: Rechtskulturbruch. Die Ausbreitung der Videoüberwachung und die unzulängliche Reaktion des Rechts (273-292); Marianne Gras: Überwachungsgesellschaft. Herausforderung für das Recht in Europa (293-307); Susanne Krasmann: Mobilität: Videoüberwachung als Chiffre einer Gouvernementalität der Gegenwart (308-324); Markus Schroer: Sehen, Beobachten, Überwachen. Beitrag zu einer Soziologie der Aufmerksamkeit (325-341); Werner Rammen: Gestörter Blickwechsel durch Videoüberwachung? Ambivalenzen und Asymmetrien soziotechnischer Beobachtungsordnungen (342-359); Clive Norris: Vom Persönlichen zum Digitalen. Videoüberwachung, das Panopticon und die technologische Verbindung von Verdacht und gesellschaftlicher Kontrolle (360-401).

[127-L] Hempel, Leon; Metelmann, Jörg:

Bild - Raum - Kontrolle: Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels, in: Leon Hempel, Jörg Metelmann (Hrsg.): Bild - Raum - Kontrolle : Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2005, S. 9-21, ISBN: 3-518-29338-9

INHALT: Das "Recht auf informationelle Selbstbestimmung" lautet: "Alle Menschen haben das Grundrecht, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen, ohne dass ihr Verhalten durch Kameras aufgezeichnet wird." Der gesellschaftliche Konsens über dieses "Grundrecht" scheint jedoch zu erodieren. Seit den neunziger Jahren lässt sich eine massive Verbreitung von Videoüberwachung feststellen, vor allem in Großbritannien, dem auf dem Gebiet visueller Überwachungstechnik unangefochtenen Vorreiter. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass die Videoüberwachung in ihrer aktuellen Beschaffenheit zwei Gesichter hat: ein sichtbares in Form der Kamera, ein verborgenes in Form der Datenbank. Hier verbinden sich idealtypisch alte und neue Formen der Überwachung bzw. sozialen Kontrolle. Die Autoren warnen weiterhin davor, die Videoüberwachung als bloßes Instrument der Verbrechensbekämpfung zu missverstehen. In unserer Lebenswelt treffen Überwachung und Unterhaltung zusammen, und dies führt zusehends zur Ununterscheidbarkeit von Totalisierung und Individualisierung. (ICA2)

[128-L] Hörner, Steffen:

Datenschutz und Kriminalitätsprävention in Südafrika: ein Vergleich mit Deutschland am Beispiel der Einführung der Videoüberwachung öffentlicher Plätze, in: KAS-Auslands-Informationen, 2004, Nr. 11, S. 62-88 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_db_dokument_dok_pdf_5813_1.pdf)

INHALT: "1996 erhielt Südafrika seine neue Verfassung, die auch die Grundlage für das Rechtssystem des Landes darstellt. In der Verbrechensbekämpfung verfolgten Politik und Polizei, auch als Konsequenz aus dem überwundenen Apartheidsystem, zunächst einen liberalen, menschenrechtsorientierten Ansatz. Als sich dieser angesichts ausufernder Kriminalitätsraten jedoch nicht bewährte, kam es zu einem Politikwechsel, für den auch der Eingriff in die Grundrechte kein Tabu war. Visible policing und die Videoüberwachung öffentlicher Plätze wurden eingeführt. Proteste seitens der Bevölkerung blieben aus, Verweise auf das Recht auf Schutz der Privatsphäre gab es nicht. Anders ist die Lage in der Bundesrepublik, wo 1981 anlässlich der geplanten Volkszählung sich eine Diskussion um den gläsernen Menschen erhob, und das BVG das informationelle Selbstbestimmungsrecht ins Leben rief. In der Tat ist die Situation in beiden Ländern verschieden. In Deutschland garantiert das Bundesdatenschutzgesetz ein höchstmögliches Maß an Privatsphärenschutz. In Südafrika dagegen ist mit Blick auf die extrem hohe Kriminalität ein tieferer Eingriff in die Privatsphäre sinnvoll - ein Eingriff, der indes noch der soliden rechtlichen Basis bedarf." (Autorenreferat)

[129-CSA] Kim, Yule:

Border Searches of Laptops and Other Electronic Storage Devices., in: 8p CRS Report for Congress, Order Code RL34404, 2008, Congressional Research Reports for the People

INHALT: The Fourth Amendment generally requires a warrant to support most searches and seizures conducted by the government, but there are many exceptions to this general presumption, one of which is the border search exception. Several federal courts have recently applied the border search exception to situations in which customs officials conducted searches of laptops and other electronic storage devices at the border, with some federal appellate courts not requiring any degree of suspicion to justify a search, and one federal district court stating categorically that all laptop searches conducted at the border require at least reasonable suspicion of wrongdoing.

[130-L] Kitz, Volker:

Das neue Recht der elektronischen Medien in Deutschland: sein Charme, seine Fallstricke, in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht : ZUM, Jg. 51/2007, Nr. 5, S. 368-375 (Standort: USB Köln(38)-XD107; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Am 1.3.2007 ist ein Recht für "Telemedien" in Kraft getreten. Es löst das alte System der Tele- und Mediendienste ab - um den Preis neuer Abgrenzungsprobleme und Ungereimtheiten. Änderungen finden sich vor allem bei den Informationspflichten und beim Datenschutz. Hingegen bleiben drängende Fragen im Recht der Verantwortlichkeit von Diensteanbietern ungeregelt. (KB)

[131-L] Kitz, Volker:

Paragraph 101 a UrhG: Für eine Rückkehr zur Dogmatik: zugleich Anmerkung zu LG Hamburg 308 O 264/04 und LG Köln O 301/04, in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht : ZUM, Jg. 49/2005, Nr. 4, S. 298-303 (Standort: USB Köln(38)-XD107; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Was soll der Internetnutzer nun tun, wenn der Rechteinhaber aufgrund eines unrichtigen Urteils seine Identität und Nutzungsdaten bekommen hat und ihn verklagt? Er kann sich auf ein Beweisverwertungsverbot berufen; ohne die Auskunft des Zugangsvermittlers wird der Rechteinhaber nur schwer nachweisen können, dass der Beklagte zu einem bestimmten Zeitpunkt online war. Ist ein Beweismittel nämlich unter Verstoß gegen ein verfassungsrechtlich geschütztes Individualrecht erlangt, so liegt in seiner Verwertung grundsätzlich ein unzulässiger Eingriff in Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG, der nur ausnahmsweise aufgrund einer Einzelfallabwägung gerechtfertigt sein

kann. Ein solches Individualrecht ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das in unserem Land - noch eine hohe Bedeutung genießt. Spätestens dann, wenn genügend Gerichte die Unverwertbarkeit eines solcherart erlangten Beweismittels festgestellt und damit Rechtssicherheit geschaffen haben, kommt zu den oben beschriebenen Einwendungen gegen einen Anspruch aus Paragr. 101 UrhG analog eine weitere hinzu, diesmal eine rechtshemmende: Es wäre unzulässige Rechtsausübung gemäß Paragr. 242 BGB, eine Auskunft als Beweismittel für einen späteren Prozess zu verlangen, die dort aber einem Beweisverwertungsverbot unterliegt. Die Gerichte müssten dann abwarten und die Zukunft der Auskunft wieder dem Gesetzgeber überlassen. Der aber sollte handeln, bevor ihn die ganz offensichtlich von der Notwendigkeit getriebene tatsächliche Entwicklung überholt. Schafft er eine eigene Anspruchsgrundlage, darf er nicht versäumen, Paragr. 8 Abs. 2 Satz 2 TDG und die Regeln zu Datenschutz und Fernmeldegeheimnis entsprechend anzupassen. Die Möglichkeit hierzu bietet sich bei der anstehenden Vereinheitlichung des Rechtsrahmens für Tele- und Mediendienste, die u.a. TDG und TDDSG zusammenführen (...) soll." (Textauszug)

[132-L] Leopold, Nils:

Rechtskulturbruch: die Ausbreitung der Videoüberwachung und die unzulängliche Reaktion des Rechts, in: Leon Hempel, Jörg Metelmann (Hrsg.): Bild - Raum - Kontrolle : Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2005, S. 273-292, ISBN: 3-518-29338-9

INHALT: Seit längerem und nahezu einhellig wird eine Rechtsgrundlage für die zunehmende private Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume gefordert. Hintergrund dieser vor allem von Bürgerrechtlern und Datenschützern erhobenen Forderung ist die Sorge um eine sich schnell ausbreitende Videoüberwachung und die Hoffnung auf ein effektives gesetzgeberisches Einschreiten. Unter der rot-grünen Bundesregierung kam es tatsächlich im Zuge der Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes zur geforderten gesetzlichen Regelung. Herausgekommen ist im politischen Kompromiss mit den Oppositionsparteien jedoch eine Norm, die schlicht als "programmiertes Vollzugsdefizit" bezeichnet werden kann. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass und wie bei dieser Gemengelage unterschiedlicher Anforderungen und Interessen im Politikfeld der sogenannten inneren Sicherheit heute zunehmend mit symbolischen Ersatzhandlungen re(a)giert wird. Zumeist führen diese im Ergebnis zu einer Ausweitung staatlicher Eingriffsbefugnisse, während bei den Grund- bzw. Bürgerrechten erhebliche Einschränkungen in Kauf genommen werden müssen. Bei zahlreichen Maßnahmen bleibt deren Eignung zur Erreichung des allgemeinen Ziels von mehr Sicherheit überaus fraglich und empirisch kaum belegbar. Die unklare Gesetzeslage führt z. B. auch dazu, dass selbst Bundesministerien heute gar keine oder kaum wahrnehmbare Hinweisschilder auf die Kameraüberwachungen in öffentlich zugänglichen Bereichen aufweisen. De facto wird damit den Betroffenen die Freiheit genommen, rechtzeitig entscheiden zu können, ob sie sich tatsächlich einer Videoüberwachung aussetzen möchten. (ICA2)

[133-L] Lyon, David (Interviewer):

"Wir haben gerade erst begonnen": Überwachen zwischen Klassifikation und Ethik des Antlitzes, in: Leon Hempel, Jörg Metelmann (Hrsg.): Bild - Raum - Kontrolle : Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2005, S. 22-32, ISBN: 3-518-29338-9

INHALT: Seit Beginn der neunziger Jahre hat sich auf internationaler Ebene ein Überwachungsdiskurs etabliert, zu dem David Lyon (der Befragte im vorliegenden Interview) mit Büchern, Artikeln und einem E-Journal, "Surveillance and Society", entscheidend beigetragen hat. Lyon macht deutlich, wie sich das Feld der "Surveillance Studies" in den letzten Jahren und mit welchen Schwerpunkten entwickelt hat, und vor welchen Fragen und Herausforderungen es gegenwärtig steht. Lyon verortet Überwachung in einem Spannungsfeld von Sorge und Kontrolle. Überwachung ist daher immer zweischneidig, hat viele Aspekte und ist nicht notwendigerweise nur bedrohlich. Die verschiedenen Erwartungen in verschiedenen Kontexten sind ein Grund dafür, warum Überwachungsstudien vergleichend und stets multidisziplinär angelegt sein sollten. Das Technische z. B. der Videoüberwachung ist dabei nicht selbst autonom oder neutral. Es ist ein soziokulturelles Produkt. Es gilt daher, angemessene Wege finden, die zunehmende Abhängigkeit und Wechselwirkung zwischen Menschen

und Technologie zu erfassen. Im Englischen deuten Worte wie "human machines" und "cyborgs" in diese Richtung. (ICA2)

[134-L] Merten, Maximilian:

Rundfunkfreiheit und Datenschutz: die Funktion und Bedeutung der Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz, in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht : ZUM, Jg. 48/2004, Nr. 7, S. 532-536 (Standort: USB Köln(38)-XD107; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Thesen zur Beziehung von Rundfunkfreiheit und Datenschutz: 1. Der Art. 5 Abs. 1 GG zuzuordnende Begriff der 'Rundfunkfreiheit' beinhaltet kein klassisches konstitutionelles Freiheitsrecht, sondern gewährleistet die Integrität der Veranstaltung und Verbreitung von Rundfunk. 2. 'Datenschutz' als Recht des Bürgers auf - seine informationelle - Selbstbestimmung ist ein bewahrendes Grundrecht, jedoch kein Freiheitsrecht. 3. Die verfassungsrechtlich als Freiheitsrecht gewährleistete Integrität von Rundfunk gebietet es, die Sicherung des Grundrechts (auf) 'Datenschutz' autonom zu gestalten, soweit Rundfunk selbst Kontrollgegenstand des Datenschutzes ist. 4. Die verfassungsrechtliche Einheit 'Rundfunk', die die programmliche und finanzielle Autonomie der Veranstaltung von Rundfunk umfasst, erfordert eine autonome Sicherung der Grundrechts 'Datenschutz' umfassend für den gesamten Geschehensablauf 'Rundfunk'. Eine Beschränkung des autonomen Datenschutzes im Rundfunkbereich lediglich auf bestimmte Bereiche des Geschehensablaufs 'Rundfunk' - etwa nur für die redaktionelle journalistische Ebene - verletzt die Integrität des 'Rundfunks' an sich, die Rundfunkfreiheit wird reduziert. 5. Die Unabhängigkeit und Autonomie der Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz im öffentlich-rechtlichen Bereich manifestiert die verfassungskonforme Integration des Datenschutzes in den Rundfunk. 6. Die vielfältige Gestaltung der Funktion von Beauftragten für den Datenschutz im Bereich des öffentlichrechtlichen Rundfunks spiegelt föderalistische Denkansätze und Strukturen wider. 7. Die Beauftragten für den Datenschutz der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erfüllen regelmäßig die Voraussetzungen für eigenständige Datenschutz-Kontrollstellen nach Art. 28 der EU-Datenschutzrichtlinie 95/46." (Autorenreferat)

[135-L] Smallman, David B.:

Hohe Geldstrafen und Gefängnis, in: message : internationale Fachzeitschrift für Journalismus, 2005, Nr. 3, S. 82-85

INHALT: "Für US-Behörden ist der Zugriff auf journalistische Quellen heute so leicht wie nie. Journalisten drohen harte Sanktionen, Abgeordnete fordern neue Schutzgesetze." Nach einem kurzen Abriss über historische Wurzeln des Quellenschutzes in den USA erinnert der Autor an einige konkrete Fälle durch die das Gesetz 'Privacy Protection Act' aufgeweicht und "bis zur Wirkungslosigkeit entschärft" wurde. Gesetze wie der 'Patriot Act' bieten den staatlichen Ermittlern immer subtilere Mittel, um vertrauliche Quellen und Informanten von Journalisten aufzudecken. (PT)

[136-L] Wanckel, Endress:

Wenn Behörden mauern, in: message : internationale Fachzeitschrift für Journalismus, 2006, Nr. 3, S. 90-93

INHALT: Die Pressegesetze der Bundesländer sehen ausdrücklich gesetzliche Auskunftsansprüche der Presse bei Behörden und staatlichen Institutionen vor. Allerdings gibt es einen Katalog von vage formulierten Ausnahmefällen, in denen die Verwaltung die Auskunft verweigern darf. Mögliche Begründungen sind Gefährdung schwebender Verfahren, Datenschutz und schutzwürdige Privat- und Geschäftsinteressen. Nach den neuen Informationsgesetzen IFG wird jedem Bürger das Recht gegeben, Informationen von öffentlichen Stellen zu bekommen, auch dort können die Informationen zugunsten schützenswerter Informationen Dritter verweigert werden. Die Informationsgesetze sind zur Zeit erst in vier Bundesländern in Kraft. Die Bürger müssen ihren Auskunftsanspruch nicht begründen, müssen allerdings nicht unerhebliche Gebühren bezahlen. (PT)

[137-L] Zimmer, Till:

Medienfreiheit und Datenschutz: Bericht über die gleichnamige Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht, veranstaltet am 2. April 2004, in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht : ZUM, Jg. 48/2004, Nr. 7, S. 553-555 (Standort: USB Köln(38)-XD107; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht vom 2. April 2004 zum Thema "Medienfreiheit und Datenschutz" konzentrierte sich auf den Widerspruch zwischen der grundgesetzlich garantierten Rundfunkfreiheit einerseits und dem Recht des Individuums auf informationelle Selbstbestimmung, die sich im Datenschutzrecht niederschlägt. Die journalistische Tätigkeit verträgt sich nicht mit den allgemeinen Bestimmungen des Datenschutzes, weshalb sie auch davon ausgenommen worden ist. Auch ist die Verpflichtung der Rundfunkanstalten zur Information der Bevölkerung höher anzusiedeln als das individuelle Recht auf Datenschutz. Dieses Medienprivileg bedeutet allerdings nicht die Aufhebung des Datenschutzes in den Rundfunkanstalten. Das Datengeheimnis und die Datensicherheit müssen auch in Medienunternehmen geschützt sein. Zur Abwägung etwaiger Grenzfälle haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eigene Datenschutzbeauftragte ernannt, die nicht weisungsgebunden sind und Einblick in alle datenschutzrechtlichen Informationen erhalten. (KB)

[138-L] Zombik, Peter:

Der Kampf gegen Musikdiebstahl im Internet: Rechtsdurchsetzung zwischen Bagatellschwelle und Datenschutz, in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht : ZUM, Jg. 50/2006, Nr. 6, S. 450-456 (Standort: USB Köln(38)-XD107; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die ins nationale Recht umzusetzende "Vorratsdatenspeicherungs-Richtlinie" der EU soll gewährleisten, dass die Rechte des geistigen Eigentums in der EU gleichmäßig durchsetzbar werden. Rechteinhabern sollen wirksame Instrumente gegeben werden, um sich einfach und effektiv gegen Rechtsverletzungen zu wehren. Der deutsche Umsetzungsentwurf lässt allerdings Zweifel aufkommen, ob die Rechtsverfolgung tatsächlich erleichtert wird. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass gerade im Hinblick auf die massenhafte Rechtsverletzung im Internet die Situation verschlechtert wird. (KB)

5 Informationsgesellschaft

[139-CSA] Batcheller, Archer L.; Clarkson, Gavin; Jacobsen, Trond E.:

Information asymmetry and information sharing, in: Government Information Quarterly 2007, 24, 4, 827-839., 2007, ISSN: 0740-624X

INHALT: Although much digital divide research focuses on access to technology, another cause of the divide is the lack of information awareness that we call information asymmetry. Information asymmetry often stems from inadequate information sharing and can result in negative consequences for both the information poor and the information rich. Information asymmetry has been insufficiently studied as a possible cause of underdevelopment and inequality. In response, we develop a typology to classify information asymmetry into two categories, horizontal and vertical, and then identify those information sharing practices that cause the imbalance. To illustrate the negative consequences of information asymmetry and the potential benefits of information sharing, we discuss two examples from the experiences of modern American Indian tribes. First, Indian tribes face horizontal information asymmetry when they attempt to access the capital markets, and second, they face vertical information asymmetry in terms of law enforcement data sharing. This article also describes our ongoing examination of horizontal information sharing among tribes and vertical information sharing between tribes and others sovereigns in the American polity as possible solutions to the problems created by information asymmetry. These strategic responses are embodied in two information systems, the Tribal Financial Information Clearinghouse and an Intergovernmental Tracking System for sharing law

enforcement data. We conclude with a discussion of how our typology can be more generally applied to other instances of information asymmetry.

[140-CSA] Center for Democracy and Technology:

IRS Proposal Could Impact Millions of Internet Users., in: 3p Policy Post 13.7, 2007, Center for Democracy and Technology

INHALT: Argues that the IRS proposal to seek legislation requiring brokers of personal property to collect personal data on their customers and share it with the Internal Revenue Service is disturbing on many levels -- not least in that it calls for the collection, storage and transmission of large amounts of sensitive personal information at a time when Internet users are increasingly concerned about identity theft; and when public- and private-sector data breaches have become routine.

[141-L] Fiedler, Herbert:

Die Utopie einer libertären Informationsgesellschaft und die Zukunft des Staates, in: Sayeed Klewitz-Hommelsen, Hinrich Bonin (Hrsg.): Die Zeit nach dem E-Government, Münster: Lit Verl., 2005, S. 67-75, ISBN: 3-8258-8188-1 (Standort: UB Duisburg/Essen(464)-QRJ9984+1)

INHALT: Der Autor versteht unter "Cyberspace" die Utopie einer Informationsgesellschaft, die auf optimistischen Einschätzungen für die weitere technische Entwicklung in der Zukunft beruht. Er skizziert verschiedene Aspekte und Problemansichten der Utopie des Cyberspace sowie die Beziehungen zwischen einem libertär verstandenen Cyberspace und einem künftigen Staatswesen. Er betrachtet die Wirkungen und Folgen einer libertären Leitkultur des Cyberspace für die gegenwärtige Rechtspolitik insbesondere vor dem Hintergrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 und betont, dass trotz der Dominanz libertärer Tendenzen auch heute noch Optionen für die Fortexistenz eines Rechtsstaates offen stehen und trotz des Rechts auf eine informationelle Verantwortungsfreiheit des Einzelnen auch ergriffen werden sollten. Seine kursorischen Anmerkungen münden in der These, dass die Implementierung eines faktisch verantwortungsfreien Raums durch Garantien von Anonymität, Unbeobachtbarkeit und Spurlosigkeit nicht im Interesse der Bürger liegen kann. (ICI2)

[142-L] Greif, Hajo; Mitrea, Oana; Werner, Matthias (Hrsg.):

Information und Gesellschaft: Technologien einer sozialen Beziehung, (VS research), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 264 S., ISBN: 978-3-8350-7007-3

INHALT: "Informations- und Kommunikationstechnologien sind Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Sie sind nicht nur ein fester Bestandteil der täglichen Lebens- und Arbeitswelt, sondern strukturieren bereits den Weltzugang gesellschaftlicher Akteure, indem sie Form, Inhalt und Verfügbarkeit von Informationen über deren Umwelt prägen. Dieser Umstand fordert dazu heraus, eine Perspektive einzunehmen, welche die Trennung zwischen den Sphären der Technikentwicklung und Techniknutzung überwindet. Vor diesem Hintergrund stellen Technik- und Sozialwissenschaftlerinnen ihre theoretischen und empirischen Beiträge zur Beziehung zwischen Information und Gesellschaft vor." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Arno Bammé, Wilhelm Berger, Ernst Kotzmann: Vergesellschaftung durch Information (23-40); Laszlo Böszörményi: Die Henne, modernes Bewusstsein, das Ei moderne Technik? (41-48); Hajo Greif, Oana Mitrea, Matthias Werner: Information und technologische Handlungsfähigkeit (49-72); Antonia L. Krummheuer: Die Herausforderung künstlicher Handlungsträgerschaft. Frotzelattacken in hybriden Austauschprozessen von Menschen und virtuellen Agenten (73-98); Doris Hattenberger: Recht auf Privatsphäre. Rechtliche, insbesondere datenschutzrechtliche Überlegungen vor dem Hintergrund wachsender Informationsbedürfnisse (99-128); Patrick Horster, Peter Schartner: Szenarien, die die Welt verändern (129-160); Rudolf Melcher, Martin Hitz, Gerhard Leitner, David Ahlström: Der Einfluss von Ubiquitous Computing auf Benutzungsschnittstellenparadigmen (161-184); Christina Schachtner: Emotionalität und Rationalität im digitalen Zeitalter. Eine Auseinandersetzung mit der Position von Eva Illouz (185-206); Monika Kastner: Computer als Lernmedium und Lerngegenstand in der Grundbildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Frauen (207-224); Karin Kornprath: Ist das Konzept des Blended Learning eine zufriede-

denstellende pädagogische Antwort auf didaktische Defizite des E-Learning? (225-238); Peter Antonitsch, Larissa Krainer, Ruth Lerchster, Martina Ukowitz: IT-Frust statt Lust? Zur Studienwahl von Jugendlichen aus Sicht von Schülerinnen, Eltern, Lehrenden und Praktikern (239-264).

[143-L] Kreowski, Hans-Jörg (Hrsg.):

Informatik und Gesellschaft: Verflechtungen und Perspektiven, (Kritische Informatik, Bd. 4), Berlin: Lit Verl. 2008, VII, 273 S., ISBN: 978-3-8258-8768-1 (Standort: UB Köln(38)-35A5622)

INHALT: "Die Beiträge dieses Bandes behandeln das Thema Informatik und Gesellschaft in ihren Verflechtungen und Perspektiven teils in großer Allgemeinheit, teils mit der Betonung spezifischer Aspekte wie Menschenrechte in der Informationsgesellschaft, Datenschutz, Videoüberwachung, geistiges Eigentum, Internet, Computer als Medium, Theorie der Informatik und gesellschaftliche Verantwortung." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Arno Rolf: Informatik & Gesellschaft - Ein Orientierungsrahmen (1-28); Hans-Jörg Kreowski: Braucht die Informatik eine kritische Auseinandersetzung mit ihren Folgen? Ein Plädoyer für das Forum Informatikerinnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIF) (29-36); Rikke Frank Jorgensen: Human Rights in the Information Society Context (37-44); Marie-Theres Tinnefeld: Datenschutz - Lotse in der Informationsflut: Forum für eine Kultur des Dialogs (45-60); Eric Töpfer: Videoüberwachung in Europa: Entwicklung, Perspektiven und Probleme (61-82); Volker Grassmuck: Of Price Discrimination, Rootkits and Flattrates (83-102); Marie-Theres Tinnefeld: Vom archimedischen Punkt in einer Zivilgesellschaft (103-120); Hans Dieter Hellige: Die Geschichte des Internet als Lernprozess (121-170); Bernard Robben: Der Computer als Medium - Notation für Übersetzungen (171-186); Dagmar Boedicker: Nur aus Schaden wird man klug (187-198); Dirk Siefkes: Theorie der Informatik und Verantwortung von Informatikern: Wie sich informatische und kulturelle Entwicklung in Informatikmustern mischt (199-224); Eckhard Kanzow: Zu lebenden und nichtlebenden Systemen braucht die Infomedizin die Informatik? (225-238); Hans-Jörg Kreowski, Ralf Streibl: 20/20 Vision ist voller Durchblick. Eine Anhörung zur Frage, wofür die Gesellschaft in Zukunft die Informatik braucht (239-254); Hans-Jörg Kreowski: Honoris Causa (255-266).

[144-L] Kündig, Albert; Bütschi, Danielle (Hrsg.):

Die Verselbständigung des Computers, Zürich: vdf Hochschulverl. an der ETH Zürich 2008, XII, 180 S., ISBN: 978-3-7281-3173-7

INHALT: "Computer dringen in immer mehr Lebens- und Wirtschaftsbereiche ein, und sie agieren zunehmend selbständiger. Tiefgreifende Auswirkungen für die Gesellschaft und die Wirtschaft sind die Folge. Eine neue Qualität der Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine macht nicht nur ein Überdenken von Rechtsnormen notwendig, sie provoziert auch grundsätzliche Fragen zur Rolle des Menschen in einer technisierten Lebenswelt" (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Danielle Bütschi und Albert Kündig: Einführung; Albert Kündig: Selbständige Computer: Um was geht es? (1-8); Ingo Schulz-Schaeffer: Formen und Dimensionen der Verselbständigung (9-28); Friedemann Mattern und Marc Langheinrich: Eingebettete, vernetzte und autonom handelnde Computersysteme - Szenarien und Visionen (29-54); Albert Kündig: Triebkräfte und Auswirkungen (55-76); Beat F. Schmid: Digitalisierte Wirtschaft: Praktisch kein Stein bleibt auf dem andern (77-98); Bruno Baeriswyl: Die Verselbständigung des Computers - datenschutzrechtliche Aspekte (117-130); David Rosenthal: Autonome Informatiksysteme: Wie steht es mit der Haftung? (131-144); Albert Kündig und Felix Weber: Empfehlungen (145-154); Albert Kündig und Danielle Bütschi: Schlussfolgerungen (155-158).

[145-CSA] Ponschock, Richard L.:

Computer technology, digital transactions, and legal discovery: A phenomenological study of possible paradoxes, in: Dissertation Abstracts International, A: The Humanities and Social Sciences 2007, 67, 12, Jun, 4371., 2007, ISSN: 0419-4209

INHALT: Computer technology provides numerous conveniences while societal dependency is increasing. As computer technology becomes engrained into daily routines, tremendous amounts personal

information are being digitized, stored, and in many cases distributed or sold to organizations for secondary uses. This phenomenological research study examined possible infringements of Fourth Amendment rights on individuals when personal digital transactions generated as part of their daily lives are mined for purposes other than the creator's original intent. While society is becoming dependent on electronic media not only for mundane tasks such as paying bills or receiving loyalty discounts, it may be jeopardizing personalized segments of socialization and networking. The study found that the secondary uses of personal data for purposes other than the intent of the originating transaction are escalating. These subsequent uses have an impact on individual privacy. The study concluded that the Fourth Amendment only protects United States citizens from illegal search and seizure by the government and does not protect personal data from a third party. Current laws and court rulings do not view personal information as belonging to an individual. The study also determined that a social paradigm shift is occurring in the way the youth of the 21st century communicate and are now being socialized. Social networking using MYSpace and blogging internet sites is replacing the street corner and playground discussions of the past. The permanency of digital information is expansive as the digital comments and diaries of today can last through the life of their originator. Any digital record can confront its author again as an e-discovery document in a court of law.

[146-L] Tuschl, Ronald H.:

Informations- oder Kontrollgesellschaft?: der 2. Weltgipfel zur Informationsgesellschaft, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung -ÖSFK- (Hrsg.): Europa und die Dynamik der globalen Krise : Friedensbericht 2006 ; Ergebnisse der State-of-Peace-Konferenz 2006, Münster: agenda Verl., 2006, S. 227-240, ISBN: 978-3-89688-289-9 (Standort: UB Frankfurt am Main(30)-13/475/71)

INHALT: Der "World Summit on the Information Society" (WSIS) ist ein von den Vereinten Nationen gesponserter Weltgipfel zu den Themen Information und Kommunikation. Nach einem Beschluss der Vereinten Nationen wurde dieser von der International Telecommunication Union (ITU) durchgeführt und besteht aus zwei Teilen. Zum zweiten, vom 16. bis 18. November 2005 in Tunis veranstalteten Teil wurden etwa 17.000 Delegierte aus 175 Ländern erwartet. Die Diskussionsthemen auf den WSIS-Gipfelkonferenzen waren das gemeinsame Verständnis der Informationsgesellschaft, der Aufbau der benötigten technischen Infrastruktur, die Errichtung und Erweiterung von universellem und gleichem Zugang zu Informationen und Wissen, die digitale Spaltung zwischen dem Norden und Süden, arm und reich, Geschlechtern sowie Generationen (Digital Divide) und der Erhalt sprachlicher und kultureller Vielfalt. Der Beitrag diskutiert die auf der WSIS II-Konferenz behandelten Themen: Der erste Bereich - das so genannte Political Chapeau - setzte sich zum Ziel, dass das Internet des 21. Jahrhundert primär den Menschen zu dienen habe und bis zum Jahre 2015 die Hälfte der Weltbevölkerung online sein soll. Der zweite beschäftigte sich mit diversen Finanzierungsmaßnahmen und rechtlich-politischen Rahmenbedingungen, darunter auch der im März 2005 gegründete "Digitale Solidaritätsfond" (DSF). Der dritte, wohl heikelste Bereich war die Zukunft der "Internet Governance", d.h. die Frage, wer zukünftig die Internet-Kernressourcen verwalten und kontrollieren darf. Der vierte und letzte Bereich betraf das Follow Up von WSIS II. (ICA2)

[147-CSA] Tverdek, Edward:

Data mining and the privatization of accountability., in: Public Affairs Quarterly 20 no 1 67-94, 2006, ISSN: 0887-0373

INHALT: Contends that, despite the perceived threat of government data mining, the notion that so-called coercive government uses of personal data is more problematic than consensual commercial uses is short-sighted.

[148-CSA] Wadsworth, Michael; Singleton, Peter:

Consent for the Use of Personal Medical Data in Research, in: BMJ (British Medical Journal) 2006, 333, 7561, 29 Jul, 255-258., 2006, ISSN: 0959-535X

INHALT: This article deals mainly with the secondary use of medical records in research; primary use may have been for a clinical trial or for medical treatment. Well known examples of successful secondary use of data are discovery of the links between antidepressants and suicide and between tranquilisers and road accidents. These insights are important, even if they are not conclusive and may need to be confirmed by specific studies or trials. Explicit consent is needed for all aspects of clinical trials, including the retention of medical records, either as identifiable data or in anonymised form. Consent is usually for that trial only. Difficulties can arise over re-use of data, either for new questions that arise within the study, or for questions that could be considered once the data have been gathered but were not anticipated at the outset when consent was gained. In terms of efficiency and consistency of results, it is preferable to re-use data rather than re-collect it. Projects should therefore allow participants to choose at the outset whether data (and possibly tissues) can be retained for future research in a secure and confidential form.

[149-CSA] Wheeler, Robert; Lucassen, Anneke; Parker, Michael:

Implications of Data Protection Legislation for Family History, , in: BMJ (British Medical Journal) 2006, 332, 7536, 4 Feb, 299-301., 2006, ISSN: 0959-535X

INHALT: Family history is important in many areas of medicine, but particularly clinical genetics. The family tree is an important clinical tool for answering questions about a patient's risk of developing a genetic disorder and appropriate management. Such records contain sensitive information, including family relationships, the health status of family members, and dates of birth, marriages, and pregnancies. The names and contact details of family members may also be recorded to facilitate further investigation. Information about family members is usually gathered from individual patients and recorded without relatives' consent or knowledge. The tacit assumption has been that such data are in the public domain because they have been shared within the family and that explicit consent is therefore not required. The Data Protection Act 1998 and an increasing cultural focus on consent and confidentiality, however, question this assumption.

[150-CSA] Winn, Peter A:

The Guilty Eye: Unauthorized Access, Trespass and Privacy., , in: The Business Lawyer 62 no 4 1395-1437, 2007, ISSN: 0007-6899

INHALT: Statutes forbidding unauthorized access to computers have become a mainstay of the legal protections governing networked computer systems, both in the United States and throughout the world. Courts have interpreted the concept of unauthorized access in the light of the common law of trespass, taking its meaning beyond the simple idea of computer hacking, and using it to protect computer-based information in general. This process has been very controversial; it is perceived to be creating a new property right in electronic information. This Article contends that the debate about the so-called 'new property' in electronic information has overlooked the flexibility in common law trespass, which maintains a natural balance between over-protection and under-protection of any given resource. While the writ of trespass has traditionally protected property and privacy rights, resource users who conform to objective standards of reasonableness have rarely been held liable for trespass. The balance inherent in common law trespass is illustrated by the famous two-part 'reasonable expectation of privacy' test, used to decide Fourth Amendment search and seizure cases. This Article proposes a similar test should be used when deciding computer trespass cases, formulated as follows: First, the access must take place without the (subjective) permission of the rights-holder. Second, the access objected to must be of a kind that a reasonable person (objectively) would expect to be unauthorized. Use of this test allows for a doctrine of computer trespass which protects property and privacy interests in electronic information, while still being flexible and dynamic enough to permit the free flow of ideas and information in open computer networks like the internet.

[151-L] Woesler, Martin (Hrsg.):

Ethik der Informationsgesellschaft: Privatheit und Datenschutz, Nachhaltigkeit, Human-, Sozial- und Naturverträglichkeit, Interessen- und Wertekonflikte, Urheber- und Menschenrechte, (Denkschriften, Bd. 2), Bochum: Bochumer Univ.-Verl. 2006, 140 S., ISBN: 3-89966-164-8

INHALT: "Das eigentlich wertneutrale Medium Internet bringt als exponiertestes Instrument des menschlichen Geistes die menschliche Zivilisation schneller, direkter und effektiver voran als alle Erfindungen zuvor. Das Internet hat Grenzen eingerissen, Gesellschaften transformiert und eine virtuelle Parallelwelt geschaffen, in der alles möglich scheint. Diese neue Form mit Inhalt zu erfüllen, ist Aufgabe menschlicher Kreativität. Das Potential, auch das zerstörerische zu erkennen, ist Aufgabe eines wachsamem Bewusstseins. Diese neue Dimension der Macht zu kontrollieren, ist Aufgabe der Ethik. Das Thema 'Ethik und Informationsgesellschaft' wird in diesem Sammelband aus folgenden Perspektiven beleuchtet: Privatheit und Datenschutz, Nachhaltigkeit, Human-, Sozial- und Naturverträglichkeit, Interessen- und Wertekonflikte, Urheber- und Menschenrechte." (Autorenreferat) Inhaltsverzeichnis: Peter Brödner: Das schwierige Verhältnis von Computer und Arbeit (9-40); Ralf Isenmann: Nachhaltigkeit - Zur Ethik einer human-, sozial- und naturverträglichen Informationsgesellschaft (41-60); Michael Nagenborg: Datenschutz und der Verlust der Bedeutungslosigkeit (61-71); Raymund Werle: Der Schutz geistigen Eigentums in der Medien- und Softwareindustrie im Interessen- und Wertkonflikt (73-104); Martin Woesler: Die Rolle des Internets für die Menschenrechte (105-140).

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanziierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Alda, Holger 1
Alfter, Brigitte 116
Allen, Martin 83
Allmendinger, Jutta 2

B

Bachteler, Tobias 38
Banse, Gerhard 84
Bartsch, Verena 117
Batcheller, Archer L. 139
Bäumler, Helmut 52
Beck, Wolfgang 46
Beel, Jöran 53
Bender, Stefan 3, 4, 5, 13
Bendrath, Ralf 118
Berg, Wilfried 85
Bertrand, Ute 86
Binder, Reinhart 119
Bischof, Boris A. 54
Bost, Heiner 6
Braml, Josef 55
Brandt, Maurice 7
Breiter, Andreas 8
Brinkel, Guido 56
Brinkmann, Christian 9
Bruno, Greg 57
Bruns, Marco 87
Bunyan, Tony 58
Busch, Andreas 88
Bütschi, Danielle 144

C

Carafano, James Jay 59
Cas, Johann 89
Clarkson, Gavin 139

D

Diller, Hermann 114
Domingo-Ferrer, Josep 12
Dörr, Dieter 120
Dowd, Alan W. 121
Drechsler, Jörg 13, 39
Drüeke, Ricarda 122
Dundler, Agnes 13

F

Fang, L. 81
Fiedler, Herbert 141

G

Gipp, Béla 53

Gössner, Rolf 60
Gottschalk, Sandra 14
Gramlich, Tobias 38
Gras, Marianne 123
Greif, Hajo 142
Gudgel, Andrew 59
Gummer, Andreas 124

H

Hachmeister, Lutz 125
Hafner, Hans-Peter 15, 30
Harauscz, Andrea 16
Harper, Jim 61, 91
Hartmann, Benedikt 3, 4
Hayat, Muhammad Aslam 92
Heckmann, Dirk 62
Heesen, Jessica 93
Hempel, Leon 126, 127
Herrlinger, Dagmar 1, 3, 4
Himmelreicher, Ralf 5
Hofmann, Jeanette 118
Hörner, Steffen 128
Humer, Stephan 94

J

Jacob, Rüdiger 17
Jacobebbinghaus, Peter 18, 19
Jacobsen, Trond E. 139

K

Kaiser, Ulrich 20, 21
Kämper, Gregor 63
Katzlinger, Elisabeth 95
Kelder, Jo-Anne 22
Kietz, Daniela 64
Kim, Yule 129
Kitz, Volker 130, 131
Klumpp, Dieter 96
Knop, Jan von 97
Koch, Cordelia 65
Koch, Iris 23
Kohlmann, Annette 2, 24, 25, 26
König, Christian 27
Koppernock, Martin 98
Körffler, Barbara 99
Kreowski, Hans-Jörg 143
Krey, Volker 66
Krzyzanowski, Inge 28
Kuhling, Jürgen 29
Kündig, Albert 144
Kuner, Christopher 100

L

Lammers, Judith 56
Landfried, Christine 101
Leib, Volker 118
Lenz, Rainer 15, 30
Leopold, Nils 132
Lingjie Kong 102
Lounsbury, David W. 105
Lucassen, Anneke 149
Luckert, Hilmar 44
Lyon, David 133

M

Maennig, Wolfgang 31
Matusitz, Jonathan A. 67
Mayer, Peter 118
Medjedovic, Irena 32
Meinken, Holger 23
Merten, Maximilian 134
Metelmann, Jörg 126, 127
Mifsud Bonnici, Jeanne Pia 69
Mika, Tatjana 37, 44
Mischler, Frauke 15
Mitrea, Oana 142
Mitrücker, Norbert 33
Mohr, Irina 70
Möllers, Rosalie 71
Möstl, Markus 103
Müller, Dana 34
Müller, Walter 50

N

Nagenborg, Michael 104
Normann, Lars 72

O

Oberschachtsiek, Dirk 7
Ostroff, Jamie 105

P

Parker, Michael 149
Parkes, Roderick 64
Pöge, Andreas 35, 36
Pohl, Ramona 7
Ponschock, Richard L. 145

R

Rapkin, Bruce D. 105
Rässler, Susanne 13
Rehfeld, Uwe G. 37
Reiher, Jörg 38
Reiter, J. P. 39
Reynolds, Thomas C. 105
Robson, Mark E. 105
Rolf, Gabriele 40
Rosemann, Martin 41
Rose-Stahl, Monika 73

Roßnagel, Alexander 106, 107
Ryan, Johnny 74

S

Schaar, Peter 108
Scheuch, Erwin K. 42, 43
Schilling, Horst 109
Schmidt, Daniel 30
Schmitt, Wilhelm S. 110
Schmucker, Alexandra 34
Schnell, Rainer 38
Schulzki-Haddouti, Christiane 75
Seifert, Jeffrey W. 76
Seth, Stefan 18
Singleton, Peter 148
Smallman, David B. 135
Smith, Marcia S. 77
Sofsky, Wolfgang 111
Spies, Axel 61
Stahl, Matthias 27
Stapf, Kurt-H. 78
Stefanick, Lorna 79
Stegmann, Michael 44, 45
Stember, Jürgen 46

T

Torra, Vicenc 12
Tuschl, Ronald H. 146
Tverdek, Edward 147

W

Wadsworth, Michael 148
Waechter, Kay 80, 112
Wagner, Gert G. 40
Wagner, Joachim 20, 21, 48
Walter, Gregor 118
Wanckel, Endress 136
Weber, Karsten 122
Weichert, Thilo 113
Werner, Matthias 142
Wheeler, Robert 149
Wiegand, Erich 27, 49
Winn, Peter A 150
Wirth, Heike 50, 51
Woesler, Martin 151
Wölfel, Julia 114

X

Xiao, H.-Y. 81

Y

Youngs, Raymond 82

Z

Zilkens, Martin 97
Zimmer, Michael 115
Zimmer, Till 137

Zombik, Peter	138
Zühlke, Sylvia	5
Zürn, Michael	118
Zwick, Markus	5, 40
Zwick, Thomas	13

Sachregister
A

abhängig Beschäftigter 15
 abweichendes Verhalten 126, 133
 Afrika 128
 Afrika südlich der Sahara 128
 Akteneinsicht 136
 Algorithmus 144
 älterer Arbeitnehmer 11
 Altersgruppe 88
 American Indians 139
 amtliche Statistik 3, 4, 5, 6, 7, 10, 15, 16, 18,
 20, 21, 23, 24, 25, 28, 30, 40, 48, 50, 51
 Analyseverfahren 14
 Angst 132
 Anonymität 1, 7, 13, 14, 16, 19, 20, 21, 23,
 30, 38, 39, 41, 51, 104
 Antwortverhalten 36
 Anwendung 8, 89
 Arbeitnehmer 23
 Arbeitsbedingungen 119, 135, 151
 Arbeitsförderung 2, 26
 Arbeitsmarkt 134
 Arbeitsmarktforschung 9, 18, 34, 39, 48
 Arbeitsmarktpolitik 9
 Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3, 4, 18,
 24, 25, 34
 Arbeitsmethode 119, 137
 Arbeitsplatz 97
 Arbeitsstatistik 48
 Arbeitszeit 34, 97
 Asylpolitik 64
 Ausbildung 30, 84
 Ausbildungseinrichtung 84
 Außenwirtschaftspolitik 55
 Autobiographical Materials 145
 Autonomie 120, 134, 144

B

Bank 48
 Baugewerbe 47
 Bayern 124
 Bedarf 43, 47, 85
 Befragung 32, 35, 36, 42
 Behörde 72, 136
 Benutzer 131
 Beobachtung 126
 Bericht 3, 4
 Berichterstattung 8, 17, 119, 120
 Berichtswesen 17
 berufliche Weiterbildung 30
 Berufsausstieg 11, 47
 Berufsverlauf 47

Beschaffung 52
 Beschäftigung 2, 15, 26, 28
 Beschäftigungsentwicklung 48
 Beschäftigungsform 34
 Besteuerung 118
 Betreuung 110
 Betrieb 15, 19, 30, 48
 Bevölkerung 132
 Bevölkerungspolitik 46
 Bevölkerungsstatistik 40, 47
 Bewährungshilfe 110
 Bild 126, 127, 133
 Bildung 8
 Bildungsarbeit 142
 Bildungsbeteiligung 10
 Bildungsforschung 8
 Bildungspolitik 8, 40
 Bildungsstatistik 30
 Biographie 45
 Biotechnik 86, 98
 Bundesagentur für Arbeit 2, 3, 4, 5, 11, 18, 24,
 26, 28, 40
 Bundesamt für Verfassungsschutz 60
 Bundesanstalt für Arbeit 9, 25, 47
 Bundesland 136
 Bundesnachrichtendienst 60, 73
 Bundesregierung 132
 Bundesverfassungsgericht 66, 101
 Bürger 108, 136
 Bürgerbeteiligung 84
 Bürgerrecht 75, 123, 132

C

Canada 79, 121
 Chat 94, 95
 Citizens 145
 Codierung 35
 Common law 150
 Comparative Analysis 82
 Computer 8, 89, 95, 142, 144, 151
 Computers 29, 57, 67, 74, 81, 115, 121, 129,
 145, 150
 Computers and crime -- United States 77
 Computers -- Security measures 59
 computerunterstütztes Lernen 95, 142
 Confidentiality 148
 Consent 148
 Constitutional Law 82
 Cooperation 139
 Corporations 100
 Cost-Benefit Analysis 79
 Counterterrorism 82

Counterterrorism -- United States 59
 Court of justice of the European communi-
 ties 100

D

Data 29, 82, 102
 Data Banks 79, 139
 Data base systems 69, 76, 92
 Data base systems -- Information sources 147
 Data mining 91, 140
 Data mining -- Legal aspects 147
 Data mining -- United States 59, 147
 Data protection 148, 149
 Data transmission systems 100
 Daten 1, 2, 9, 11, 14, 19, 20, 21, 22, 23, 26,
 27, 34, 38, 40, 41, 48, 49, 50, 51, 56, 95,
 113, 114, 120
 Datenaufbereitung 1, 2, 3, 4, 5, 7, 11, 12, 13,
 19, 20, 21, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 37, 39,
 40, 41, 44, 45, 47, 48, 49
 Datenaustausch 27, 32, 49, 107
 Datenbank 8, 12, 27, 33, 38, 43, 49, 56, 58,
 75, 90
 Datendokumentation 8, 24, 27, 56
 Datenerfassung 36, 56, 85, 90
 Datengewinnung 1, 2, 5, 7, 8, 9, 14, 18, 19,
 20, 21, 23, 26, 28, 34, 40, 43, 47, 48, 56,
 90, 97, 111, 114, 138
 Datennetz 75, 93, 96
 Datenorganisation 1, 18, 19, 28, 34, 38, 45,
 114
 Datenqualität 1, 5, 12, 18, 19, 20, 21, 35, 40,
 41
 Datenschutz 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12,
 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23,
 24, 25, 26, 27, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 35,
 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46,
 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 58,
 62, 64, 65, 66, 68, 70, 71, 72, 78, 80, 85,
 86, 87, 88, 89, 90, 93, 94, 95, 96, 97, 99,
 101, 103, 104, 106, 107, 108, 109, 110,
 111, 113, 114, 116, 118, 119, 120, 122,
 123, 124, 125, 126, 127, 128, 130, 131,
 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 141,
 142, 143, 144, 146, 151
 Datenschutzbeauftragter 113
 Datensicherheit 5, 13, 38, 53, 94, 99, 106,
 120, 127, 137, 144
 Datenspeicherung 56, 75, 90, 113, 114, 138
 Datenverarbeitung 9, 36, 51, 97, 107, 127,
 144
 Datenverbund 3, 4, 5, 7, 11, 15, 18, 34, 38,
 40, 45, 48
 DDR 60
 Demographie 15
 Demokratie 68, 70, 89, 120
 Demokratisierung 64

Denken 110
 Deregulierung 118
 Deutsche Bundesbank 48
 Deutscher Presserat 109
 Digitalisierung 62, 94, 142, 144, 146
 Direktmarketing 42
 Diskurs 87
 Diskussion 32, 89
 Dokument 53
 Dokumentationswesen 53

E

EDV 28, 95, 123, 127
 Eignung 72
 Einwanderungspolitik 64
 Electronic data processing equipment -- Security
 measures 61
 Electronic Government 46
 Electronic Technology 145
 elektronischer Handel 118
 E-Mail 78
 Emotionalität 142
 empirische Forschung 14, 16, 20, 21, 40, 48
 empirische Sozialforschung 9, 11, 15, 17, 20,
 21, 24, 27, 38, 40, 43, 49, 50, 51
 Energiepolitik 46
 Engineering 67
 Entgrenzung 151
 Enthüllungsjournalismus 116, 135
 Entwicklungsland 128
 Erfolgskontrolle 9, 18
 Erhebungsmethode 6, 14, 15
 Ermittlungsverfahren 72
 Erwachsener 88
 Erwerbsbevölkerung 23
 Erwerbsminderung 47
 Ethik 32, 94, 133, 151
 Ethnizität 10
 Ethnographie 22
 EU 16, 54, 55, 58, 63, 64, 68, 70, 71, 84, 88,
 113, 116, 123, 125, 138
 Europa 55, 116
 europäische Integration 16
 europäische Sicherheit 68, 71
 Europäisches Recht 63, 71, 116, 138
 europäische Zusammenarbeit 63
 Europaparlament 71
 Europapolitik 71
 Europarat 116
 European Union 69, 100, 115
 EU-Staat 54
 EU-Vertrag 63, 71
 Experts 67

F
 Family histories 149
 Federal Republic of Germany 29, 82

Fehler 35
Fernmeldewesen 96
Fernsehen 119, 125, 126
Finance 139
Finanzverwaltung 111
Finanzwissenschaft 20, 21
Forschung 3, 4, 5, 7, 11, 15, 18, 32, 34, 40,
45, 48, 85
Forschungsansatz 32
Forschungseinrichtung 40
Forschungsfreiheit 85
Forschungspolitik 40
Forschungspraxis 51
Forschungsprojekt 22
Fragebogen 36
Frau 88
Freiheit 97, 103, 104, 111
Freiheitsrecht 65, 70, 98, 112
Funktionsanalyse 53
Fusion 27, 49

G

Game Theory 67
Gastgewerbe 7
Geheimdienst 52, 60, 72, 73
Geheimhaltung 104, 137
geistiges Eigentum 138, 143, 151
Generation 88
Genetic factors 149
Gentechnologie 86
geringfügige Beschäftigung 23, 34
Gesellschaft 33, 87, 108, 126, 142, 143, 151
Gesetz 65, 73, 97, 99, 101, 110, 120, 124,
130, 131, 137
Gesetzentwurf 52
Gesetzesnovellierung 130
gesetzliche Regelung 42, 73, 113
Gesundheit 17
Gesundheitswesen 17, 89, 111
Gewaltkriminalität 112
Gewaltmonopol 70
Globalisierung 62
Governance 115, 126
grenzüberschreitende Zusammenarbeit 16
Großstadt 35
Grundgesetz 98, 117, 119
Grundrecht 64, 85, 89, 97, 98, 103, 119, 120,
123, 127, 132, 133, 134, 137

H

Habermas, J. 87
Handbuch 1, 19
Handel 7
Handelspolitik 55
Handlungsfähigkeit 142
Health Care Services 79
Health Research 105

I

IAB 2, 3, 4, 5, 7, 9, 11, 18, 24, 25, 26, 34, 40,
47, 48
Identität 94
Identitätsbildung 94
Immunität 71
Individualisierung 110
Individualrecht 131
Individuum 94, 97
Industrie 151
Industriepolitik 55
Informatik 143, 144
Information 33, 43, 47, 52, 57, 72, 76, 82, 85,
92, 100, 101, 136, 142
Information policy 69, 91
information retrieval 33
Informationsaufnahme 53
Informationsaustausch 58
Information -- Security measures 61
Informationsfreiheit 99, 141
Informationsgesellschaft 84, 87, 141, 143,
146, 151
Informationsgewinnung 40, 42
Informationsmissbrauch 119
Informationspflicht 130, 136
Informationspolitik 53
Informationsquelle 116, 135
Informationsrecht 107
Informationssystem 8, 14, 20, 21, 43
Informationstechnik 86, 93
Informationstechnologie 75, 84, 89, 96, 97,
104, 107, 111, 113, 122, 123, 127, 133,
142, 144, 146
Informationsverarbeitung 133
Information technology 121
Information Technology 115, 139
Information technology -- Germany 61
Information technology -- Government
use 147
Information technology -- United States 61
Information und Dokumentation 27
Innenpolitik 55, 64
innere Sicherheit 55, 62, 64, 65, 68, 70, 80, 97,
126, 132
Institutionalisierung 87
institutioneller Wandel 64
Integration 27, 49
interaktive Medien 93, 103, 146
Interesse 85
Internal security 57, 76, 91, 121
Internal security -- United States 59
internationale Beziehungen 55
internationale Kommunikation 125
internationaler Vergleich 125
internationaler Wettbewerb 55
internationale Zusammenarbeit 16, 63, 103

-
- Internet 62, 67, 74, 75, 84, 88, 93, 94, 102,
103, 106, 108, 112, 113, 118, 121, 122,
125, 131, 138, 141, 143, 145, 146, 151
Internet -- Security measures 77
Interpretation 133
Islam 92
IT-Branche 151
- J**
Journalism 81
Journalismus 116, 119, 125, 134, 135, 137
Journalist 116, 135, 136, 137
Jugend 36
Jugendlicher 10, 36, 88
Justiz 126
- K**
Karriere 32
Kind 10
Kindergarten 126
Klassifikation 133
kollektive Identität 94
Kommunikation 84, 108, 111, 125
Kommunikationstechnologie 78, 84, 87, 88,
93, 96, 104, 107, 122, 123, 127, 142,
144, 146
Konferenz 146
Konflikt 72, 85, 88, 89
Konsum 111, 122
Kontextanalyse 32
Kontrolle 70, 75, 94, 120, 141
Kontrollsystem 70, 120
Koordination 123
Kostenbeteiligung 55
Kosten-Nutzen-Analyse 89
Krankheit 17
Krieg 125, 126
Kriminalität 35, 36, 62, 71, 103, 126, 128,
132
Kriminalpolitik 63
kulturelle Faktoren 94
Kunde 114
Kundenorientierung 122
Kybernetik 144
- L**
Längsschnittuntersuchung 35, 36
Laptop computers 83
Law 29, 81, 100
Law Enforcement 67, 139
Layout 36
Lebenserwartung 47
Lebenslauf 45
Lebenswelt 87, 142, 144
Legal status, laws, etc. 129, 150
Legal System 29
Legislation 149
- Legitimation 118
Lehrbuch 125
Lehrmethode 30
Lernen 95
lernende Organisation 95
Lerninhalt 30
Lernmethode 30
Liberalismus 104, 141
Literaturdokumentation 27
Literature reviews 81
Lohn 15
Lohnhöhe 15
- M**
Macht 151
Management 46
Mann 88
Marktforschung 42, 49, 113
Massenmedien 56, 137, 138
Medical records 148
Medical research 148
Medien 88, 116, 151
Mediendienst 124, 130, 131
Mediengesellschaft 111, 151
Medienpolitik 125
Medienrecht 56, 109, 116, 119, 120, 124, 125,
130, 131, 134, 135, 136, 137, 138
Medienverhalten 94
Medizin 86
Medizintechnik 98
Meinungsbildung 124
Meinungsforschung 40
Meinungsfreiheit 97, 119, 120, 124, 134, 137
Meinungsvielfalt 120
Mensch 144
Menschenbild 86
Menschenrechte 68, 80, 143, 151
Mensch-Maschine-System 144
Methode 12, 15, 35, 41
Methodologie 32, 35
Methodology (Data Collection) ~ 105
Migrant 10
Migrationspolitik 64
Mikroebene 14, 16, 38, 50
Mikroelektronik 90
Mikrotechnik 90
Mikrozensus 40, 50, 51
Military operations 57
Mitwirkung 107
Mobilfunk 62, 122
Mobilität 111
Mobiltelefon 122
Modernisierung 97
- N**
Nachfrageentwicklung 9
Nachhaltigkeit 151

- Nachrichtentechnik 78
National Security 79
Nationalsozialismus 125
Nationalstaat 118
Nebenbeschäftigung 34
Networks 67
Netzwerk 88, 123, 144
neue Medien 46, 96, 146
Nordamerika 55, 117, 125, 135
Nordrhein-Westfalen 35
Normierung 113
Nurses 83
Nutzen 131
Nutzung 88, 122
- O**
Observation 108, 111
OECD 89
öffentliche Aufgaben 118, 120, 124, 137
öffentliche Meinung 124
öffentliche Ordnung 97, 126
öffentlicher Sektor 136
öffentliches Gut 126
öffentliche Verwaltung 46
Öffentlichkeit 87, 104, 108, 117, 125
öffentlich-rechtliche Einrichtung 120, 134, 137
Ökologie 151
ökologische Folgen 151
Ökonometrie 9, 14
ökonomisches Modell 31
Online-Dienst 122
Organisation 46, 138
Österreich 54
Osterweiterung 62
- P**
Pakistan 92
Panel 16, 35, 36, 51
Parlament 33, 68
Partei 68
Parteiensystem 68
Partizipation 84
Patient information 83, 149
Patients 148
PC 143
Peoples Republic of China 102
Personendaten 1, 12, 18, 19, 20, 21, 24, 36, 41, 107
Persönlichkeitsrecht 75, 85, 96, 109, 116, 117, 119, 135
Pluralismus 120
Polen 84
Policy 81, 115
Politik 125
Politiker 125
politische Kontrolle 68, 71, 103, 111, 126, 133, 146
politische Partizipation 33, 118
politische Steuerung 118
politische Willensbildung 33
Polizei 58, 63, 64, 66, 71, 72, 97, 117, 126
Polizeieinsatz 62
Pornographie 103
postsozialistisches Land 84
Präsident 64
Prävention 17, 66, 72, 112, 117, 128
Praxis 8
Presse 109, 136
Pressefreiheit 135
Privacy 29, 69, 91, 92, 102, 115, 129, 145, 150
Privacy ~ 105
Privacy -- Germany 61
Privacy -- Legal aspects 140
Privacy -- United States 61, 147
privater Rundfunk 124
Privatsphäre 87, 89, 93, 95, 97, 104, 108, 111, 122, 123, 128, 142
Produktion 14, 20, 21
Programmiersprache 1
Property 150
prozessproduzierte Daten 11, 16, 18, 19, 20, 21, 23, 24, 37, 44, 45, 47
Prozessrecht 56
Publikation 112
- Q**
qualitative Methode 22, 32
qualitatives Interview 32
Qualitätssicherung 46
- R**
Rasterfahndung 54
Rationalität 142
Raum 126, 127
Recherche 116, 135, 137
Recht 46, 52, 56, 66, 73, 84, 97, 99, 103, 106, 110, 113, 123, 130, 138
Rechtsgrundlage 63, 71, 73, 108
Rechtshilfe 58
Rechtsslage 54
Rechtsmittel 131
Rechtsordnung 73
Rechtspolitik 107, 123, 132
Rechtsquelle 73
Rechtsschutz 71
Rechtsstaat 66, 68, 71, 141
Rechtsstreit 131
Records 76
Records (Documents) 139
Reform 46, 72, 110
Regierung 56
regionale Verteilung 15
Regionalisierung 27

-
- Rehabilitation 47
 - Reiseverkehr 55
 - Religion 125
 - Rente 47
 - Rentenalter 11
 - Rentenversicherung 5, 11, 37, 40, 44, 45, 47
 - Rentner 11
 - Republik Südafrika 128
 - Research Ethics ~ 105
 - Richtlinie 89, 113, 138
 - Risiko 32, 53
 - Rückkopplung 33
 - Ruhrgebiet 35
 - Rundfunk 97, 119, 120, 124, 134, 137
 - Rundfunkanstalt 120, 124, 134, 137
 - Rundfunkprogramm 124

 - S**
 - Saarland 6
 - Schlüsseltechnologie 142
 - Schulentwicklung 8
 - Schüler 35, 36
 - Schulerfolg 10
 - Schülerin 35
 - Schulleistung 8
 - Schulverwaltung 8
 - Schulwesen 8
 - Schweigepflicht 110
 - Science 29
 - Searches and seizures 129
 - Security 29, 67, 83
 - Security measures 57, 74
 - sektorale Verteilung 30
 - Sekundäranalyse 22
 - Selbstbestimmung 52, 84, 86, 103, 106, 107, 110, 113, 120, 137
 - Selbstbestimmungsrecht 42, 86, 98, 101
 - Selbstverwaltung 120
 - Sensationsjournalismus 119
 - Sexualdelikt 112
 - Sicherheit 60, 70, 75, 78, 95, 142
 - Sicherheitsbewusstsein 127
 - Sicherheitspolitik 55, 60, 62, 64, 72, 80
 - Socialization 145
 - SOEP 10, 40
 - Software 95, 151
 - Sozialbericht 17
 - Sozialdaten 2, 9, 26, 28, 37, 38, 44, 45, 47
 - soziale Differenzierung 87
 - soziale Folgen 151
 - soziale Kontrolle 126, 127
 - soziales Netzwerk 88
 - soziale Ungleichheit 104
 - Sozialforschung 42
 - Sozialgesetzbuch 2, 26
 - Sozialpolitik 17
 - Sozialstatistik 50
 - Sozialtechnologie 142
 - Sozialversicherung 2, 20, 21, 26
 - Sozialversicherungspflicht 23
 - Sozialverwaltung 111
 - Sozialwissenschaft 43
 - soziotechnisches System 142
 - Sports 81
 - Sprache 10
 - Staat 60, 70, 103, 108, 111, 118, 123
 - Staatsangehörigkeit 10
 - Staatsfunktion 141
 - Staatsvertrag 124
 - Stadt 35
 - Statistik 2, 8, 11, 12, 14, 15, 17, 26, 28, 39, 47
 - statistische Analyse 51, 95
 - statistische Methode 12, 39
 - statistischer Test 6, 27
 - Statistisches Bundesamt 5, 17, 28, 30, 40, 48
 - Sterblichkeit 11, 47
 - Steuern 20, 21
 - Stichprobe 15, 23
 - Stigmatisierung 112
 - Straffälliger 112
 - Strafrecht 56
 - Straftat 112, 116
 - Strafverfolgung 58, 71, 108
 - Students 81
 - Studienwahl 142
 - Studium 84
 - Suchmaschine 113
 - südliches Afrika 128
 - Supranationalität 118
 - Surveillance 129

 - T**
 - Tabu 104
 - Teaching 81
 - Technik 106, 144
 - Technikfolgen 88, 144
 - Technikfolgenabschätzung 144
 - technische Entwicklung 94, 107, 108
 - Technisierung 144
 - Technologie 108, 142
 - Technology 121
 - Teilzeitarbeit 34
 - Telefon 96
 - Telekommunikation 75, 130, 131, 146
 - Terrorismus 54, 62, 65, 70, 72, 108, 125, 141
 - Terrorists 76
 - tertiärer Sektor 7
 - Threats 121
 - Trägerschaft 44
 - transatlantische Beziehungen 55
 - Transfer 72
 - Twenty First Century 145

U

Überwachung 66, 75, 94, 117, 126, 127, 128,
132, 133, 143
UK 149
Umfrageforschung 27
Umverteilung 47
United Kingdom 82
United States 121
United States -- Congress 77
United States Constitution Fourth amend-
ment 129
United States -- Defenses 59
United States -- Federal trade commission 77
United States -- Internal revenue service 140
United States of America 79, 115, 145
United States -- Technology policy 59
Unternehmen 7, 14, 15, 48, 113
Urheberrecht 131, 138, 143
Urteil 66, 101
USA 55, 117, 125, 135
Utopie 141

V

Validität 36
Verantwortung 130
verarbeitendes Gewerbe 7
Verbraucher 42, 122
Verbraucherschutz 90, 113
Verbrechensbekämpfung 63, 103
Verfassung 68, 71, 80, 120, 131
Verfassungsmäßigkeit 63, 66, 112, 117, 119,
120
Verfassungsrecht 68, 80, 117, 120, 124, 134,
137
Verfassungsschutz 60, 66, 72, 73
Verhalten 114
Verhältnismäßigkeit 72
Vernetzung 84, 144
Verständnis 36
Vertrauen 32
Verwaltung 111, 120
Verwaltungsrecht 46
Verwaltungswissenschaft 46
Video 108, 117, 123, 126, 127, 128, 132, 133,
143
Virtualisierung 142
virtuelle Realität 141
Völkerrecht 63
Volkszählung 6, 101

W

War 74, 121
Website 88, 95
Weiterbildung 30
Weltgesellschaft 146
Werbung 125
Wert 151

Wertorientierung 68
Wettbewerb 32
Wettbewerbsbeschränkung 55
Wirtschaft 96, 144
Wirtschaftsbeziehungen 55
Wirtschaftsforschung 14, 40, 48
Wirtschaftspolitik 14
Wirtschaftsstatistik 7, 41, 48, 50
Wirtschaftszweig 15
Wissen 33, 72, 151
Wissenschaft 32, 40, 51, 85, 96
Wissenschaftler 16, 30, 32, 48
Wissenschaftsethik 32
Wissenschaftsforschung 2, 26, 47
Wissensgesellschaft 40
Wohlfahrtsstaat 17
Wohnung 66

Z

Zeitung 109
Zertifizierung 38
Zivilisation 151
Zukunft 84, 107, 141

21. Jahrhundert 107

Institutionenregister

- Europa-Universität Viadrina, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für philosophische Grundlagen kulturwissenschaftlicher Analyse 122
- Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien -InIIS- 118
- Universität Bremen, SFB 597 Staatlichkeit im Wandel 118
- Universität Erlangen-Nürnberg, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl BWL, insb. Marketing 114
- Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB VWL Institut für Außenhandel und Wirtschaftsintegration 31
- Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für Methoden der empirischen Politik- und Verwaltungsforschung 38
- Universität Tübingen, Fak. für Informations- und Kognitionswissenschaften, Psychologisches Institut Abt. Allgemeine Psychologie und Psychologische Methoden - Kognitionspsychologie 78
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Abt. Transnationale Konflikte und Internationale Institutionen 118

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem. Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen. Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst. Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in). Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Dienstleistungsangebot der Abteilung „Fachinformation für die Sozialwissenschaften“

Das Dienstleistungsangebot der Abteilung Fachinformation dient der Verbreitung, Förderung und Fundierung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie dem Wissensaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene. Gleichzeitig macht die Fachinformation die sozialwissenschaftliche Forschung des deutschsprachigen Raumes international sichtbar.

Zentrale Aktivitäten sind Aufbereitung, Bereitstellung und Transfer von Wissen durch:

- Konzeption, Aufbau und Pflege von Datenbanken und Serviceangeboten zu Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnissen in den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen und östlichen europäischen Forschungsraum und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Rahmen
- Aufbau von und Beteiligung an kooperativen Informationssystemen (Portalen, Themenschwerpunkten, Kommunikationsplattformen und Netzwerken) zur Unterstützung der Wissenschaftskommunikation, insbesondere auf ost-westeuropäischer Ebene und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen
- Kontinuierlicher Ausbau der Vernetzung von Informationsangeboten und Services durch Erweiterung und Einbeziehung kompetenter Partner auf nationaler wie internationaler Ebene
- Erstellung servicebasierter Publikationen und Informationsdienste zu ausgewählten Themen in Kooperation mit der Wissenschaft
- Nationales Referenzzentrum für das Politikfeld „Gleichstellung in der Wissenschaft“ gegenüber Wissenschaftsorganisationen, Bundes- und Landesministerien, Politik und Medien in Bezug auf Konzept- und Programmentwicklung, Monitoring und Evaluation von Politiken und Maßnahmen

Basisprodukte der Abteilung sind Informationen über Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnisse, die in Datenbanken aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Neben den nachfolgend skizzierten Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Publikationen werden Datenbanken mit Informationen zu nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Zeitschriften, Netzwerken, Veranstaltungen und Internetquellen aufgebaut und gepflegt. Sie sind Bestandteil einer von GESIS entwickelten und zur Verfügung gestellten integrierten Suche, die weitere internationale Informationssammlungen und solche externer Partner mit einbezieht.

Datenbanken

Die von der Abteilung Fachinformation produzierten Datenbanken SOLIS und SOFIS bilden die Grundlage für den sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst soFid.

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 47.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. In Deutschland wird die Erhebung von GESIS durchgeführt, in der Schweiz von FORS - der Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften. Für Österreich hatte bis 2001 die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien diese Aufgabe inne; ab 2006/07 wurde diese vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik - WISDOM - übernommen. Die Ergebnisse der GESIS-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen sowie von Forschungsförderern; ein nicht unerheblicher Teil an Ergänzungen wird schließlich durch Auswertung von Internetquellen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute gewonnen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Internet vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Anfang 2009 ca. 385.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird von GESIS in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Absprachen über einen regelmäßigen Datenaustausch bestehen darüber hinaus mit dem Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind SOLIS und SOFIS in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich. Des Weiteren stehen SOLIS und SOFIS über von GESIS betriebene Portale für Recherchen zur Verfügung:

www.sowiport.de

SOLIS und SOFIS können im sozialwissenschaftlichen Fachportal sowiport einzeln oder gemeinsam mit 13 weiteren Datenbanken durchsucht werden. sowiport enthält zurzeit folgende Datenbanken:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt sind in und über sowiport mehr als 2,5 Millionen Quellen zu Literatur, Forschungsprojekten, Institutionen, Zeitschriften, Veranstaltungen sowie Themenschwerpunkte und Links zu Portalen erreichbar.

www.infoconnex.de

Der interdisziplinäre Informationsdienst infoconnex bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalen für den Zugang zur Datenbank SOLIS – singular oder im Verbund mit den Literaturdatenbanken zu Pädagogik (FIS Bildung) und Psychologie (Psyndex). Im infoconnex-Bereich „Sozialwissenschaften“ kann darüber hinaus in der Forschungsdatenbank SOFIS und in der Literaturdatenbank DZI SoLit recherchiert werden; zudem stehen auch hier im Rahmen von DFG-Nationallizenzen die sechs Datenbanken des Herstellers ProQuest/CSA zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung.

Auftragsrecherchen und Beratung bei der Datenbank-Nutzung

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt GESIS kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche beraten wir Sie selbstverständlich jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst – soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet GESIS mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Ältere Jahrgänge stehen unter www.gesis.org/sofid zum kostenfreien Download zur Verfügung. Der Dienst ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport – Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen / Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation – Medien – Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

Recherche Spezial und sowiport-dossiers: aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe „Recherche Spezial“ Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zusammengestellt. In den Dossiers in sowiport (hervorgegangen aus der Reihe sowiPlus bzw. den thematischen Dokumentationen der Virtuellen Fachbibliothek Sozialwissenschaften) werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind inhaltlich gruppiert zu finden unter www.sowiport.de/themen.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Der Bereich Informationstransfer Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Er unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Sozialwissenschaften in Osteuropa“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung – CEWS

Als integraler Bestandteil der Fachinformation bietet CEWS disziplinenübergreifend Zugänge zu Themen, Informationen und aktuellen Fragen der Gleichstellung in der Wissenschaft. Durch das Sichtbarmachen des Potentials hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen unterstützt die Datenbank FemConsult die Erhöhung des Frauenanteils bei der Neubesetzung von Professuren und Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Das CEWS-Themenportal integriert Informationen zu allen gleichstellungsrelevanten Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung (z.B. Chancengleichheit im Hochschul- und Wissenschaftsprogramm HWP, Statistik und Gleichstellungsrecht an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Internet-Service der GESIS

Umfassende Informationen zu GESIS und zum Angebot an Dienstleistungen finden Sie unter

www.gesis.org

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften

Lennéstraße 30

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-2281-0

E-mail: info@gesis.org

GESIS-Servicestelle Osteuropa

Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30-23 36 11-0

E-mail: servicestelle@gesis.org

